

– Hohe Belastungen von illegalen und verbotenen Pestiziden in Obst, Gemüse und Getreide (Frage Nr. 7)		Elke Herrmann, GRÜNE	9686
Astrid Günther-Schmidt, GRÜNE	9682	Frank Kupfer, Staatsminister für Umwelt und Landwirtschaft	9686
Christine Clauß, Staatsministerin für Soziales	9682	– Abwasserbeseitigungskonzepte der vogtländischen Aufgabenträger (Frage Nr. 6)	
– Ökumenischer Gottesdienst zur konstituierenden Tagung des Kreistages (Frage Nr. 4)		Andrea Roth, Linksfraktion	9686
Bettina Simon, Linksfraktion	9683	Frank Kupfer, Staatsminister für Umwelt und Landwirtschaft	9686
Geert Mackenroth, Staatsminister der Justiz	9683	– Datenhandel – Einnahmen aus Melderegisterauskünften (Frage Nr. 11)	
Bettina Simon, Linksfraktion	9683	Johannes Lichdi, GRÜNE	9687
Geert Mackenroth, Staatsminister der Justiz	9683	Geert Mackenroth, Staatsminister der Justiz	9687
Bettina Simon, Linksfraktion	9683	– Zögerliche Bearbeitung von Anträgen der Naturschutzverbände im Rahmen der Förderrichtlinie Nationales Erbe durch den Freistaat Sachsen (Frage Nr. 11)	
Geert Mackenroth, Staatsminister der Justiz	9683	Johannes Lichdi, GRÜNE	9687
– Ökologische Bestattungen im Freistaat Sachsen (Frage Nr. 2)		Frank Kupfer, Staatsminister für Umwelt und Landwirtschaft	9687
Winfried Petzold, NPD	9683	Johannes Lichdi, GRÜNE	9688
Christine Clauß, Staatsministerin für Soziales	9684	Frank Kupfer, Staatsminister für Umwelt und Landwirtschaft	9688
– Wasserrechtliche Genehmigung für den Betrieb der Eigenschen Trocken- und Umwelttechnik (ETU) GmbH in Altbernsdorf (Frage Nr. 8)		Frank Kupfer, Staatsminister für Umwelt und Landwirtschaft	9688
Astrid Günther-Schmidt, GRÜNE	9684	Schriftliche Beantwortung weiterer Fragen	9688
Frank Kupfer, Staatsminister für Umwelt und Landwirtschaft	9684	– Wölfe in der Oberlausitz (Frage Nr. 13)	
Astrid Günther-Schmidt, GRÜNE	9685	Heiko Kosel, Linksfraktion	9688
Frank Kupfer, Staatsminister für Umwelt und Landwirtschaft	9685	Frank Kupfer, Staatsminister für Umwelt und Landwirtschaft	9688
Astrid Günther-Schmidt, GRÜNE	9685	– Schülerwanderung an sorbischen Schulen (Frage Nr. 14)	
Frank Kupfer, Staatsminister für Umwelt und Landwirtschaft	9685	Heiko Kosel, Linksfraktion	9689
– Abgabe der Abwasserbeseitigungskonzepte bis 30.06.2008 (Frage Nr. 5)		Prof. Dr. Roland Wöller, Staatsminister für Kultus	9689
Andrea Roth, Linksfraktion	9685		
Frank Kupfer, Staatsminister für Umwelt und Landwirtschaft	9685	3 Kompetenzen der Luft- und Raumfahrttechnik in Sachsen stärken Drucksache 4/12523, Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD, mit Stellungnahme der Staatsregierung	9689
Andrea Roth, Linksfraktion	9685	Thomas Hermsdorfer, CDU	9689
Frank Kupfer, Staatsminister für Umwelt und Landwirtschaft	9685	Mario Pecher, SPD	9691
– Absicherung der Wasserversorgung für das Naturschutzgebiet Eschefelder Teiche (Kreis Leipziger Land) (Frage Nr. 10)		Heiko Hilker, Linksfraktion	9692
Elke Herrmann, GRÜNE	9686	Alexander Delle, NPD	9692
Frank Kupfer, Staatsminister für Umwelt und Landwirtschaft	9686	Dr. Andreas Schmalfuß, FDP	9693
		Michael Weichert, GRÜNE	9693
		Thomas Jurk, Staatsminister für Wirtschaft und Arbeit	9694
		Thomas Hermsdorfer, CDU	9695

4	Anhebung des Beitrages zur gesetzlichen Rentenversicherung für Bezieher/innen von Arbeitslosengeld II Drucksache 4/11135, Antrag der Linksfraktion, mit Stellungnahme der Staatsregierung	9696
	Dr. Dietmar Pellmann, Linksfraktion	9696
	Alexander Krauß, CDU	9697
	Dr. Dietmar Pellmann, Linksfraktion	9698
	Alexander Krauß, CDU	9698
	Dr. Dietmar Pellmann, Linksfraktion	9699
	Alexander Krauß, CDU	9699
	Caren Lay, Linksfraktion	9699
	Alexander Krauß, CDU	9699
	Stefan Brangs, SPD	9700
	Alexander Krauß, CDU	9700
	Caren Lay, Linksfraktion	9700
	Alexander Krauß, CDU	9700
	Dr. Dietmar Pellmann, Linksfraktion	9700
	Alexander Krauß, CDU	9701
	Dr. Gisela Schwarz, SPD	9701
	Dr. Johannes Müller, NPD	9702
	Kristin Schütz, FDP	9702
	Dr. Dietmar Pellmann, Linksfraktion	9702
	Kristin Schütz, FDP	9702
	Elke Herrmann, GRÜNE	9703
	Alexander Krauß, CDU	9703
	Elke Herrmann, GRÜNE	9704
	Christine Clauß, Staatsministerin für Soziales	9704
	Dr. Dietmar Pellmann, Linksfraktion	9705
	Abstimmung und Ablehnung	9706
	Erklärung zu Protokoll	9706
	Dr. Johannes Müller, NPD	9706

5	Bundratsinitiative für die Einführung einer bundesweiten „Gefährder-Datei-Sexualstraf-taten“ (GDS) Drucksache 4/13091, Antrag der Fraktion der NPD	9707
	Jürgen Gansel, NPD	9707
	Enrico Bräunig, SPD	9708
	Dr. Jürgen Martens, FDP	9709
	Dr. Johannes Müller, NPD	9710
	Abstimmung und Ablehnung	9711
6	Sächsischen Erfindergeist schützen – Produktpiraterie bekämpfen Drucksache 4/13046, Antrag der Fraktion der FDP	9711
	Tino Günther, FDP	9711
	Horst Rasch, CDU	9712
	Michael Weichert, GRÜNE	9712
	Horst Rasch, CDU	9712
	Karl-Friedrich Zais, Linksfraktion	9713
	Mario Pecher, SPD	9714
	Winfried Petzold, NPD	9715
	Michael Weichert, GRÜNE	9716
	Thomas Jurk, Staatsminister für Wirtschaft und Arbeit	9716
	Tino Günther, FDP	9718
	Abstimmung und Ablehnung	9719
	Nächste Landtagssitzung	9719

Eröffnung

(Beginn der Sitzung: 10:01 Uhr)

Präsident Erich Iltgen: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 118. Sitzung des 4. Sächsischen Landtages.

Folgende Abgeordnete haben sich für die heutige Sitzung entschuldigt: Herr Schön, Herr Grapatin, Herr Dr. Metz, Herr Teubner, Herr Kosel, Herr Apfel und Frau Nicolaus.

Meine Damen und Herren! Die Tagesordnung unserer heutigen Sitzung liegt Ihnen vor. Das Präsidium hat für die Tagesordnungspunkte 3 bis 8 folgende Redezeiten festgelegt: CDU 80 Minuten, Linksfraktion 60 Minuten, SPD 35 Minuten, NPD, FDP, GRÜNE je 25 Minuten, fraktionslose MdL je 4 Minuten, Staatsregierung 60 Minuten.

Meine Damen und Herren! Ich bitte von der Tagesordnung Punkt 3, 3. Lesung, zu streichen. Von der Fraktion GRÜNE bin ich darüber informiert worden, dass Tagesordnungspunkt 8 von der heutigen Sitzung abgesetzt wird.

(Vereinzelt Beifall bei der NPD)

Ich frage, ob es zu der Ihnen vorliegenden Tagesordnung noch weitere Änderungs- oder Ergänzungswünsche gibt? – Das ist nicht der Fall. Dann gilt die vorliegende Tagesordnung für die heutige Sitzung als von Ihnen bestätigt.

Meine Damen und Herren! Wir kommen damit zur Tagesordnung selbst. Ich rufe auf

Tagesordnungspunkt 1

Aktuelle Stunde

1. Aktuelle Debatte: Zustand der Umwelt in Sachsen – Ergebnisse des 5. Umweltberichts 2007

Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD

2. Aktuelle Debatte: Höhere Preise, weniger Service – das Zukunftskonzept der Deutschen Bahn?

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Die Verteilung der Gesamtredezeit der Fraktionen und der Staatsregierung hat das Präsidium wie folgt vorgenommen: CDU 39 Minuten, Linksfraktion 26 Minuten, SPD

14 Minuten, NPD, FDP jeweils 12 Minuten, GRÜNE 17 Minuten, Staatsregierung 20 Minuten.

Wir kommen zu

1. Aktuelle Debatte

Zustand der Umwelt in Sachsen – Ergebnisse des 5. Umweltberichts 2007

Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD

Zunächst haben die Antragsteller, die Fraktionen von CDU und SPD, das Wort. Danach folgen Linksfraktion, NPD, FDP, GRÜNE und die Staatsregierung.

Die Debatte ist eröffnet. Ich bitte, dass ein Vertreter der CDU das Wort nimmt. Frau Windisch, bitte.

Uta Windisch, CDU: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist zugegebenermaßen nicht das übliche Prozedere in diesem Hohen Hause, dass Berichte der Staatsregierung Gegenstand einer Aktuellen Debatte sind. Aber ich denke, dem Anliegen des Umweltberichts wird es gerecht, wenn er nicht, wie sonst bei Berichten üblich, am Ende der Tagesordnung, sondern an einem prominenten Platz besprochen wird. Deshalb geht mein Dank an alle Fraktionen, die sich diesem Verfahren angeschlossen haben.

Der Bericht ist im zuständigen Fachausschuss zustimmend zur Kenntnis genommen worden. Er umfasst den

Zeitraum 2002 bis 2006 und ist wesentlich umfangreicher und detailreicher als alle vorhergehenden Berichte ausgefallen. Eine verdienstvolle Arbeit – diesem Urteil konnte sich sogar unser Herr Kollege Lichdi anschließen. Ich denke, diese Einschätzung tragen alle mit, die den Bericht gelesen haben.

Danke an alle, die an der Erstellung des Berichts beteiligt waren. Aber vor allem geht mein Dank an diejenigen, die wesentlich selbst dazu beigetragen haben, dass sich die Umweltsituation in Sachsen in allen Facetten signifikant verbessert hat.

(Beifall der Abg. Heinz Lehmann,
und Horst Rasch, CDU)

Im Berichtszeitraum standen die Bemühungen zur nachhaltigen Gestaltung unserer Lebensumwelt zunehmend im Vordergrund. Demgegenüber sind die Sanierungsaufgaben, insbesondere der immensen Altlasten durch den

Raubbau an Natur und Umwelt im real existierenden Sozialismus, fast vollständig erledigt.

Meine Damen und Herren! Die Bewertung der gegenwärtigen Umweltsituation in Sachsen kann nicht objektiv erfolgen, ohne den Blick auf die Ausgangslage zurückzuwerfen. Deshalb war ich regelrecht geschockt, als ich die Ergebnisse der Studie des Forschungsverbundes SED-Staat der Freien Universität Berlin zum Thema „Das DDR-Bild von Schülern“ zur Kenntnis genommen habe. Wir haben gestern bereits über andere Aspekte der Studie gesprochen. Aber die Aussagen im Hinblick auf die Umweltsituation waren aus meiner Sicht verheerend. Es ist kaum zu fassen, dass nach Aussage der Studie der größte Teil der befragten Schüler annimmt, die Umwelt sei in der DDR sauberer als in der Bundesrepublik gewesen. Die richtige Antwort gab nur jeder Fünfte.

Warum wissen junge Leute heute nicht mehr, wie es in Schlema, Espenhain und Böhlen ausgesehen hat, welchen Zustand die Wälder auf dem Erzgebirgskamm hatten, dass Flüsse und Bäche bessere Kloaken waren und dass mir im Winter vom höchsten Punkt meines Heimatortes der Blick ins Tal durch eine dicke Smog-Schicht versperrt war, aus der nur der Schornstein des filterlosen Rohbraunkohlekraftwerks herausragte?

Ein Grund dafür ist neben dem Verdrängen oder Vergessen eine nicht zu entschuldigende Bildungslücke, was die Lebenssituation in der DDR insgesamt betrifft. Es fehlt aber auch das Wissen, dass gerade die prekäre Umweltsituation – neben der Sehnsucht nach Freiheit – der Grund für die friedliche Revolution war.

Drei Handlungsfelder möchte ich kurz beleuchten: Klima, erneuerbare Energien und Luft.

Im Umweltbericht schlagen sich die Anstrengungen der Staatsregierung im betrachteten Zeitraum deutlich nieder, den sächsischen Energiemix zugunsten der erneuerbaren Energien zu verändern. So ist das Ziel des Sächsischen Klimaschutzprogramms, von 2001 bis 2010 einen Anteil von 5 % erneuerbarer Energien am Endenergieverbrauch zu erreichen, bereits 2006 erfüllt worden. Allein die 2006 aus erneuerbaren Energien erzeugte Energie hat einen CO₂-Ausstoß von 2,6 Millionen Tonnen vermieden. Seit 2003 stagnieren bei steigendem Anteil der erneuerbaren Energien die Zahlen des Gesamtenergieverbrauchs. Dabei ist hervorzuheben, dass die Energieintensität – das Maß, wie viel Energie für eine Einheit BIP benötigt wird – ständig zurückgeht. Das ist auch der Beweis dafür, dass eine Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Energieverbrauch stattgefunden hat.

Zum Thema Luft. Das Messnetz von 31 Luftmessstationen registriert feinste Abweichungen der Qualitätsparameter. Durch die konsequente Modernisierung der Großfeuerungsanlagen spielt die SO₂-Belastung kaum noch eine Rolle. Die bodennahe Ozonbelastung ist seit 2003 rückläufig und Benzole sind um 67 % zurückgegangen, grobe Stäube ebenso. Bei Feinstaub sind weitere Anstrengungen nötig.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie uns die im Umwelt- und Klimaschutzbericht erreichten Erfolge auch Erfolge nennen und nicht mit der Lupe das Haar in der Suppe suchen. Es gilt vielmehr, gemeinsam nach gangbaren, nachhaltigen Strategien zu suchen, um die Umweltsituation in Sachsen weiter kontinuierlich zu verbessern.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Präsident Erich Iltgen: Ich erteile der Fraktion der SPD das Wort; Frau Dr. Deicke, bitte.

Dr. Liane Deicke, SPD: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Umwelt bedeutet Schutz der Grundlagen unseres Lebens und verdient schon von daher, an herausragender Stelle behandelt zu werden. Das tun wir heute.

Mit der Vorlage des Umweltberichtes 2007 ist die Staatsregierung ihrer Pflicht nachgekommen, einen Bericht mit Daten zum Zustand der Umwelt in Sachsen zu geben. Das verlangt die Europäische Umwelt-Informationsrichtlinie. Es geht dabei in erster Linie um eine Bestandsaufnahme. Das ist gut so, denn nur wer weiß, wo er steht, kann gezielt etwas verändern. Insofern ist der vorliegende Umweltbericht ein wertvolles Arbeitsmaterial, denn daraus lassen sich wichtige Maßnahmenbereiche und Handlungsschwerpunkte ableiten.

Was man aber nicht unmittelbar sieht, ist der Arbeitsaufwand, der hinter diesem Bericht steckt. Als ehemalige Umweltschutzbeauftragte habe ich da meine eigenen Erfahrungen und weiß dies zu würdigen. Deshalb sage ich Dank an alle, die an diesem Bericht mitgewirkt haben.

(Beifall bei der SPD, der CDU, der Linksfraktion, der FDP und den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren! Im Berichtszeitraum 2002 bis 2006 ging es ganz maßgeblich um die konsequente Umsetzung von EU-Recht. Dazu zählen eine ganze Reihe von EU-Richtlinien, zum Beispiel die EU-Wasserrahmenrichtlinie oder die FFH-Richtlinie.

Im Vergleich zu seinem Vorgänger hat sich der Umweltbericht 2007 sowohl in qualitativer als auch in quantitativer Hinsicht wesentlich verbessert. So konnten erstmals belastbare Daten zur oberflächennahen Nutzung der Geothermie ermittelt und dargestellt werden. Es gibt eine neue Reihenfolge der behandelten Umweltthemen. Diese widerspiegelt auch eine neue Rangfolge. Insbesondere kommt dem Klimaschutz ein herausragender Stellenwert zu. 2002 war dieses Thema noch ganz weit abgeschlagen, fast ein Randthema. Es erschien kurz und knapp unter dem allerletzten Gliederungspunkt und dort wiederum unter dem letzten Unterpunkt. Hier ist dieser qualitative Sprung deutlich zu erkennen.

Ganz neu sind fachübergreifende Themen, die erstmals im Umweltbericht 2007 behandelt werden.

Meine Damen und Herren! Die bereits im Ausschuss geäußerte Kritik, dass der Umweltbericht nicht aktuell ist, ist insofern nicht gerechtfertigt, als es in der Natur der Sache liegt, weil der Berichtszeitraum mit dem Jahr 2006 endet. Allerdings hätte man das auch im Titel des Berichtes deutlich machen sollen.

Nach 2006 waren wir natürlich nicht untätig. Mittlerweile haben wir zum Beispiel den Aktionsplan „Klima und Energie“ auf den Weg gebracht, der nebenbei bemerkt maßgeblich von der SPD vorangetrieben wurde. Auch liegen inzwischen zumindest teilweise weitere Daten vor. Es wäre daher gut, den Umweltbericht kontinuierlich fortzuschreiben.

Meine Damen und Herren! Wir müssen uns natürlich im Klaren sein, dass die großen Sprünge der Neunzigerjahre sich nicht beliebig fortsetzen lassen. Letztlich gilt das im Umweltschutz wie im Leistungssport. Ist bereits ein hohes Niveau erreicht, dann wird es immer schwieriger, weil viele Maßnahmen schon ausgeschöpft sind. Das sieht man zum Beispiel beim Siedlungsabfall. Es gab im Zeitraum von 1995 bis 2005 praktisch eine Halbierung des Abfallaufkommens pro Einwohner. Im Vergleich der Jahre 2005 und 2006 hat sich das sächsische Abfallaufkommen aus Haushalten um weitere 32 000 Tonnen reduziert oder anders ausgedrückt, jeder Sachse hat im Jahr 2006 sechs Kilogramm weniger Müll erzeugt als 2005. Dies ist auf erhebliche Anstrengungen zur Abfallvermeidung und Abfalltrennung zurückzuführen. Abfallwirtschaftlich gesehen befinden wir uns gerade in einer Umbruchphase, die maßgeblich davon bestimmt ist, dass am 1. Juli 2005 die Abfallablagerungsverordnung in Kraft getreten ist. Danach darf kein unbehandelter Abfall mehr auf Deponien abgelagert werden. Damit ist ein weiterer Schritt nicht nur für den Umweltschutz hin zu einer ressourcenschonenden Kreislauf- und Wertstoffwirtschaft, sondern auch zum Klimaschutz gelungen. Die Abfallwirtschaft trägt damit maßgeblich zur Erfüllung der deutschen Reduktionsziele bei klimaschädigenden Gasen bei. Diesen Weg gilt es konsequent fortzusetzen.

Ich komme zum Schluss und stelle fest: Insgesamt trägt der Umweltbericht 2007 zu einer transparenten und bürgernahen Umweltpolitik im Freistaat Sachsen bei.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit

(Beifall bei der SPD, der CDU, der Linksfraktion, der FDP und den GRÜNEN)

Präsident Erich Iltgen: Ich erteile das Wort der Linksfraktion; Frau Kagelmann, bitte.

Kathrin Kagelmann, Linksfraktion: Herr Präsident! Werte Damen und Herren Abgeordneten! Die positive Botschaft des Umweltberichtes wird auch von der Opposition anerkannt.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Die Flüsse sind sauberer geworden, die Luft ist klarer. Es gibt mehr geschützte Räume für Tiere und Pflanzen und

es gibt viel beachtete Erfolge im Kampf um die Rettung von bedrohten Arten. Dabei ist es geradezu tragikomisch, dass die spektakulärsten Erfolge im Artenschutz häufig wenig Gegenliebe in der Öffentlichkeit erfahren und einige von ihnen von unterschiedlichen Lobbygruppen erbittert bekämpft werden.

Der eigentliche Zweck solcher Berichte besteht allerdings im Aufzeigen von Entwicklungsdefiziten als künftige Handlungsaufträge an die Staatsregierung. Die wichtigsten Probleme werden gleich im Vorwort benannt: Klimawandel, Ressourcenknappheit, Flächenverbrauch. Zu zwei dieser Themen möchte ich mich äußern.

Flächenverbrauch: Nach einem Rückgang der Flächeninanspruchnahme steigt dieser seit 2004 wieder deutlich an. Die guten Vorsätze nach der Jahrhundertflut – Stichwort Wasserspeicherfähigkeit und Rückhalteflächen – überleben also lediglich einen Sommer. Sachsen setzt weiter auf Straßenneubau. Gewerbeparks und Industrieansiedlungen werden zu oft noch auf die grüne Wiese gestellt und Sachsens Kommunen weisen immer neues Bauland am Stadtrand aus, um dann im Innenstadtbereich Wohnungsleerstand zu bekämpfen. Mit weitreichenden Folgen: Wo Wiese und Acker unter Beton verschwinden, verschwinden auch ehemals dort beheimatete Tier- und Pflanzenarten, viele von ihnen für immer.

(Beifall bei der Linksfraktion)

So fällt das Resümee der Aktivitäten im Kapitel Natur und Landschaftsschutz realistisch pessimistisch aus. Trotz Schutzgebietssystem, Biotopverbund und Artenschutzprogrammen muss bei der Entwicklung von Flora und Fauna konstatiert werden, dass Sachsen aufgrund des zunehmenden Aussterbens von Arten weiter verarmt und eine Trendwende seit 1990 nicht erreicht wurde. Mehr als 50 % der Farn- und Samenpflanzen und der Wirbeltiere stehen auf der „Roten Liste“.

Naturschutzvereine und zahlreiche Landbewirtschaftler ackern inzwischen verbissen gegen den Trend des fortgesetzten Artenschwundes, indem sie unter anderem Biotop pflegen oder gezielt entwickeln – seit Jahrzehnten vielfach auch ehrenamtlich. Dafür wurden sie mit entsprechenden Förderinstrumenten unterstützt, aus Sicht der Naturschützer nicht gerade üppig, nie ausreichend, was den Gesamtbedarf an Maßnahmen betrifft. Immer wieder müssen Naturschützer und Landschaftspfleger dabei gegen bürokratische Hemmnisse ankämpfen. Als 2003 beispielsweise ein solches zentrales Förderinstrument der Biotoppflege, nämlich die Landschaftspflegeleitlinie, durch die Naturschutzrichtlinie abgelöst wurde, stauten sich die Anträge bei der Bewilligungsbehörde, weil die erforderliche neue Richtlinie der EU zu spät zur Bestätigung vorgelegt worden war. Als dann endlich im November die sächsischen Mittel flossen, konnte ein Großteil der beantragten Maßnahmen nicht mehr durchgeführt werden. Diese Verwaltungspanne findet natürlich keine Erwähnung im Umweltbericht. Nichtsdestotrotz hätte eine kritische Analyse möglicherweise neue Kalamitäten vermieden, denn was sich das SMUL mit der noch relativ

frischen Richtlinie „Natürliches Erbe“ geleistet hat, ist ein Schildbürgerstreich ohne Beispiel. Wie sich die Bilder gleichen: Die alte Naturschutzrichtlinie lief wieder völlig überraschend für die Behörde Ende 2007 aus. Die neue wurde wieder viel zu spät in Brüssel eingereicht. Die Übergangslösung von allgemeinen Ausschreibungen von Pflegeleistungen mussten die Umwelt- und Landschaftspflegeverbände als Affront gegen ihr jahrelanges Engagement in der Biotoppflege verstehen.

Anfang September sollen nun die Zuwendungsbescheide rausgegangen sein. Es ist bereits wieder Herbst. Doch damit fließen längst nicht alle Mittel. Für investive Maßnahmen konnten zwar Anträge schon im Frühjahr gestellt werden, aber zumindest bis Mitte dieser Woche wurden die Anträge durch die Naturschutzbehörden nicht bearbeitet, weil – man höre und staune – die entsprechende Behandlungsrichtlinie noch nicht vorliegt. Ist das nun Unfähigkeit oder Böswilligkeit? Oder sollte die großartige Funktionalreform – –

Präsident Erich Iltgen: Bitte zum Schluss kommen.

Kathrin Kagelmann, Linksfraktion: – die Landesbehörde völlig handlungsunfähig gemacht haben?

Herr Staatsminister Kupfer, ich fordere Sie auf, sich heute und hier dazu zu äußern, wann und wie Ihr Haus gedenkt, diese dringende Angelegenheit endlich zum Abschluss zu bringen. Es geht hier um ganz praktischen Naturschutz und ganz nebenbei geht es auch um ganz konkrete Arbeitsplätze in der Landschaftspflege.

Danke schön.

(Beifall bei der Linksfraktion)

Präsident Erich Iltgen: Ich erteile das Wort der NPD-Fraktion; Herr Dr. Müller, bitte.

Dr. Johannes Müller, NPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Seit einigen Wochen liegt der auf 124 Seiten umweltschonendem Recyclingpapier gedruckte Umweltbericht für den Zeitraum von 2002 bis 2006 vor. Auf Antrag der Koalition sollte sich die heutige Aktuelle Debatte mit den Ergebnissen des Berichtes auseinandersetzen. Ob es dazu allerdings einer Aktuellen Debatte bedarf, möchte ich bezweifeln, weil der Bericht eigentlich schon im Juli auf der Tagesordnung des Landtags war und dort von der Koalition kein Redebedarf angemeldet wurde. Aber sei es drum. Die Koalition hat sich damit einmal mehr ihr Podium geschaffen, und die Staatsregierung hat, wie es Kollegin Deicke vorhin ausdrückte, eine Pflicht erledigt. Ich finde diese Wortwahl im Übrigen sehr unglücklich, denn Umwelt- und Naturschutz sollten nicht nur Pflicht, sondern auch Bedürfnis sein.

Nun aber zu den Ergebnissen des Umweltberichtes. Wer das Werk aus dem Umweltministerium liest, soll zu dem Schluss kommen, dass es in Umweltfragen in Sachsen eigentlich nur bergauf geht. Die Realität, meine Damen und Herren, sieht aber leider nicht ganz so rosig aus wie im Bericht dargestellt. Auf das Ausgangsniveau hatte

bereits Frau Windisch verwiesen. Ich möchte an dieser Stelle keinesfalls in Abrede stellen, dass Fortschritte erzielt wurden und werden. Der allgemeinen Jubelstimung des Ministers kann sich meine Fraktion aber nicht anschließen. In vielen Fragen der sächsischen Umweltpolitik gibt es noch immer erheblichen Handlungsbedarf.

Damit komme ich zum Hauptkritikpunkt meiner Fraktion an dem vorliegenden Bericht. Dieser beschränkt sich leider allein auf die Darstellung der Entwicklung in den vergangenen Jahren und geht in keiner Weise auf die zukünftigen Handlungsfelder der Umweltpolitik in Sachsen ein. Wir als NPD-Fraktion erwarten aber von einem Umweltbericht der Regierung, dass aus den in diesem Bericht zusammengefassten Daten auch Konsequenzen gezogen und Perspektiven aufgezeigt werden, die politische Entscheidungen zur Folge haben können.

Dazu einige Beispiele: Für uns ist es nicht ausreichend zu wissen, wie stark die Flächenversiegelung in den letzten Jahren gestiegen ist. Wir wollen stattdessen wissen, wie der Flächenverbrauch endlich gestoppt werden kann. Darüber findet man im Bericht kein Wort, auch nicht über die fortschreitende Zerschneidung der Landschaft und kein Wort dazu, wie der weitere Verlust heimischer Tier- und Pflanzenarten wirksam verhindert werden soll. Dem Bericht fehlen aber nicht nur die zukünftigen Handlungsfelder. Es fehlen auch ein paar Worte zu den Versäumnissen und verpassten Chancen in der Umweltpolitik der von der CDU und später von der Koalition geführten Landesregierung, also ein Hauch Selbstkritik.

Als Beispiel möchte ich hier die Neufassung des Sächsischen Naturschutzgesetzes nennen, zu der meine Fraktion eine Reihe von Änderungsvorschlägen eingebracht hatte. Die Chancen für einen wirksameren Schutz von Natur und Landschaft, die diese Gesetzesnovelle geboten hätte, wurden nicht genutzt. Versäumnisse gab und gibt es auch beim Schutz des ökologischen Netzes Natura 2000. Beispielsweise wurden FFH- und Vogelschutzgebiete zu spät und in zu geringer Zahl gemeldet, sodass Nachmeldungen nötig wurden, womit sich die Reihe der Versäumnisse weiter fortsetzt. Auf Seite 93 des Berichtes wird erwähnt, dass seit 2002 an der Erarbeitung der Managementpläne und der Unterschutzstellung der FFH-Gebiete gearbeitet wird. Dass bisher faktisch kaum eines der Gebiete tatsächlich rechtlich gesichert oder unter Schutz gestellt wurde, wird dabei geflissentlich verschwiegen.

Ich möchte betonen, dass ich an dieser Stelle aufgrund der begrenzten Redezeit nur auf einzelne Aspekte des Berichtes eingehen kann. Es gibt noch eine Reihe weiterer Kritikpunkte meiner Fraktion, etwa bei der Umsetzung präventiver Hochwasserschutzmaßnahmen, der Ausbreitung der Agrotechnik in Sachsen oder der Energiepolitik. Ich möchte für meine Fraktion abschließend feststellen, dass wir in vielen Bereichen der Umweltpolitik andere Ansätze verfolgen als die derzeitige Regierungskoalition. Den Umweltbericht der Staatsregierung hat meine Fraktion vor der Sommerpause auch ohne Zustimmung einfach zur Kenntnis genommen. Für die Zukunft

erwarten wir von der Regierung, dass sie sich nicht nur auf die Erfassung und Dokumentation umweltrelevanter Daten beschränkt, sondern daraus auch Handlungsfelder für die Landespolitik ableitet und die dafür nötigen Haushaltsmittel bereitgestellt werden. Sonst bleibt der Schutz der Umwelt in Sachsen weiterhin ein auf Recyclingpapier gedrucktes Lippenbekenntnis.

Vielen Dank.

(Beifall bei der NPD)

Präsident Erich Iltgen: Ich erteile das Wort der FDP-Fraktion; Herr Günther, bitte.

Tino Günther, FDP: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Ministerpräsident! Sehr geehrte Herren Staatsminister Kupfer und Wöller!

(Oh-Rufe von der FDP und der Linksfraktion)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen!

(Heiterkeit bei der CDU)

Präsident Erich Iltgen: Wollen Sie noch einmal neu anfangen?

(Allgemeine Heiterkeit)

Tino Günther, FDP: Herr Lebensminister Kupfer, Sie dürfen heute mit uns aktuell über den Sächsischen Umweltbericht, den unser aktueller Kultusminister Wöller im März vorgelegt hat, diskutieren. Auch unser Ministerpräsident Tillich könnte aufgrund seiner vorherigen Tätigkeit sicherlich noch die eine oder andere Ausführung leisten, selbstverständlich auch Herr Flath.

Wir haben einen Bericht mit hübschen Bildern und Grafiken auf umweltfreundlichem Papier vorliegen. Einige Kollegen unter uns werden sicherlich diese Aktuelle Debatte nutzen, um diverse Endzeitszenarien in den schillerndsten Farben zu erörtern. Ich möchte keine Namen nennen, aber der Herr Lichdi weiß, wen ich meine.

(Heiterkeit bei der FDP)

An dieser Stelle muss klar und deutlich gesagt werden, was sich in den letzten 18 Jahren bei uns in Sachsen zum Vorteil für die Umwelt getan hat. Es war sehr viel. Man könnte sagen, die Umwelt in Sachsen erholt sich von 40 Jahren real existierendem Sozialismus.

(Beifall bei der FDP, der CDU und vereinzelt bei der Staatsregierung)

Apropos Sozialismus: 1988 wurde „Gegenstand und Methode der politischen Ökonomie“ veröffentlicht: „Die politische Ökonomie des Sozialismus hat dazu beigetragen, dass durch die Gestaltung der sozialistischen Produktionsverhältnisse, der sozialistischen Leitung, Planung und Stimulierung ein ökologisch gleichwertiger Stoffwechselprozess zwischen Mensch und Natur gesichert werden kann. Die politische Ökonomie des Kapitalismus hat zu erklären, aus welchen Gründen es im Kapitalismus

zu krisenhaften Störungen in diesem Stoffwechsel kommt und welche Positionen die progressiven Kräfte im Klassenkampf zu diesen Fragen einnehmen.“

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP und der CDU)

Sozialismus und Umwelt bedeutet, was ich in Zahlen aus dem Kreis Borna von 1989 nenne: Emissionsausstoß 691 000 Tonnen Schwefeldioxid, 134 000 Tonnen Staub, 86 000 Tonnen Kohlenmonoxid, 30 000 Tonnen Stickoxide. Der Kapitalismus hat dafür gesorgt, dass wir in Sachsen saubere Luft haben, und nicht der Sozialismus.

(Beifall bei der FDP)

Ich darf daran erinnern, was auch schon Frau Windisch ausgeführt hat: In meinem geliebten Erzgebirge wurde von den Sozialisten der gesamte Wald weggeätzt. Ich bin stolz darauf, dass in meinem Erzgebirge endlich wieder Wald wachsen kann.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Widerspruch bei der Linksfraktion)

Sehr geehrte Damen und Herren, wir müssen uns bewusst darüber sein, – –

– Was regen Sie sich denn auf? Ich habe Sie gar nicht angesprochen.

Sehr geehrte Damen und Herren, wir müssen uns bewusst darüber sein, dass sich in der Geschichte der Erde Flora und Fauna laufend verändert haben. Es sind neue Arten entstanden, die im Bericht auch erwähnt werden, aber auch Arten verschwunden. Für die FDP bedeutet Natur auch immer Wandel, nicht das Konservieren willkürlich gewählter Zustände. Das zeigt sich zum Beispiel in Sachsen an der Rückkehr der Wölfe. Ich bin mir sicher, dass es neben den Wölfen noch weitere Beispiele von Tier- und Pflanzenarten gibt, die sich wieder vermehrt in Sachsen finden werden. Tabellen über das Aussterben von verschiedenen Farnen und Samenpflanzen, wie sie im Bericht zu finden sind, sind zu einseitig.

Der Klimawandel wird aller Voraussicht nach auch zu mehr neuen oder fast ausgestorbenen geglaubten Arten in Sachsen führen.

Um dem Klimawandel ein Stück weit Einhalt zu gebieten, gilt es auch, den Schadstoffhaushalt zu ermitteln und zu reduzieren. Die 31 Luftmessstationen in Sachsen können vielerorts dazu beitragen.

Mein Dank gilt in ganz spezieller Art und Weise dem Umweltministerium für den Versuch, in meiner Heimatregion die durch Tschechien verursachte Luftverschmutzung zu ermitteln.

Zum Schluss meiner Rede möchte ich Sie, Herr Lebensminister Kupfer, bitten, meinen Europaabgeordneten-Kollegen Holger Kraemer zu unterstützen, der die Überarbeitung der Richtlinie über die integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung in Angriff nimmt, um dieses Problem bei unseren Nachbarn zu beenden.

Sehr geehrte Damen und Herren! Der Klimawandel wird uns noch lange Zeit beschäftigen. Auch hier bei uns im Sächsischen Landtag kann ich voraussagen, dass in den nächsten Tagen, Wochen und Monaten das Klima etwas rauer werden wird.

In diesem Sinne bedanke ich mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Erich Iltgen: Ich erteile das Wort der Fraktion GRÜNE; Herr Lichdi.

Johannes Lichdi, GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich freue mich auch, dass wir zu dieser prominenten Stunde – das ist durchaus nicht üblich – den Umweltbericht, der uns wirklich wichtige Daten gibt, diskutieren können.

(Beifall bei den GRÜNEN und der
Abg. Andrea Roth, Linksfraktion)

Ich möchte mich auch an dieser Stelle bei den Mitarbeitern der sächsischen Umweltverwaltung bedanken. Derjenige, der sich etwas mit der Materie auskennt – und das war nicht bei allen Rednern, die bisher hier vorn gestanden haben, der Fall –, kann ermessen, welch große Arbeit, welch großes Engagement dahintersteckt.

(Beifall bei den GRÜNEN,
vereinzelt bei der Linksfraktion und
Beifall des Abg. Martin Dulig, SPD)

Das größte globale Umweltproblem unserer Zeit ist der Klimawandel. Ich freue mich ausdrücklich über die zutreffende Situationsbeschreibung zum Klimawandel im Umweltbericht. Ich wünsche mir aber, dass es tatsächlich bei allen Abgeordneten dieses Hauses ankommt. Ich nenne hier insbesondere auch die Mitglieder des Arbeitskreises Umwelt der CDU-Fraktion sowie den gewesenen Umweltminister und derzeitigen Kultusminister Prof. Wöller. Sie wissen alle, worauf ich anspiele.

Die Staatsregierung hat sich bei der Klimaprognose und dem Vordenken von Klimaanpassungsmaßnahmen durchaus Verdienste erworben. Sie war damit an erster Stelle in Deutschland.

(Beifall des Abg. Steffen Flath, CDU)

Der große Mangel war und ist aber, dass die Staatsregierung damit ihre klimaschutzpolitische Tätigkeit, Herr Fraktionsvorsitzender Flath, und falsche Weichenstellungen in der Energiepolitik der Neunzigerjahre übertünchen wollte. Zutreffend weist der Umweltbericht darauf hin, dass Klimaanpassungsmaßnahmen nur dann Sinn machen, wenn die Erhöhung der Durchschnittstemperatur im Rahmen bleibt. Dieser Rahmen ist eben durch das Zwei-Grad-Ziel bestimmt. Nun stehen aber alle Zeichen darauf, dass eine Begrenzung der Erwärmung in diesem Jahrhundert auf zwei Grad bei Weiterlauf der Trendentwicklung äußerst unwahrscheinlich ist. Sie kennen die Daten. Der

Umweltrat der Vereinten Nationen hält sogar sechs Grad bis zum Jahr 2100 für möglich. Die AG Klimafolgen Ihres Ministeriums, Herr Minister Kupfer, rechnet derzeit mit einer Steigerung von 2,5 bis 3,5 Grad in diesem Jahrhundert. Im Klimabericht findet man dann aber leider nichts mehr zum Klimaschutz; totale Fehlanzeige. Denn dann müsste man ja die Fragen der Energiepolitik aufgreifen.

Stattdessen wird das klimapolitische Versagen bemängelt. Es ist zwar richtig, Frau Windisch, dass Sachsen die CO₂-Emission seit 1990 um 46 % reduziert hat.

(Beifall des Abg. Peter Wilhelm Patt, CDU)

Aber die Pro-Kopf-Emissionen – und auf diese kommt es an – liegen trotzdem weit über dem deutschen Durchschnitt und um den Faktor 7 über der 2050 noch zulässigen Emission von 1,7 Tonnen CO₂ pro Kopf und Jahr.

Meine Damen und Herren! Ich habe mich auch sehr gefreut, dass der Bericht ein EE-Ziel, ein Ziel zum Ausbau der erneuerbaren Energien für das Jahr 2020 von 25 % für realistisch hält. Der Bericht ist damit mutiger als die offizielle Politik der Staatsregierung. Das freut mich. Bis jetzt, meine Damen und Herren, sind die Weichen aber noch nicht gestellt, um dieses immer noch zu klein gesetzte Ziel zu erreichen.

Frau Windisch, jetzt sind wir wieder bei der Frage der absoluten und relativen Zahlen. Sie haben zu Recht die Frage der Energieintensität angesprochen. Natürlich haben wir dort Erfolge erzielt. Aber das kann doch nicht unser Ziel sein. Unser Ziel kann doch nicht nur sein, die Versäumnisse der DDR-Mangelwirtschaft aufzuarbeiten, sondern unser Ziel muss sein, bei den umweltpolitischen Notwendigkeiten und Erkenntnissen vorn zu sein. Da haben wir einfach zur Kenntnis zu nehmen, dass die Energieintensität in Baden-Württemberg – und ich dachte, da wollten wir einmal aufschließen – doppelt so gut ist wie die in Sachsen. Da haben wir also noch ganz erheblichen Nachholbedarf. Es nützt an dieser Stelle überhaupt nichts, wenn wir uns immer wieder die DDR mit ihrer natürlich katastrophalen Umwelt- und Gesellschaftspolitik zum Vorbild nehmen.

(Beifall bei den GRÜNEN und
vereinzelt bei der Linksfraktion)

Auch weil Sie es, Frau Windisch, angesprochen haben, möchte ich noch etwas zur Feinstaubfrage sagen.

Im Bericht steht richtigerweise drin: 36 % der Feinstaubemissionen gehen auf den Verkehr zurück und eben nicht auf den Saharastaub, wie mir hier immer mal wieder zwischen den Bänken zugezischelt oder zugerufen und wie so oft kolportiert wird. Jetzt sind für Leipzig, Dresden und Chemnitz Luftreinhaltepläne in Kraft gesetzt worden. Der Bericht erwähnt das zutreffend, nur leider erwähnt er nicht, dass diese Luftreinhaltepläne völlig ungeeignet sind.

Diese Luftreinhaltepläne erreichen nach Ihrer eigenen Aussage nicht das Ziel, im Jahre 2010 die Feinstaubemission auf das zulässige Maß zurückzuführen. In eben

diesen Luftreinhalteplänen Ihres Hauses kann man feststellen, dass auch die NO₂-Werte, die ab 2010 einzuhalten sind, natürlich nicht eingehalten werden können.

Meine Damen und Herren! Aufgrund der Kürze der Zeit kann ich auf die vielen anderen wichtigen Fragen nicht eingehen. Frau Kollegin Kagelmann hat zu Recht auf die Fragen Fauna-Flora-Habitat, auf die Geschichte der Biodiversität hingewiesen. Die Zeit verhindert es leider, darauf einzugehen.

Meine Damen und Herren! Insgesamt ist der Bericht durchaus ein bemerkenswertes Dokument. Es lohnt sich, ihn zu studieren. Er kann aber leider nur so gut sein, wie die Politik der Staatsregierung ist, und die ist eben umweltpolitisch unzureichend.

Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und
vereinzelte bei der Linksfraktion)

Präsident Erich Iltgen: Ich erteile das Wort der Fraktion der CDU; Herr Prof. Mannsfeld, bitte.

Prof. Dr. Karl Mannsfeld, CDU: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Umweltberichte haben – wie könnte es anders sein – immer eine fachliche und eine politische Komponente.

In meinem ersten Redebeitrag möchte ich mich ausdrücklich mit der fachlichen Komponente auseinandersetzen. Insbesondere fällt mir nämlich auf, dass völlig zu Unrecht die Naturressource Boden – und damit ist natürlich das Problem Flächenverbrauch verbunden – bei der Behandlung umweltpolitischer Themen immer etwas zu kurz kommt.

(Beifall des Abg. Johannes Lichdi, GRÜNE)

Der Boden ist nicht nur das wichtigste Produktionsmittel für Land- und Forstwirtschaft, nein, er erfüllt im Hinblick auf Grundwasserneubildung, als Lagerstätte, als Flächenfaktor für die Bebauung und natürlich auch als Lebensraum für die Tier- und Pflanzenwelt unverzichtbare Funktionen im Naturhaushalt. Aber durch Versiegelung, Abgrabung, Aufschüttung, Zerschneidung oder Bodenerosion nimmt er großflächig Schaden oder verschwindet teilweise als Naturpotenzial vollkommen.

In den Debatten der zurückliegenden Monate, die sich hauptsächlich dem Thema Biodiversität gewidmet hatten, habe ich bereits darauf hingewiesen – weil es da einen untrennbaren Zusammenhang gibt –, dass seit 1990 in Sachsen circa 70 000 Hektar überbaut, asphaltiert und anderweitig natürlichen Funktionen entzogen worden sind. Die diesbezügliche Grafik im Bericht auf Seite 79 zeigt darüber hinaus auch keinen einheitlichen Verlauf. Denn nach einer Abnahme der täglichen Versiegelungsfläche auf rund 3 Hektar im Jahre 2004 waren wir 2006 bereits wieder bei 4,5 Hektar angekommen. Traut man den jüngsten Veröffentlichungen des Statistischen Landesamtes – und ich traue ihnen –, dann sind wir 2007 schon wieder bei weit über 5 Hektar Flächenverbrauch

angekommen. Insofern müssen auch unsere zukünftigen Zielstellungen, die in diversen Strategiepapieren verborgen sind, bis 2010 auf 2,5 Hektar oder 2020 gar auf 1,3 Hektar zu kommen, durchaus immer an die aktuellen Entwicklungen angepasst werden.

Wir müssen dieses Rückgangsziel aber unter allen Umständen ausgeben und versuchen, ihm entsprechende positive Flankierungen zu geben. Denn denken wir doch einmal daran: Während die Bevölkerung seit 1990 in Sachsen um 14 % zurückgegangen ist, hat es eine Steigerung der versiegelten Fläche, also des entwerteten Bodens, um 15 % gegeben. Das heißt im Umkehrschluss übersetzt: Immer weniger Menschen haben mehr Fläche in einen naturfernen Zustand überführt.

Ich glaube, dieser Zahlenvergleich kann deutlich machen, wohin die Reise gehen muss. Deshalb sind auch die im Bericht benannten Pilotprojekte zum kommunalen Flächenmanagement sehr zu begrüßen. Denn sie zeigen den richtigen Weg auf, dass nicht die ständige Inanspruchnahme landwirtschaftlichen Bodens für Bauvorhaben stattfinden darf, sondern die Revitalisierung innerstädtischer Flächen das Gebot der Stunde ist und deswegen diese Pilotprojekte ganz wichtig sind.

Dazu brauchen wir aber auch die Unterstützung der Kommunen, in deren Zuständigkeit wesentliche Instrumente zur Reduzierung des Flächenverbrauchs liegen.

Andererseits – wir wollten ja zunächst ganz fachlich an die Dinge herangehen – sind eben auch rund 50 % aller sächsischen Ackerböden erosionsgefährdet, sodass Zwischenfruchtanbau, Mulchsaatverfahren und anderes unbedingt zur Erhaltung der Bodendecke und zur Verhinderung von Nährstoffverlagerungen in die Gewässer praktiziert werden müssen. Vielfach bedingt durch geogene Vorprägungen, haben wir auch noch eine größere Anzahl von Böden – das können Sie auf Seite 84 nachlesen –, die Schadstoffe enthalten, womit Vorkehrungen für die Lebensmittel- und Futtermittelerzeugung verbunden sind.

Kurzum, die Umsetzung des Bodenschutzes, die Erhaltung land- und forstwirtschaftlicher Nutzflächen ohne jegliche Kontamination und die Erhaltung der Transferfunktion bei Grundwasserneubildungen sind und bleiben eine ernst zu nehmende aktuelle Umweltaufgabe.

(Beifall bei der CDU und den GRÜNEN)

In diesem Zusammenhang noch ein kurzer erfreulicher Ausblick auf eine aktuelle Entwicklung, nämlich den Schritt der Staatsregierung, die Altlastenfreistellung mit dem Bund kürzlich endgültig geregelt zu haben. Das stellt eine höchst willkommene Ergänzung für eine weitere Reduzierung beim Flächenverbrauch dar; denn bisher hat das Altlastenrisiko viele Investoren davon abgehalten, in Sachsen Grundstücke zu erwerben und damit wirtschaftliche Innovation auszulösen. Mit dem neuen Doppelhaushalt beginnend kann der Freistaat nun unabhängig von zähen Verhandlungen mit dem Bund und fachbezogen die

Revitalisierung innerstädtischer Brachen steuern und den Flächenverbrauch im Außenbereich zurückfahren.

Meine Damen und Herren, obwohl, was das Stichwort Altlastenfreistellung betrifft, schon hervorragende Beispiele, wie man auf den Seiten 85 bis 87 nachlesen kann, gegeben sind, ist dieser aktuelle Baustein gegen den Flächenverbrauch ein wichtiger und effizienter Beitrag zum Bodenschutz. Das sollte bei der Diskussion des Umweltberichtes auch einmal hervorgehoben werden.

(Beifall bei der CDU und den GRÜNEN
sowie der Abg. Andrea Roth, Linksfraktion)

Präsident Erich Iltgen: Wird von der Fraktion der SPD noch das Wort gewünscht? Frau Dr. Deicke? – Nein. Dann erteile ich das Wort der Linksfraktion; Frau Roth, bitte.

Andrea Roth, Linksfraktion: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich werde mich heute auf das Kapitel Abfälle, konkret Sonderabfälle, konzentrieren, da wir in diesem Jahr hier im Hohen Haus schon mehrfach heftig zum Problem Wasser und Abwasser debattiert haben.

Ausdrücklich wird im Umweltbericht darauf verwiesen, dass Abfälle, die nach Art, Beschaffenheit oder Menge in besonderem Maße die Gesundheit, die Luft, das Wasser gefährden, explosibel oder brennbar sind, als potenziell gefährlich eingestuft werden. Aber über das Aufkommen und die Entsorgungswege von gefährlichen Abfällen und ihre Überwachung finden sich kaum Aussagen. Zudem enden diese mit dem Jahr 2005, obwohl im Impressum als Berichtszeitraum die Jahre 2002 bis 2006 und als Redaktionsschluss Dezember 2007 angegeben sind.

Wir haben uns die Statistiken des Umweltbundesamtes angesehen. Da gibt es Interessantes zu vermelden. Die Gesamtimporte von genehmigungspflichtigen Abfällen aus dem Ausland nach Sachsen beliefen sich 2005 auf rund 483 000 Tonnen. Darunter waren 290 000 Tonnen gefährliche Abfälle. 2007 stiegen die Abfallimporte auf 790 000 Tonnen, darunter 545 000 Tonnen gefährliche Abfälle. Die Importe von gefährlichen Abfällen haben sich fast verdoppelt. Das besonders Schlimme an der Sache: Mehr als zwei Drittel der gefährlichen Abfälle, rund 380 000 Tonnen, wurden auf Sonderabfalldeponien abgelagert. Sie wurden deponiert und nicht der Wertstoffrückgewinnung zugeführt. Sachsen ist auf dem Weg, sich zum Müllplatz Nummer eins in Deutschland zu entwickeln. Das wollen die Bürgerinnen und Bürger nicht, das wollen wir nicht!

(Beifall bei der Linksfraktion und den GRÜNEN)

Die gefährlichen und teilweise krummen Geschäfte mit dem Abfall schädigen das Vertrauen der Menschen in die Aufrichtigkeit sächsischer Umweltpolitik und schmälern auch die durchaus anerkanntswerten Erfolge anderer Bereiche, die in diesem Umweltbericht aufgeführt sind.

Meine Damen und Herren, die sächsische Recyclingwirtschaft leistet einen deutlichen Beitrag zur Ressourcenschonung. Sie könnte diesen Beitrag noch vergrößern, wenn nicht die Regierungspräsidien, jetzt Landesdirektionen, Hunderttausende Tonnen von recyclingfähigen Abfällen auf Deponien lenken würden. Die Linksfraktion verlangt ein Importmoratorium für gefährliche Abfälle nach Sachsen, die auf Deponien landen sollen. Derartige Abfallverbringungen dürfen nicht mehr genehmigt werden.

(Beifall bei der Linksfraktion und den GRÜNEN)

Die Abfallentsorgung in Sachsen bleibt ein halbes Jahr nach der Eskalation der Müllskandale in Sachsen-Anhalt und Brandenburg weiter im Zwielicht. Staatsanwaltschaftliche Ermittlungen laufen, über obskure Abfallströme in Lehm- und Kiestagebaue, Wälle von Schießanlagen in Mügeln und Sörnewitz, über unsachgemäße Zwischenlagerungen in der Umgebung von Delitzsch. Das Umweltministerium mauert bei der Aufklärung von skandalösen Zuständen. Warum, Herr Staatsminister Kupfer, gesteht Ihr Haus Missstände nur ein, wenn aufgrund erschlagender Beweise nichts anderes übrig bleibt? Ich kann Ihnen das mit meiner eigenen Kleinen Anfrage beweisen.

Die Linksfraktion will es nun genau wissen. Deshalb stellten wir gestern eine Große Anfrage zur Praxis der Genehmigung und Überwachung der Entsorgung von gefährlichen Abfällen. Darunter sind jede Menge Fragen zur Vernebelungstaktik der Umwelt- und der Bergbehörden, die die Verwendung von Abfällen für die Rückverfüllung zum Beispiel des Lehmtagebaues Dresden-Lockwitz betreffen. Rost- und Kesselaschen, Filter- und Kesselstäube, die gefährliche Stoffe enthalten, gehören auf Sonderabfalldeponien und nicht in Lehmtagebaue.

(Beifall bei der Linksfraktion und den GRÜNEN)

Wir haben hier in Sachsen die gleichen Müllskandale, wie sie aus Sachsen-Anhalt und Brandenburg bekannt sind. Was wir nicht oder besser noch nicht haben, ist der Aufklärungswille der Staatsregierung. Herr Staatsminister Kupfer, Herr Staatsminister Jurk, ich kann Ihnen nur nahelegen, sich einen lückenlosen Überblick über all die „Persilscheine“ zu verschaffen, die Bedienstete ihrer Behörden entgegen Recht und Gesetz zur Verfüllung von Tagebauen und Aufschüttungen und bei Kontrollen aufgestellt haben.

Wie diese üblen Machenschaften mit aller Konsequenz geahndet wurden, sollte dann im nächsten Umweltbericht dargestellt werden.

(Beifall bei der Linksfraktion und den GRÜNEN)

Präsident Erich Iltgen: Ich frage die NPD-Fraktion: Wird noch das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. FDP-Fraktion? – GRÜNE? – Herr Lichdi.

Johannes Lichdi, GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Man kann natürlich wie Kollege Mannsfeld und Frau Kollegin Roth auf

viele, viele Einzelfragen eingehen. Das wäre wirklich eine Debatte wert, aber die Zeit lässt das nicht zu. Deswegen möchte ich zum Schluss noch einmal etwas Grundsätzliches sagen.

Der Bericht beschränkt sich auf den Zustand der Umweltmedien in Sachsen. Das ist durchaus richtig, denn das beschreibt unsere Hausaufgaben. Aber, meine Damen und Herren, eine Umweltpolitik, die sich selbst ernst nimmt, muss die Fragen der real existierenden globalen Ungerechtigkeit mitdenken. Ich muss es an dieser Stelle einfach noch einmal sagen, und ich halte es für die richtige Stelle: Es ist einfach wahr, dass unser Wirtschafts- und Konsumsystem auf der weit überproportionalen Ausbeutung der allen Menschen gemeinsamen Umweltgüter dieser Erde beruht. Global gerecht wäre nur eine Gesellschaft, die den Umweltverbrauch auch hier in Sachsen auf das global verträgliche und gleiche Maß herunterschraubt.

(Beifall der Abg. Andrea Roth, Linksfraktion)

Dazu müssten die Ressourcenströme nach Sachsen betrachtet werden. Dazu erfahren wir im Bericht Nullkommanichts. Es gibt einzelne Ansätze beim Statistischen Landesamt bezüglich der Ökobilanzen, aber die sind nicht sehr weit fortgeschritten. Ich glaube, Sie, Herr Kupfer, und Ihr Haus, haben diese Aufgabe noch nicht einmal ansatzweise erkannt. Damit bleibt die Umweltpolitik des Freistaates Sachsen Nebenkriegsschauplatz und Reparaturbetrieb unserer lebenszerstörenden Lebensweise.

Meine Damen und Herren, auch hier unterscheiden wir GRÜNEN uns fundamental von den Parteien der ökologischen Blindheit, die sonst hier im Hause vertreten sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Erich Iltgen: Wird von den Fraktionen noch das Wort gewünscht? – Das ist der Fall. Die CDU-Fraktion; Herr Prof. Mannsfeld, bitte.

(Dr. Matthias Rößler, CDU: Karl, sag denen mal Bescheid, öffne ihnen die Augen!)

Prof. Dr. Karl Mannsfeld, CDU: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich hatte ja gesagt, eine mehr politische Wertung gehört auch noch dazu. Daher muss ich zunächst einmal, eigentlich zu meiner positiven Überraschung, feststellen, dass diese Aussprache trotz aller kritischen Töne, die wir hier gehört haben, eine selten gezeigte Konstruktivität und auch Bereitschaft zu objektiver Beurteilung gebracht hat. Das ist eine Erfahrung, die ich – das kann ich sagen, weil ich schon den fünften Umweltbericht begleiten und kommentieren darf – bisher nicht gemacht habe. Das darf durchaus angemerkt werden. Ich möchte nur noch einmal zusammenfassen:

Zum Umweltbericht 2007: Herr Dr. Müller, da muss ich Sie mal konkret ansprechen: In einem Kochbuch bekommen Sie keine Anleitung, wie ein Viertaktmotor zusammengesetzt wird. Was ein Umweltbericht ist, muss man schon ein bisschen wissen, sonst kann man hier ständig

Kritik üben. Aber wenn man die Dinge überfordert, die die Grundlage bilden, kommt man eben nur zu solchen Aussagen.

Der Umweltbericht gibt eine überzeugende Bilanz für eine erfolgreiche und an den Bedürfnissen des Menschen orientierte Umweltpolitik. Wenn auch im Betrachtungszeitraum vielleicht nicht mehr so wahrgenommen, sind doch in die mit hohem finanziellen Aufwand kontinuierlich erfolgten Sanierungs- und Ausbaumaßnahmen unserer sächsischen Umweltinfrastruktur auch Mittel aus Transferleistungen geflossen, woran zu erinnern mit Respekt gegenüber den Geberländern nicht vergessen werden soll.

(Beifall bei der CDU und der Staatsregierung)

Die Tatsache, dass wir in allen relevanten Bereichen des Umweltschutzes, des technischen wie des biotischen, weiter vorangekommen sind und wir den Sachsen lebenswerte, gesunde und zukunftssichere Lebensbedingungen anbieten können, ist ein Grund zur Anerkennung und Genugtuung.

(Beifall bei der CDU)

Das verführt uns aber nicht dazu, so zu tun, als sei auf dem Umweltsektor kein einziges Problem mehr vorhanden. Das ist keineswegs so. Ich denke, mein eigener Redebeitrag zum Problem Flächenverbrauch und Bodenschutz war ein Beleg dafür.

Die Botschaft aber ist, dass in den vergangenen Jahren und auch im Zeitraum 2002 bis 2006 – das ist der Zeitraum, den der Bericht erfassen soll – gewaltige Anstrengungen unternommen wurden. Denken Sie mit mir gemeinsam nur an all das, was unter dem Stichwort Hochwasserschutz in Sachsen geleistet worden ist und was auch der Umwelt zugute kommt. Deshalb können wir sagen: Wir haben in Sachsen eine weitgehend intakte Umwelt. Ich frage Sie: Wann konnten wir das in den vergangenen 60 Jahren einmal sagen?

(Beifall bei der CDU)

Diese Botschaft ist nicht politisch gefärbt. Sie ist objektiv und muss auch in der Öffentlichkeit Gehör finden.

All jenen Rednern, die – das ist natürlich ihr gutes Recht – auf die noch regelungsbedürftigen Einzelprobleme eingegangen sind und teilweise daraus ein Urteil über den Zustand der Umwelt in Sachsen abgeleitet haben, dem ich so nicht folgen kann, muss ich abschließend entgegenhalten: Wir haben, speziell als CDU-Fraktion, in den zurückliegenden Jahren die Dinge gut begleitet und gesteuert. Sie dürfen sicher sein, dass wir das, seit 2004 auch mit einem Koalitionspartner, weiter tun. Wir lassen uns diese erfolgreiche Entwicklung nicht schlehtreden. Jeder Bewohner und jeder Besucher kann sich im Lande selbst davon überzeugen, wie die Realität ist. Dass dies in der Öffentlichkeit so ankommt, ist mir wichtig. In der Tat – Sachsens Umweltsituation ist heute so gut wie nie zuvor.

(Beifall bei der CDU und der Staatsregierung)

Präsident Erich Iltgen: Wird von den Fraktionen noch das Wort gewünscht? – Bitte, Frau Dr. Runge.

Dr. Monika Runge, Linksfraktion: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist schon gesagt worden, die Debatte ist sachlich und an Problemlagen orientiert – außer bei einer kabarettistischen Einlage, die zur Heiterkeit verführt hat.

An die Adresse der CDU gerichtet möchte ich sagen: Sie brauchen uns nicht unentwegt über den schlechten Umweltzustand in der DDR zu missionieren. Ich war damals selbst sehr geschockt, als ich aus dem Thüringer Wald kommend nach Leipzig zum Studium ging und dann zum ersten Mal in den Südraum von Leipzig mit dem Zug gefahren bin. Da war ich, ehrlich gesagt, völlig entsetzt.

Ich denke, dass seit der Wende bis heute sehr viel Positives geleistet worden ist. Aber – das ist ein Problem – Sie berufen sich immer wieder darauf, wie der Ausstoß an klimarelevanten Gasen im Zusammenhang mit dem Neubau von Braunkohlekraftwerken zurückgegangen ist. Das verführt Sie dazu, sich in Selbstzufriedenheit zu wiegen und nicht mehr den Finger auf die Themen- und Problembereiche zu legen, die man dem Umweltbericht entnehmen kann. Für diese Probleme müssen wir aber jetzt Handlungskonzepte erarbeiten.

Ein Umweltbericht hat natürlich eine deskriptive Aufgabe. Er beschreibt die Probleme. Ein Handlungskonzept muss aus dem Bericht entwickelt werden. Herr Umweltminister, ich fordere Sie deshalb auf, so etwas Ähnliches wie einen Aktionsplan zur Reduktion von Umweltbelastungen zu entwickeln, wie das für Klima und Energie geschehen ist!

Ein Thema möchte ich noch ansprechen, weil es bisher zu kurz gekommen ist. Der Bereich Verkehr ist neben den Braunkohlekraftwerken für den zunehmenden Ausstoß von klimarelevanten Gasen, für die Staubbelastung, aber eben auch für die Lärmbelastung von Menschen verantwortlich. Ich denke, dass das Thema Umgebungslärm in der bisherigen Investitionsstrategie im Themenbereich Verkehr unterbewertet wird. Hierfür müssten einfach mehr Investitionsfördermittel bereitgestellt werden, um den Anforderungen zur Minderung der Lärmbelastigung von Menschen trotz wachsenden Güter- und Personenverkehrs gerecht zu werden.

Ein weiteres Problem im Zusammenhang mit dem Verkehr wurde hier schon kurz angedeutet. Das ist die Feinstaubbelastung. Es ist in der Tat so, dass wir uns nicht damit zufriedengeben können, wie in den Ballungszentren Leipzig, Chemnitz, Dresden und nun auch Plauen an verschiedenen Messstellen permanent die Grenzwerte überschritten werden. Wir können uns auch nicht damit zufriedengeben, dass in den Großstädten zwar Luftreinhaltepläne existieren, aber konkrete praktische Maßnahmen zum Mobilitätsmanagement nicht umgesetzt werden können, weil dafür die finanziellen Mittel in den Kommunen, in den Großstädten fehlen. Zum Beispiel weiß ich das von Leipzig genau.

Insofern könnte man im Bereich Verkehr im Haushaltsplan die Mittel etwas differenzierter aufteilen, um solche Defizite mit Investitionen zielgerichtet zu beseitigen.

(Beifall bei der Linksfraktion)

Präsident Erich Iltgen: Wird von den Fraktionen noch das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Die Staatsregierung? – Herr Staatsminister Kupfer, bitte.

Frank Kupfer, Staatsminister für Umwelt und Landwirtschaft: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! „Information ist die Währung der Demokratie“, sagte einst der Verfasser der Amerikanischen Unabhängigkeitserklärung, Thomas Jefferson. Viele von uns, die in diesem Teil Deutschlands groß geworden sind, haben erlebt, wie schwierig es war, unter einer Käseglocke zu leben, in der Informationen gefiltert und schöngefärbt wurden. Ohne diese ganz besondere Währung, ohne objektive Informationen konnte sich kein Bürgertum entwickeln. Nur wer informiert ist, kann mitspielen, kann sich einbringen, kann etwas für die Gesellschaft bewegen, kann Zukunft bewusst gestalten.

In diesem Sinne, meine Damen und Herren, möchte ich unseren Umweltbericht verstanden wissen. Er soll unsere Politik für eine lebenswerte Umwelt transparent machen, informieren und vor allem zum Mitmachen bewegen. Hierzu gehört auch, dass wir unsere Anstrengungen verstärken werden, Umweltfakten verständlicher und transparenter in der Öffentlichkeit – insbesondere in Schulen und anderen Bildungseinrichtungen – vermitteln.

Wenn wir die Jahre 1989 und 2008 miteinander vergleichen, dann stellen wir fest, dass wir heute eine gute Ausgangsbasis haben, um weitere Herausforderungen in Angriff zu nehmen. Wir haben vieles – sehr vieles – bewegt. Seit 1991 wurden 84 % aller kommunalen Kläranlagen saniert oder neu errichtet. Fast 1 500 Deponien wurden geschlossen. Die Abfallinfrastruktur wurde neu geordnet. Weniger Schwefeldioxid, Stickoxid und Kohlenmonoxid belasten die Luft.

Viele wichtige EU-Richtlinien wurden in Sachsen umgesetzt. Wir haben 270 FFH-Gebiete und 77 europäische Vogelschutzgebiete an die Europäische Kommission gemeldet. Sie nehmen insgesamt 15,9 % der Landesfläche ein. Die europäischen Anforderungen sind damit vollständig erfüllt.

Die Bestandsaufnahme der Wasserrahmenrichtlinie ist abgeschlossen. Alle gesetzten Meilensteine haben wir fristgerecht erreicht. Auch bei unserem sächsischen Klimaschutzprogramm sind wir gut vorangekommen. Bereits 5 % des Endenergieverbrauchs stammen aus erneuerbaren Energien. Anvisiert war dieses Ziel für 2010. Zum Vergleich: 2002 lagen wir noch bei 1,5 %. Wir haben im vergangenen Jahr ein Energieeffizienzcenter gegründet, das den Ausbau erneuerbarer Energien und das Energiesparen tatkräftig unterstützt.

In die gleiche Richtung geht auch unser – gemeinsam mit dem Staatsministerium für Wirtschaft und Arbeit – vorge-

legter Aktionsplan „Klima und Energie“. Er macht den Weg für zahlreiche Maßnahmen zum Klimaschutz und einer nachhaltigen Energiewirtschaft frei. Eine interministerielle Arbeitsgruppe „Klima und Energie“ – unter Federführung meines Hauses – hat am 28. August ihre Tätigkeit aufgenommen.

Auch im freiwilligen betrieblichen Umweltschutz haben wir viel erreicht. Zum Ende des Berichtszeitraumes 2006 gab es in der Umweltallianz mehr als 500 Unternehmen aus der Wirtschaft und circa 400 land- und forstwirtschaftliche Betriebe. Die freiwillige Vereinbarung zwischen der Sächsischen Staatsregierung und der sächsischen Wirtschaft bzw. Land- und Forstwirtschaft soll am 6. November dieses Jahres um weitere fünf Jahre verlängert werden.

Aber gute Ergebnisse sollen kein Ruhekitzen sein. Eine unserer derzeit wichtigsten Herausforderungen ist, die Naturschutzförderung nach der Richtlinie „Natürliches Erbe“ für alle Förderkomplexe in Gang zu bringen. Mit der neuen EU-Förderperiode haben wir die Chance genutzt, mit europäischen Mitteln bestimmte Programmteile zu finanzieren. Leider lagen wichtige EU-Verordnungen zur Umsetzung später als angekündigt vor. Die Anforderungen für eine rechtskonforme Umsetzung waren sowohl inhaltlich als auch programmtechnisch höher als erwartet. Aber, meine Damen und Herren, mein Haus hat gearbeitet. Die notwendigen Verfahrensbestimmungen sind heute Morgen den zuständigen Behörden zugestellt worden.

(Allgemeine Unruhe)

Damit, meine Damen und Herren, können die Anträge bearbeitet werden.

(Anhaltende Unruhe – Beifall bei der CDU und der Linksfraktion)

Ich freue mich, meine Damen und Herren, dass Sie das so zustimmend zur Kenntnis nehmen. Außerdem werden – im Vorgriff auf die geänderte Zuständigkeit ab 2009 – durch mein Haus kurzfristig zusätzliche personelle Ressourcen im Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie für die fachliche Bearbeitung bereitgestellt. Eine Auszahlung ist somit entgegen bisheriger Ankündigungen noch in diesem Jahr möglich.

(Johannes Lichdi, GRÜNE: Noch in diesem Jahr!)

Das Einhalten dieses Termins ist uns wichtig, denn der Naturschutz ist eine der wichtigsten Säulen sächsischer Umweltpolitik.

Eine weitere wichtige Säule ist der Hochwasserschutz. Das prägende Umweltereignis des Berichtszeitraumes war zweifellos das verheerende Hochwasser im August 2002. Bereits bei den Hochwassern in den Frühjahren 2005 und 2006 hat sich gezeigt, wie wichtig es war, dass die Sächsische Staatsregierung seit 2002 eine komplexe Hochwasserschutzstrategie entwickelt hat, und wie wichtig ihre zügige Umsetzung unter Beachtung des Klimawandels ist. Mit den Hochwasserschutzkonzepten konnten wir den

Kommunen und Bürgern Gefahrenkarten zur Gefahrenabwehr und Eigenvorsorge an die Hand geben. Wir haben für die Elbe und die Gewässer erster Ordnung flächendeckend Überschwemmungsgebiete ausgewiesen.

Wir haben von circa 1 600 für Sachsen ermittelten Hochwasserschutzmaßnahmen die ersten 300 bereits realisiert oder mit dem Bau begonnen. Natürlich kann – angesichts der gewaltigen finanziellen Dimension von mehr als 2 Milliarden Euro Investitionsbedarf – nicht alles sofort umgesetzt werden. Der damalige zuständige Minister hatte bereits gesagt: Die Umsetzung der Hochwasserschutzmaßnahmen ist eine Generationenaufgabe. Wir dürfen, meine Damen und Herren, hier nicht nachlassen.

Umso mehr danke ich den Abgeordneten, die für die Umsetzung bis Ende 2015 weitere 400 Millionen Euro zur Verfügung gestellt haben. Bis 2015 sollen komplexe Hochwasserschutzvorhaben für 735 Millionen Euro realisiert werden – Hochwasserschutzmaßnahmen, die großer Planungs- und Genehmigungsverfahren bedürfen. Wir können dieses ehrgeizige Programm nur schaffen, wenn es in Sachsen einen weitgehenden Konsens zwischen den Anwohnern, den Flächeneigentümern, den Behörden und den verschiedenen Verbänden und Vereinen gibt. Hier appelliere ich an Sie, meine Damen und Herren Abgeordneten, Ihren Einfluss für eine Unterstützung dieser Hochwasserschutzmaßnahmen geltend zu machen. Die Staatsregierung hat bisher mit Ihrer überwiegenden Unterstützung gute Voraussetzungen geschaffen. Bitte wirken Sie weiter konstruktiv bei der Umsetzung mit, denn die Ereignisse vom August 2002 dürfen sich nicht wiederholen.

Bevor ich zum Schluss komme, meine Damen und Herren, gestatten Sie mir noch einige Bemerkungen zu meinen Vorrednern. Frau Roth, das war schon ein starker Tobak, wenn Sie bei dem Thema „Illegale Ablagerung von Müll“ meinem Hause vorwerfen, dort involviert zu sein. Das ist eine Frechheit!

(Andrea Roth, Linksfraktion: Das habe ich nicht gesagt. Sie mauern bei Informationen.)

– Das ist auch nicht richtig. Im Übrigen darf ich Ihnen das auch sagen und Sie wissen das auch selbst: Die Staatsanwaltschaft ermittelt in den von Ihnen genannten Fällen bereits und erhält von meinem Hause jegliche Unterstützung. In diesem Zusammenhang von Mauern zu sprechen, ist schon ein starkes Stück.

(Beifall bei der CDU, der SPD und der FDP)

Zum Thema Flächenverbrauch hatte Herr Prof. Mannsfeld bereits Ausführungen gemacht. Dazu möchte ich mich jetzt nicht weiter äußern – ich möchte nur so viel dazu sagen: Das Thema Flächenverbrauch liegt mir auch schwer im Magen. Auch ich möchte, dass wir möglichst wenige Flächen verbrauchen. In meinem Hause ist durchgestellt, dass wir zumindest diesen Anstieg begrenzen. Wenn es nach mir geht und wir es irgendwie schaffen, möchte ich den Flächenverbrauch auch wieder senken.

(Beifall des Abg. Johannes Lichdi, GRÜNE)

Zu Herrn Dr. Müller möchte ich anmerken: Der Umweltbericht ist eine Zustandsanalyse. Aus diesem Umweltbericht werden Maßnahmen für zukünftiges, politisches Handeln abgeleitet; das ist ganz normal und das kann nicht in dem Umweltbericht stehen. Punkt 1 haben wir schon verwirklicht. Der Aktionsplan „Klima und Energie“ ist schon ein Ergebnis dessen.

Meine Damen und Herren! Information ist die Währung der Demokratie. Nutzen Sie diese Währung, informieren Sie sich in unserem Umweltbericht. Wir können auf eine gut strukturierte und erfolgreiche Umweltpolitik zurück-

blicken. Der weitere Weg wird sicher noch die eine oder andere Steigerung bereithalten. Bündeln wir gemeinsam unsere Kräfte und blicken wir nach vorn!

(Beifall bei der CDU, der SPD
und der Staatsregierung)

Präsident Erich Iltgen: Meine Damen und Herren! Damit ist die 1. Aktuelle Debatte, beantragt von den Fraktionen CDU und SPD zum Thema „Zustand der Umwelt in Sachsen – Ergebnisse des 5. Umweltberichtes 2007“, beendet.

Wir kommen nun zu

2. Aktuelle Debatte

Höhere Preise, weniger Service – das Zukunftskonzept der Deutschen Bahn?

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Als Antragstellerin hat zunächst die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. Danach folgen CDU, Linksfraktion, SPD, NPD, FDP und die Staatsregierung. Die Debatte ist eröffnet. Herr Lichdi, bitte.

Johannes Lichdi, GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir als GRÜNE haben es endgültig satt.

(Oh-Rufe von der SPD)

Der Imagekiller Mehdorn macht die Bahn kaputt. Das Geschäftsziel der Deutschen Bahn lautet offensichtlich nicht: Wie mache ich den Bahnverkehr attraktiver?, sondern: Wie vergraule ich den letzten Bahnfan?

(Heiterkeit der Abg. Antje Hermenau, GRÜNE)

Wir haben zwar heute früh – ich weiß nicht, ob die Nachricht schon alle erreicht hat – die Meldung aus den Agenturen bekommen, dass jetzt dieser unsägliche Bedienzuschlag gekippt worden ist. Das war heute Nacht; der Druck auf Herrn Mehdorn war wohl zu stark geworden.

Meine Damen und Herren! Sehen wir uns doch einmal an, was das sein sollte. Der sogenannte Bedienzuschlag von 2,50 Euro für eine Fahrt war eine dieser Ideen nach dem Motto „Wie schröpfe ich wohl die Kunden am besten?“ Wohl gemerkt, der Bedienzuschlag sollte für eine Fahrt gelten. Er betrüge also für Hin- und Rückfahrt 5 Euro. Die Strategie ist klar: Die Kunden sollen erzogen werden, ihre Fahrkarten im Internet oder am Automaten zu ziehen, um so auch noch die letzten Personalstellen in den sogenannten Reisezentren streichen zu können. Ich denke, die Gewerkschaft Transnet hat das auch so erkannt.

Aber Vergleichbares leisten sich auch unsere Nahverkehrsverbände. Seit ein paar Monaten dürfen die Schaffner in den Zügen keine Fahrkarten mehr verkaufen. Ich glaube, in der Werbebranche lernt man, dass der persönliche Kontakt zum Kunden für den Verkaufserfolg ent-

scheidend ist. Doch die Bahn will offenbar gar keine Fahrkarten mehr verkaufen. Zu Recht regen sich die Bahnkunden auf, die so zu Schwarzfahrern gemacht werden. Ich fordere den VVO auf, diese Regelung endgültig wieder abzuschaffen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der Linksfraktion)

Wie zu hören ist, haben Schaffner Fahrgästen schon allen Ernstes empfohlen, doch an einer Station auszusteigen, zum Automaten zu rennen und zu hoffen, dass der Zug dann noch nicht abgefahren ist, wenn sie ihre Karte dann endlich gezogen haben.

(Heiterkeit bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren! Wer seine Kunden so misshandelt, der will sie offensichtlich los werden. Wie verlogen dieser sogenannte Bedienzuschlag in der Servicewüste Bahn war, erkennt man an der Preiserhöhung von 3,9 %, die zusätzlich ab Dezember gelten soll. Meine Damen und Herren, mir drängt sich der Eindruck auf, dieses ganze Bohei um den Bedienzuschlag mit der jetzigen Rücknahme sollte nur dazu dienen, diese unerträgliche Preiserhöhung zu kaschieren und in den Hintergrund zu drängen;

(Beifall bei den GRÜNEN und der Linksfraktion)

denn, meine Damen und Herren, dies wird die zweite Preiserhöhung in diesem Jahr und die fünfte in vier Jahren sein. Dabei hatte die Bahn doch versprochen, 2008 die Preise nicht mehr zu erhöhen. Ein glatter Wortbruch! Die Bahn will so 120 Millionen Euro zusätzlich einstreichen.

Dazu passt eine kleine Meldung der letzten Tage; sie passt ins Bild. Zwei Mitarbeiter der Preisaufsicht des Regierungspräsidiums Darmstadt haben jahrelang Jahreskarten im Wert von 5 900 Euro ohne Wissen ihres Dienstherrn erhalten, und zwar von der Bahn. Die Staatsanwaltschaft ermittelt jetzt wegen Korruption. Ich frage Sie: Ist das alles Zufall? Ich kann daran nicht mehr richtig glauben.

Ach ja, und nicht zu vergessen: Die Gewinne der Bahn sind im ersten Halbjahr 2008 wieder kräftig gesprudelt. Sie stiegen um fast 7 % auf 1,4 Milliarden Euro.

(Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion: Hört, hört!)

Auch die Nahverkehrsverbände haben Preiserhöhungen angekündigt, der Verkehrsraum Mittelsachsen um circa 5,9 %. Das wirklich Verwerfliche an dieser Entwicklung ist: Die Bahnunternehmen werfen so die Chance weg, Kunden langfristig zu gewinnen, die aufgrund der hohen Spritpreise vom Auto umsteigen wollen.

Aber wie sieht es denn mit den Fahrkartenautomaten der Bahn aus, auf die wir uns jetzt stürzen sollen? Wer regelmäßig mit der Bahn fährt, dem ist das Bild des verzweifelten, gehetzten Bahnkunden vertraut, der hilflos, Tasten drückend vor dem Automaten steht in der Hoffnung, den Fahrschein noch vor Abfahrt des Zuges zu ergattern. Die Automaten sind zudem nicht barrierefrei, weil sie keine Sprachfunktion haben. Sehbehinderte sind auf die Hilfe eines Mitarbeiters angewiesen; sie werden faktisch vom Bahnfahren ausgeschlossen.

Die Nahverkehrsautomaten haben zudem keine EC-Karten-Funktion. So konnte man am letzten „Tag der Sachsen“ auf dem Bahnhof Grimma meterlange Schlangen vor dem Automaten sehen, an dem Kundinnen und Kunden bis zu einer Dreiviertelstunde warten mussten. Die Bahn war noch nicht einmal in der Lage, einen Mitarbeiter für den Handverkauf bereitzustellen, um den ja nun wirklich lange bekannten Andrang zum „Tag der Sachsen“ zu bewältigen.

(Zuruf des Abg. Prof. Dr. Peter Porsch,
Linksfraktion)

Was glauben Sie, meine Damen und Herren, welchen Eindruck von der Servicequalität die Besucher des „Tages der Sachsen“ mitnehmen werden? Ich würde mich nicht wundern, wenn schon der Gedanke an eine Bahnfahrt künftig Stresssymptome und Schweißausbrüche auslösen würde.

(Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion: Das ist so!)

Die Bahn baut auch sonst den Service ab, wo sie es kann und wo es richtig weh tut. Sie hat die Provision bei den freien Agenturen, die Fahrkarten verkaufen, um 50 % gekürzt. Die Folge ist, dass sich gerade im ländlichen Raum freie Verkaufsstellen nicht mehr lohnen. Die freien Verkaufsstellen sollten doch aber einmal die geschlossenen Fahrkartenschalter im ländlichen Raum ersetzen. Aber offensichtlich hat die Bahn den ländlichen Raum ohnehin längst abgeschlossen.

Nein, meine Damen und Herren, diese Auswüchse vor dem geplanten Börsengang lehnen wir ab!

(Beifall bei den GRÜNEN und der Linksfraktion)

Wir lehnen es ab, dass hier die Bahnbilanzen auf Kosten der Kunden aufgehübscht werden sollen und dass 150-jährige Investitionen der Bürgerinnen und Bürger privatisiert werden sollen. Wir wollen eine Bürgerbahn statt dem

Börsenwahn. Wir wollen eine Bahn, die tatsächlich für alle Menschen da ist, die sich kein Auto leisten können oder wollen. Wir fordern auch die Politik auf, Herr Staatsminister Jurk, dass sie endlich darauf hinwirkt, dass wir wieder eine Bahn bekommen, die ihrer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung gerecht wird.

(Beifall bei der Linksfraktion)

Vielleicht schaffen Sie es, den Rücktritt von Herrn Mehdorn zu fordern. Darüber würde ich mich sehr freuen.

(Zuruf von den GRÜNEN: Jawohl! –

Beifall bei den GRÜNEN und der Linksfraktion –

Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion:

Mehdorn auf den Kohletender!)

Präsident Erich Iltgen: Ich erteile das Wort der Fraktion der CDU; Herr Heidan, bitte.

Frank Heidan, CDU: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vor Ihnen steht ein Unternehmer, jetzt freigestellt für die Arbeit im Sächsischen Landtag, aber dennoch unternehmerisch denkend. Dieses unternehmerische Denken kann und will ich auch nicht ablegen.

Herr Lichdi, nehmen Sie es mir nicht übel: Wenn es so leicht wäre, wie Sie es soeben dargestellt haben, dann könnten wir einige Probleme anders lösen. Aber genau das muss man dem unternehmerischen Handeln der Deutschen Bahn AG zugute halten. Ich weiß nicht, ob nach meiner Rede ähnliche Beschuldigungen vonseiten der Linksfraktion ausgesprochen werden, aber wir wollen einen Wettbewerb im System der Bundesrepublik Deutschland.

(Zuruf des Abg. Prof. Dr. Peter Porsch,
Linksfraktion)

Das hat uns nach vorn gebracht. Eine Befürwortung zu ebendiesem Wettbewerb habe ich weder von der Linksfraktion noch von den GRÜNEN jemals deutlich in diesem Haus gehört.

(Gelächter bei der Linksfraktion)

Sie stehen für staatsgeleitete Unternehmen. Wie erfolgreich das in der Vergangenheit war, brauche ich dem Hohen Haus sicher nicht weiter zu erklären. Wir sind uns sicher darüber einig, dass die Privatisierung mehr Wettbewerb zum Ziel haben muss; denn nur Wettbewerb zu – wohlgeordnet – fairen Bedingungen wird ein realistisches Preisniveau erreichen. Das Netz der Bahn AG wurde nicht verkauft, um Wettbewerb zwischen den Anbietern erst ermöglichen zu können und zu erreichen.

Ich bin der Meinung: Nur mit diesem Wettbewerb auf bundeseigener Schiene, nur mit unterschiedlichsten Anbietern wird zukünftig das Fahrangebot zu ausgewogenen Preisen erfolgen. Das ist ein Fakt, an dem weder die Linksfraktion noch die GRÜNE-Fraktion vorbeikommen.

Wir wissen aus der Vergangenheit vom Schuldenberg der damaligen Bundesbahn und davon, welche Lasten und Schulden von der Deutschen Reichsbahn durch die

Wiedervereinigung übernommen wurden. Ich gebe unumwunden zu, dass die damalige Bahnpolitik zur Infrastruktur gerade gegenüber unserem Freistaat nicht sehr hilfreich war, bis heute wirkt und schleunigst korrigiert werden muss.

Deshalb haben Sie, verehrte Damen und Herren, noch Gelegenheit, unserem Antrag in einer der nächsten Sitzungen zuzustimmen. Wir haben ihn bereits in den Geschäftsgang gebracht.

Von seinen Gesellschaftern lässt sich der Vorstandschef des letzten deutschen Staatsunternehmens nur ungern hineinreden und das ist auch gut so.

(Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion: Nein!)

Herr Mehdorn könnte bei der Deutschen Bahn wohl kaum viel bewirken, wenn er sich ständig an den Wünschen der Politik ausrichten würde.

(Dr. Dietmar Pellmann, Linksfraktion:
Das ist keine Privatangelegenheit hier!)

Ich meine, die Kunden müssen zufrieden sein.

(Alexander Delle, NPD: Sind sie aber nicht!)

Das hat die Bahn in den vergangenen Jahren in Ansätzen durchaus fertiggebracht. Es sind attraktivere Fahrpläne entstanden, die Schaffner sind freundlicher und der Ausbau des Transportgeschäftes wurde geleistet.

(René Despang, NPD: Sie sollten
vielleicht mal mit dem Zug fahren!)

Herr Mehdorn ist auf gutem Weg, den einstigen behäbigen Staatsbetrieb – –

(Höhnisches Lachen des Abg.
Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion)

– Lassen Sie mich doch zu Ende reden!

– in einen weltweit expandierenden Dienstleistungs- und Logistikkonzern zu verwandeln, die Frachtaufträge zu Land, zu Wasser und in der Luft abzuwickeln und so die Chancen der Globalisierung zu nutzen. Aber zurück zum Schulden- oder vielleicht Lastenberg.

(Dr. Johannes Müller, NPD: Aber
die Menschen bleiben auf der Strecke!)

– Was regen Sie sich denn so auf!

Wir wissen auch, wie dieser Schuldenberg durch die Bahn AG erfolgreich in den letzten Jahren reduziert wurde. Ich möchte aber noch einmal auf den Wettbewerb hinweisen. Wir haben Wettbewerber auf der Schiene wie zum Beispiel die Vogtland-Bahn, die von Plauen bis nach Berlin einen Fahrpreis von 26 Euro anbietet, und die Bahn bietet das zum doppelten Fahrpreis an. Das muss geändert werden, und das kann man nur durch Wettbewerb.

(Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion:
Mit der Vogtland-Bahn nach Paris!)

Wenn jetzt – vielleicht doch, wenn es sich trägt, warum nicht? – Bundesverkehrsminister Tiefensee nicht in die Preiserhöhung der Bahn AG, wie Presseberichten zu entnehmen ist, eingreifen will, dann ist das der erste Weg zum Wettbewerb für angemessene Preise. Es wäre schön, wenn es unseren Koalitionspartnern auf anderen Gebieten ebenso gelänge.

Damit wäre ich noch einmal bei Ihnen, meine Damen und Herren von den GRÜNEN. Natürlich ist von einem noch staatlichen Unternehmen kurz vor der Privatisierung eine solche geplante Preiserhöhung bei der derzeitigen Gewinnsituation nicht ohne Weiteres hinnehmbar. Dennoch sind die Kosten für Energie, Lohnerhöhung und tarifliche Leistungserweiterungen nicht zu unterschätzen. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Dazu haben Sie ja in Ihrer bisherigen Politik nicht viel beigetragen.

Zu meinem anderen Standpunkt im zweiten Teil meiner Rede.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU – Johannes Lichdi, GRÜNE:
Haben Sie überhaupt zugehört?)

Präsident Erich Iltgen: Ich erteile der Linksfraktion das Wort; Frau Dr. Runge, bitte.

Dr. Monika Runge, Linksfraktion: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist schon ein starkes Stück, Herr Heidan, wenn Sie die Auffassung hier begründen und vertreten, dass sich Politik, bitte schön, aus der Geschäftspolitik der Deutschen Bahn herauszuhalten hätte. Bei einem noch 100-prozentigen Bundesunternehmen – das ist ein staatliches Unternehmen – ist es sogar die Pflicht des Aufsichtsrates, in dem Herr Tiefensee sitzt, auf die Geschäftspolitik dieses Unternehmens Einfluss zu nehmen;

(Beifall bei der Linksfraktion und den GRÜNEN)

denn schließlich ist dieses Unternehmen einem grundgesetzlichen Auftrag zur Daseinsvorsorge verpflichtet, nämlich die Mobilität für alle zu ermöglichen.

(Beifall bei der Linksfraktion)

Da ist die Preispolitik natürlich ein entscheidendes Signal, ob Menschen mehr die Bahn beanspruchen, um von A nach B zu kommen, oder ob sie künftig gänzlich darauf verzichten. Ich kann nur von Glück sagen, dass es vielleicht den bayerischen Wahlkampf gibt; denn Herr Seehofer als Verbraucherschutzminister hat, wie man aus den Nachrichten hört, sich ja besonders engagiert und dafür eingesetzt, dass in der Krisensitzung des Bahnvorstandes doch offensichtlich die unsägliche Erhöhung der Bedienzuschläge zurückgenommen wird. Nichtsdestotrotz werden wir es wieder mit Preissteigerungen zu tun haben.

(Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion:
Vielleicht kommt noch die Bahnsteigkarte!)

Das Schreiben, das uns Herr Wiesen als Vorstandsmitglied zur Begründung der Preissteigerung zugeschickt hat,

grenzt ja wirklich an eine euphemistische Begründung, worüber man eigentlich nur noch lachen kann. In der Begründung ist die Rede von flächendeckenden Servicecentern. Wo gibt es eigentlich noch flächendeckende Servicecenter? Es ist einfach nicht mehr hinnehmbar, wie offensichtlich hochrangige Vorstandsmitglieder der Bahn oder auch Politiker die Wirklichkeit überhaupt nicht mehr zur Kenntnis nehmen.

Eines steht doch fest: Herr Tiefensee hat großspurig verkündet, er würde keinen Einfluss auf die Geschäftspolitik nehmen. Natürlich will Herr Tiefensee den Börsengang der Bahn nicht gefährden. Es ist doch ganz klar, dass sich die Bahn sukzessive von einem kundenorientierten, kundenfreundlichen Dienstleistungsunternehmen weg entwickelt und alles sozusagen dem Börsengang und der damit verbundenen Renditeerwartung in ihrer Geschäftspolitik unterordnet.

Meine Damen und Herren von der SPD und der CDU, die Sie heute die Privatisierung der Deutschen Bahn feiern! Ich gebe Ihnen Brief und Siegel darauf, dass Sie es irgendwann bitter bereuen werden.

(Beifall bei der Linksfraktion)

Herr Jurk, was bestimmte Defizite im sächsischen Regionalverkehr angeht, so sind wir schon der Meinung, dass Sie über den Beirat bei den Zweckverbänden auch durchsetzen könnten, dass es endlich wieder zur kostenlosen Fahrradmitnahme in allen Verkehrsverbänden bei der Bahn DB Regio kommt. Das kann man zumindest bei der sächsischen Politik in den Zweckverbänden durchsetzen. Dazu sollte man den Beirat nutzen. Es kann auch nicht hingenommen werden, dass zwischen dem Zweckverband Oberelbe und dem Zweckverband Mitteldeutschland völlig unterschiedliche Standards existieren. Man muss in Sachsen Wert darauf legen, dass es einheitliche Standards zur Personenbeförderung und für die kostenfreie Mitnahme von Fahrrädern in den Zügen der DB Regio gibt.

(Beifall bei der Linksfraktion)

Präsident Erich Iltgen: Ich erteile der Fraktion der SPD das Wort. Frau Dr. Raatz, bitte.

Dr. Simone Raatz, SPD: Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist jetzt für mich als SPD-Mitglied schwierig, auf Frau Dr. Runge zu reagieren. Wie reagieren CDU und SPD hier? – Ich glaube, Frau Dr. Runge, dass wir die Privatisierung so stark nicht feiern werden. Das haben Sie in den vergangenen Debatten sicher mitbekommen. Aber die Entwicklung ist, wie sie ist.

Herr Lichdi, zu den Automaten. Ich bin da ganz Ihrer Meinung. Man könnte noch viel zu Ihrem Katalog beitragen. Mir war es zum Beispiel auch nicht möglich, innerhalb kürzerer Zeit mitzubekommen, wie ich eine Fahrradmitnahme über diesen Automaten realisieren kann. Ich habe dann Service-Personal befragt, das auch nicht Bescheid wusste. Das war mein Erlebnis im Sommer mit der Deutschen Bahn. Das fand ich „sehr schön“.

Aber eine wichtigere Sache war – um auf Ihr Thema zurückzukommen – die Bekanntgabe der Rücknahme der Schaltergebühr. Als ich gerade mit dem Auto in den Landtag kam, hörte ich im Radio, dass Frau Merkel Herrn Mehdorn nach allen Regeln der Kunst „zusammengefaltet“ hat.

(Beifall bei der SPD und der CDU)

Wenn man sich das allein einmal vor dem inneren Auge vorstellt, ist das doch recht lustig. Aber ich glaube, dass er sich wieder allein entfalten wird und wir weiterhin mit ihm zu tun haben werden. Auf jeden Fall ist die Schnaps-idee Bedienzuschlag vom Tisch, und zwar nicht allein durch Frau Merkel, sondern auch durch den Einspruch von Wolfgang Tiefensee – das muss man klar sagen – und auch von Horst Seehofer.

(Beifall bei der SPD und
des Staatsministers Thomas Jurk)

Was wahr ist, muss auch wahr bleiben.

Erst am Anfang des Jahres wurde Herr Mehdorn in einer Umfrage zum unbeliebtesten Deutschen gekürt. Diesen Platz wird er wohl auch erst einmal weiter behalten, denn er hatte angekündigt, entgegen seinem ausdrücklichen Versprechen im Dezember, die Ticketpreise nicht zu erhöhen – wie es jetzt heißt: sie unterjährig nicht zu erhöhen, der 15. Dezember ist dann anscheinend überjährig –, also entgegen diesem Versprechen hat er nun die Ticketpreise doch erhöht und sich damit den Zorn aller zugezogen, vor allem der Fahrgäste, der Verbraucherschützer und der Politiker. Die Zusage hielt nicht lange. Zum dritten Mal in zwei Jahren wird nun das Bahnfahren teurer.

Das ist schade, denn die gestiegenen Energiepreise könnten genauso gut ein Grund dafür sein, die Preise nicht zu erhöhen, sondern sie sogar zu senken, weil die Züge nun wesentlich besser ausgelastet sein müssten. Pkw-Fahrer etc. sollten sich nun eher für eine Bahnfahrt entscheiden. Doch in dieser Richtung denkt die Bahn wohl eher nicht.

Mein Bundestagskollege Herr Beckmeyer meinte, das Bahnmanagement sollte seine Energie lieber auf die Entwicklung eines attraktiven Preissystems verwenden, das die Kapazitätsauslastung steigert und das Vielfahren belohnt. Genau das wäre meines Erachtens die richtige Richtung.

(Beifall bei den GRÜNEN und
des Abg. Thomas Colditz, CDU)

Wir Sozialdemokraten lehnen die Preiserhöhung strikt ab, vor allem aus verkehrspolitischer und ökologischer Sicht. Natürlich gab es einen drastischen Anstieg bei den Energiepreisen – das ist keinem von uns entgangen – und auch der Tarifabschluss von plus 11 % ist sicher ein Grund dafür, dass man eine Fahrpreiserhöhung darstellen kann. Dennoch ist diese Fahrpreiserhöhung strategisch falsch. Sie schreckt Kunden ab, die gewillt sind, auf das Verkehrsmittel Bahn umzusteigen. Der Bremer Verkehrsena-

tor Reinhold Lohse von den GRÜNEN – das will ich auch mal erwähnen – sagte:

(Johannes Lichdi, GRÜNE:
Reinhard Loske heißt er!)

– Aha, gut. – Wer mehr Personenverkehr auf die Schiene bringen will, sollte beim Drehen an der Preisschraube vorsichtig sein.

Denn durch die Verteuerung des Pkw-Verkehrs in den letzten Monaten hätte die DB AG sehr gute Aussichten, ihre Bilanz nicht über die Erhöhung der Fahrpreise, sondern durch mehr Fahrgäste zu verbessern. Die Voraussetzungen dafür waren noch nie so gut wie heute, denn die ureigenste Aufgabe ist doch wohl, Mobilität für jeden zu ermöglichen, und das zu vernünftigen Preisen, mit einem ordentlichen Service und einem attraktiven Angebot.

Diese Fahrpreiserhöhung kann man akzeptieren oder ablehnen – wir haben gerade verschiedene Stellungnahmen gehört. Wir Sozialdemokraten haben uns klar dazu geäußert. Dennoch steht eines im Moment fest: Die politische Einflussnahme ist äußerst begrenzt und geht nicht über öffentliche Mahnungen oder eben das „Zusammenfallen“ hinaus.

Seit der Bahnreform 1994 und der Umwandlung der Bahn in eine AG, die von allen Bundestagsfraktionen mitgetragen wurde, sind die politischen Einflussmöglichkeiten immer weiter zurückgegangen. Seit der Rechtsänderung durch das Zweite Gesetz zur Änderung des Allgemeinen Eisenbahngesetzes vom 16.07.2007 sind die Bahntarife noch nicht einmal mehr formell genehmigungspflichtig. Das bedeutet also in der Konsequenz: Wir können diesbezüglich hier diskutieren, uns austauschen oder gar etwas beschließen; aber eigentlich interessiert es niemanden. Wir haben nämlich keinen Einfluss mehr auf die Preisbildung der DB AG – weder im Bund noch im Land. Bei dem vielen Geld, das wir in dieses System stecken, sollten wir grundsätzlich noch einmal darüber nachdenken, wie wir unsere Entscheidungs- und Einflussmöglichkeiten zukünftig gestalten wollen.

Danke.

(Beifall bei der SPD, der CDU und den GRÜNEN)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Herr Delle spricht für die NPD-Fraktion.

Alexander Delle, NPD: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zuerst kurz zu Ihnen, Herr Heidan. Ich weiß nicht, wann Sie das letzte Mal Bahn gefahren sind oder wo Sie Bahn fahren; aber ich als regelmäßiger Bahnfahrer kann diese zufriedenen Kunden der Bahn, die Sie irgendwo ausgemacht haben, nirgends finden und kann Ihnen bezüglich des Zustandes, den Sie beschrieben haben, nur deutlich widersprechen.

(Beifall bei der NPD – Peter Wilhelm Patt, CDU:
Vielleicht liegt das ja an Ihnen!)

Mit den Fahrpreisen der Deutschen Bahn verhält es sich dieser Tage wie mit fast allen anderen Preisen: Sie steigen. Die Summe der diversen Preisanstiege macht, wie die Steuern und Abgaben, die leider ebenfalls steigen, inzwischen vielen Verbrauchern schwer zu schaffen. Deshalb werden Konsumzurückhaltung und infolgedessen eine konjunkturelle Eintrübung das künftige Bild der wirtschaftlichen Lage in Deutschland beschreiben, zumindest mittelfristig.

Insofern ist es natürlich richtig und wichtig, dass die Politik darüber spricht. Doch frage ich mich, was die Politik hier noch machen kann bzw. ob sie hier noch etwas ändern möchte.

Meine Damen und Herren, unabhängig von den Bestechungsvorwürfen gegen drei leitende Mitarbeiter der DB Regio und zwei hochrangige Beamte des Regierungspräsidiums Darmstadt möchte ich grundsätzlich zu den Fahrpreiserhöhungen der Bahn einige Feststellungen machen: Für den Personenfernverkehr benötigt die Bahn kein Prüfverfahren, sodass die DB nach eigenem Ermessen hierfür die Preise erhöhen kann. Hier wäre nach Ansicht der NPD-Fraktion längst die Politik gefragt gewesen, um ungerechtfertigte Preiserhöhungen verhindern zu können. Im Durchschnitt kann also die Bahn, wie angekündigt, die Preise um fast 4 % erhöhen, ohne dass dies eine Kontrollinstanz überprüfen muss.

Aber mit der Entwicklung der Deutschen Bahn erleben wir leider auch eine ganz allgemein völlig in die verkehrte Richtung gehende Verkehrspolitik; denn selbst wenn man im Vergleichszeitraum von einer 15-prozentigen Verteuerung von Autofahrten ausgeht, ist die Bahn aufgrund ihrer kapitalistischen Preispolitik leider keine wirkliche Alternative. Laut dem Bundesgeschäftsführer Leif Müller des Bundesverbandes NABU kommt die DB-Preispolitik bei Strecken bis zu circa 100 Kilometern einer Erhöhung um sage und schreibe 25 % gleich.

Darüber hinaus müssen wir für eine sozialpolitische Bewertung diese in meinen Augen sittenwidrige Preispolitik unter dem Gesichtspunkt betrachten, dass erst im Dezember 2007 eine Fahrpreissteigerung um nahezu 3 % erfolgte.

Des Weiteren erscheint die geplante Preiserhöhung auch im Lichte der tatsächlichen Geschäftszahlen der DB weit weniger notwendig, als diese es gern darzustellen versucht. Die Deutsche Bahn AG hat im ersten Halbjahr 2008 2,6 % mehr Fahrgäste transportiert als im Vergleichszeitraum 2007. Mehdorn und sein Finanzvorstand Sack blicken schließlich auf ein Rekordhalbjahr zurück, in dem der Umsatz des Unternehmens um 6,8 %, der Vorsteuergewinn sogar um 10 % auf deutlich mehr als eine Milliarde Euro anstieg.

Angesichts dieser Zahlen verschafft sich die DB also über ihre erneuten Fahrpreiserhöhungen für das Jahr 2009 neuerliche Mehreinnahmen von circa 120 Millionen Euro.

Lassen Sie mich noch einen kurzen Ausblick auf die zukünftige Entwicklung werfen. Der Kernbestandteil des

Konzerns, DB Mobility Logistics, ist für den bevorstehenden Börsengang vorgesehen und soll nun zu 24,9 % an Investoren – natürlich überwiegend internationale Fonds – verkauft werden. Erwarten Sie, meine Damen und Herren hier im Saal, angesichts dessen künftig eine angemessene Berücksichtigung der sozialpolitischen Komponenten bei der Konzernpolitik? Ich denke, nicht.

Die NPD war von Anfang an gegen eine Privatisierung der Bahn und kritisiert auch hier den Umstand, dass uns offensichtlich keinerlei Restriktionen seitens der Bundesregierung zur Verfügung stehen, wie selbst Bahnchef Mehdorn laut „Financial Times“ versichert hat. Wenn Frau Merkel zum Telefonhörer gegriffen hat, um so eine unsägliche Bediengebühr vom Tisch zu bekommen, dann ist das sicherlich eine Ausnahme.

Wir erleben hier ein Paradebeispiel dessen, was die NPD-Fraktion im Sinne der Wahrung einer gewissen wirtschafts- und sozialpolitischen Souveränität einfordert. Es kann nicht angehen, dass es keinerlei Beschränkungen gibt, wenn sich internationale Fonds an strategisch wichtigen deutschen Unternehmen beteiligen. Wie viel Bürgerbahn – sofern man diesen Begriff überhaupt noch verwenden möchte – generell nur zugelassen wird, ist allein daran ersichtlich, dass bei diesem größten Börsengang seit vielen Jahren lediglich bis zu 5 % des privatisierten Anteils für Privatanleger vorgesehen sind.

Meine Damen und Herren, die Weichen werden bei der Bahn völlig falsch gestellt und die Politik befindet sich definitiv auf dem Abstellgleis. Dies gilt es kurzfristig zum Wohl der Menschen umzukehren.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der NPD)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Danke. – Herr Morlok, Sie beschließen die erste Runde für die FDP-Fraktion.

Sven Morlok, FDP: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Wie jedes Jahr, diktiert die Bahn den Kunden ihre Preiserhöhung und die Fahrgäste sind weitgehend machtlos, weil sie keine Alternativen haben. Der Umstieg auf das eigene Auto kann nicht stattfinden, weil wir auch dort die Energiepreissteigerung haben; das Ausweichen darauf ist ökonomisch wenig sinnvoll. Es gibt auch keine Alternative im Bereich des Schienenpersonenverkehrs, weil es eben nicht in zureichendem Maße private Anbieter gibt, die entsprechend als Alternativen zur Bahn zur Verfügung stehen, auch wenn man sagen muss, dass das Angebot der Konkurrenz der Bahn gestiegen ist, aber eben lange nicht ausreichend.

Richtig ist, dass die Bahn von steigenden Energiekosten und von steigenden Personalkosten betroffen ist – wir haben den Lokführerstreik und die Lohnerhöhung um 11 % mitbekommen. Aber welches Unternehmen kann es sich denn leisten, einfach seine steigenden Kosten ohne Probleme an die Kunden weiterzugeben? Das können sich

nur Unternehmen leisten, wenn es praktisch keinen Wettbewerb gibt, wenn es sich um die Konkurrenz nicht kümmern muss. Die Bahn handelt mit ihren Preiserhöhungen mit der Arroganz eines Monopolisten,

(Beifall bei der FDP, der Linksfraktion
und den GRÜNEN)

weil kein ausreichender Wettbewerb vorhanden ist.

Die Botschaft ist also: Wir brauchen nicht mehr Staatseingriffe, sondern mehr Wettbewerb.

(Beifall bei der FDP –
Frank Heidan, CDU: So ist es!)

Lieber Herr Kollege Lichdi, lassen Sie mich einmal Ihr Beispiel Grimma aufgreifen. Was glauben Sie, welchen Effekt es auf die Bahn in Grimma gehabt hätte, wenn es am Nachbargleis ein entsprechendes Verkehrsangebot eines Konkurrenten gegeben hätte, der um die Kunden, die am „Tag der Sachsen“ in Grimma so zahlreich vorhanden waren, konkurriert hätte? Dann hätte man vermutlich sehr schnell zusätzliches Personal bereitgestellt, um die Fahrgäste eben zu ihren Fahrkarten kommen zu lassen. Hier zeigt sich auch: Wettbewerb hätte dieses Problem gelöst.

(Dr. Dietmar Pellmann, Linksfraktion:
Da gibt es überhaupt kein Nachbargleis!)

Herr Lichdi, ich weiß, dass viele GRÜNE das ähnlich sehen. Nur, Sie haben es heute leider nicht gesagt.

Was wir also benötigen, ist eine zügige – und zwar eine richtige! – Privatisierung der Bahn.

(Beifall bei der FDP)

Wir benötigen eine klare Trennung des Schienennetzes vom Fahrbetrieb. Daran sieht man wieder, wie wenig Sozialdemokraten von Wettbewerb verstehen. Es war schließlich Herr Tiefensee, der die Bahn mit Netz an die Börse bringen wollte. Das wäre wirklich gründlich schiefgegangen. Wir sagen: Klare Trennung des Fahrverkehrs vom Netz – dann bekommt man auch vernünftigen Wettbewerb.

(Beifall bei der FDP)

Wenn man einen privaten Partner in die Bahn hineinnehmen möchte, damit er sie auf Trab bringt, dann darf man ihn nicht mit einer Minderheitsbeteiligung abspeisen, weil sich dann nichts ändert. Aber vielleicht ist gerade das das Ziel – es soll sich nichts ändern.

Wettbewerb sichert sinkende Preise; man muss ihn nur zulassen. Viele von Ihnen werden gar nicht wissen, dass es noch eine Wettbewerbsbeschränkung für Busse auf Strecken des Fernverkehrs der Bahn gibt. Auch dort müsste man dringend Wettbewerb schaffen. Das würde sicherlich dazu führen, dass die Bahn ihre Serviceangebote überdenkt.

(Beifall bei der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zusammengefasst lautet die glasklare Botschaft: Wettbewerb führt zu sinkenden Preisen. Ich möchte Ihnen ein Beispiel geben: Wir alle haben erlebt, wie im Bereich der Telefonie Wettbewerb zu deutlich sinkenden Preisen geführt hat. So sollte man es im Bereich der Schiene auch machen, dann profitieren alle davon.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Meine Damen und Herren! Das war die erste Runde. Herr Lichdi, Sie als Einreicher eröffnen Runde zwei.

Johannes Lichdi, GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Heidan, ich weiß nicht, ob ich Sie richtig verstanden habe, aber ich meine gehört zu haben, dass Sie uns GRÜNEN vorwerfen, wir könnten nur kritisieren, hätten aber kein Konzept. Ich darf nur an die Debatten erinnern, die in den vergangenen Monaten hier stattgefunden haben. Gern erkläre ich es Ihnen noch einmal: Wir lehnen dieses sogenannte „Privatisierungsmodell“, das Ihnen Herr Beck, der gewesene SPD-Chef, in Berlin aufgedrückt hat, ab. Dieses Modell führt nicht zu ordentlichem Wettbewerb, weil die vom Kollegen Morlok – in dieser Frage: zu Recht – angesprochene Trennung zwischen Netz und Fahrbetrieb nicht vorgenommen wird. Das Netz muss nach unserer festen Überzeugung in öffentlicher Hand bleiben und öffentlich reguliert werden. Alle Wettbewerber sind gleich zu behandeln. Die Blockade, die die Bahn in Ausübung ihres Monopols vollzieht, ist endlich aufzubrechen.

Die Vogtlandbahn ist ein schönes Beispiel, aber wir brauchen viel mehr Vogtlandbahn; die Erzgebirgsbahn haben wir schon. Wir brauchen in jeder Region in Sachsen und in ganz Deutschland private Konkurrenz. Herr Morlok hat vollkommen Recht: Wenn in Grimma ein Zug von der Konkurrenz am anderen Gleis gestanden hätte, dann hätte sich die Situation sehr schnell entspannt.

Aber diesen Weg geht die Bundesregierung gerade nicht. Netz und Betrieb sollen zusammenbleiben. Dieses integrierte Modell soll zu 24,9 % privatisiert werden. Es vereinigt alle Nachteile eines staatlichen Monopolbetriebs und verscherzt es sich mit den Vorteilen, die durch eine kluge Privatisierung erzielbar sein können.

(Beifall bei den GRÜNEN und der FDP)

Das ist totaler Murks und dient nur der Machterhaltung der C – – des Herrn Mehdorn.

(Heiterkeit bei den GRÜNEN)

– Immer auch dem Machterhalt der CDU, ganz klar. Aber ich wollte eigentlich nicht auf Sie schießen, Herr Heidan, sondern zum Ausdruck bringen, dass das alles keine Zufall ist.

Wer stützt Mehdorn mit seiner falschen Bahnpolitik seit Jahren, man kann schon sagen, seit Jahrzehnten? Das waren alles SPD-Verkehrsminister. Herr Tiefensee ist insoweit nur die Fortsetzung einer niederschmetternden Reihe von Verkehrsministern auf Bundesebene, die dort schon immer versagt haben.

(Heiterkeit und Beifall bei den GRÜNEN –
Beifall bei der FDP und des Abg.
Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion)

Welches Leitbild hat die Bahn? Darum geht es doch. Dieses Leitbild tragen seit über zehn Jahren alle SPD-Verkehrsminister in den Aufsichtsräten mit. Es ist das Leitbild – –

(Stefan Brangs, SPD: Lüge! 1994
waren noch die Schwarzen dran! –
Antje Hermenau, GRÜNE: Aber ganz viele
Verkehrsminister von der SPD seit 1998!)

– Herr Brangs, Sie rauben mir nur die Zeit. 1994 waren noch die Schwarzen dran, das stimmt genau. Ihr seid seit 1998 schuld.

Es lohnt sich, auf die langfristige Planung der Bahn zu sehen. Wenn Sie sich das „Bahnnetz 21“ – es war schon in der Diskussion – ansehen, dann wissen Sie ganz genau, welche Linien gebaut werden sollen und warum diese Planung so erfolgt. Herr Mehdorn hat nicht nur die irri- ge, wahnwitzige Vorstellung, ein internationaler Logistik-Player sein zu müssen – und das noch mit deutschen Steuergeldern; wir haben also gar nichts davon –, sondern er hat auch die wahnwitzige Vorstellung, er müsse dem innerdeutschen Flugverkehr Konkurrenz machen. Deswegen sind alle Ausbaupläne darauf gerichtet, die Konzern- zentralen zwischen München, Hamburg, Köln und Frank- furt miteinander zu verbinden. Leipzig hat noch Glück, weil es auf der Strecke zwischen München und Berlin liegt. Alles andere, was nicht an diesen Strecken liegt, fällt heraus.

Ich sage Ihnen: Diese Unternehmensstrategie kann man auch im Aufsichtsrat beeinflussen, indem man entschei- det, wer Vorstandsvorsitzender wird. Deswegen sage ich: Die SPD kann sich hier nicht aus der Verantwortung stehlen. Frau Dr. Raatz, deswegen lasse ich es Ihnen auch nicht durchgehen, wenn Sie formal einfach darauf hinwei- sen, durch die Zweite Änderung des Allgemeinen Eisen- bahngesetzes hätten wir keine Möglichkeiten mehr. Das mag ja so sein.

(Stefan Brangs, SPD:
Das mag nicht so sein, das ist so!)

Aber es geht um die strategische Ausrichtung des Unter-nehmens Deutsche Bahn, und diese wird seit Jahren in die falsche Richtung gesteuert. Ihre Minister in Berlin sind dafür verantwortlich.

(Beifall bei den GRÜNEN und der Linksfraktion)

Kommen wir nach Sachsen! Auch im vergangenen Plenum haben wir dazu eine Debatte geführt. Ihr Staats-

minister Jurk, zuständig auch für den Bahnverkehr, weigert sich, bei den Ausschreibungen für den Nahverkehr Servicestandards in die Ausschreibungsunterlagen aufzunehmen. Damit ist er unmittelbar verantwortlich für die Serviceskandale, die sich die Deutsche Bahn und die Verkehrsverbände hier leisten. Darüber können Sie auch mit Ihren wohlgesetzten Worten nicht hinwegtäuschen. Wir werden uns jedenfalls nicht davon abhalten lassen, das auch sehr genau auf den Punkt zu bringen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und
vereinzelt bei der Linksfraktion)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Danke schön. – Das war die einreichende Fraktion. Wir gehen wieder der Reihe nach vor. Herr Heidan von der CDU, Sie haben das Wort.

(Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion:
Herr Heidan steht mit sich selbst im Wettbewerb,
wie die Deutsche Bahn! – Frank Heidan, CDU:
Sehen Sie, so ist das mit dem Wettbewerb!)

Frank Heidan, CDU: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In der bisherigen Debatte haben wir viele Aspekte festgestellt, die eine jährlich wiederkehrende Preiserhöhung in keinem Fall rechtfertigen. Ich möchte aber noch auf einen Punkt aufmerksam machen: Ich bin auch froh, dass nicht nur ich gesagt habe, dass letztlich nur Wettbewerb das Problem der Fahrpreiserhöhungen löst.

(Johannes Lichdi, GRÜNE: Ja, aber
welcher Wettbewerb? – Karl Nolle, SPD:
Das sieht man ja an den Banken sehr gut! –
Heiterkeit bei der Linksfraktion)

Der Bundesrechnungshof hat dieser Tage besorgniserregende Erkenntnisse vorgelegt. Die staatlichen Finanzkontrolleure verweisen in dem Entwurf eines Prüfereports auf zahlreiche Mängel, auf die das Eisenbahnbundesamt als Aufsichtsbehörde gestoßen sei und die größtenteils nicht abgestellt worden seien.

Seit Jahren gibt es Hinweise auf marode Streckenabschnitte. Wir brauchen da gar nicht so weit zu schauen. Ich denke an etliche Streckenkilometer Schiene in Sachsen. Es reicht nicht, dass Herr Mehdorn auf die Kritik des Rechnungshofes entgegnet, das seien Einzelfälle. Ich denke, wir in Sachsen haben einiges nachzuholen.

Statt anzupacken und das Netz grundlegend in Ordnung zu bringen, setzte und setzt der Konzernchef auf andere Schwerpunkte. Die Unternehmenspolitik der Bahn AG nährt den Verdacht, dass sie freie Hand will, um nach eigenem Gutdünken zu investieren: hier eine Milliarde Euro für eine US-Transportgesellschaft, dort eine Milliarde für den Einstieg in die Hamburger Hafengesellschaft. Für sich betrachtet mag das jeweils sinnvoll sein – das will ich überhaupt nicht in Abrede stellen –, aber man hat den Eindruck, dass die Fahrpreiserhöhungen gerade

deshalb geplant sind, um solche Dinge durchzufinanzieren.

Die globale Expansion darf aber nicht dazu führen, dass die Bahn das Schienennetz vernachlässigt, in das der Staat direkt und indirekt über die Zuschüsse für den Regionalverkehr aus gutem Grund eine Menge Geld investiert. Wir brauchen intakte Strecken, um wettbewerbsfähige Verkehrspolitik zu ermöglichen. Was aus dem Netz wird, kann man nicht einem einzelnen Manager überlassen. Hier sind klare Vorgaben zu machen, die Infrastruktur zukunftsweisend auszubauen und zu vervollständigen.

Deshalb verlangt meine Fraktion angesichts der guten Ergebnisse der Bahn AG eine ordentliche Begründung der Fahrpreiserhöhung. Das ist nach unserer Ansicht noch nicht ausreichend erfolgt.

Wir wollen die Bahn AG nicht, wie es im Antrag der GRÜNEN zu vermuten ist, von vornherein mit Schelte belegen. Eine maßvolle Preispolitik ist unsere Zielsetzung, für die, wie unser Finanzminister dieser Tage gesagt hat, eine seriöse Rechnung eines vorsichtigen Kaufmannes zur Begründung vorzuliegen hat. Dies können wir aus dem bisherigen Verhalten und den Begründungen noch nicht ableiten.

Der Bund bezuschusst jährlich den Schienenverkehr mit rund 20 Milliarden Euro. Hier ist die Frage zu stellen, wofür die Fahrpreiserhöhung Verwendung finden soll. Der in meinem ersten Teil der Rede formulierte Gesichtspunkt zum Unternehmertum bei der Bahn bleibt dennoch gültig. Wenn aber Geld vom Bund eingesetzt wird, dann müssen derartige Fragen schon erlaubt sein, wie die Infrastruktur weiter ausgebaut wird. Von einer Einmischung in unternehmerische Angelegenheiten kann deshalb nach meiner Meinung nicht gesprochen werden. Hier geht es um Steuergeld, und das in nicht geringer Menge. Bei der Vermischung dieser Steuergelder mit der Höhe der Fahrpreise für die Kunden ist deshalb eine stichhaltige Begründung notwendig. Das fordern wir auch.

Wir bitten Sie um Unterstützung unseres Antrages, der in der kommenden Zeit von uns zum Ausbau des Schienensystems eingereicht wird.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Das war die Vertretung der CDU-Fraktion. Herr Pellmann, Sie haben das Wort für die Linksfraktion.

Dr. Dietmar Pellmann, Linksfraktion: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst habe ich die bisherige Debatte doch etwas sehr akademisch empfunden. Deswegen möchte ich mich hier als jemand zu Wort melden, der im Unterschied zu manchen Debatte-Rednern bisher fast täglich die Eisenbahn nutzt und dabei auch so manche Erfahrungen sammeln kann. Einige möchte ich Ihnen hier darstellen, weil ich glaube, dass es manchmal sinnvoll ist, wenn man eine Debatte wieder etwas irdisch betreibt.

Ich könnte damit beginnen und fragen: Was ist denn der größte Störfaktor gegenwärtig für die Geschäftsführung der Deutschen Bahn? – Die Reisenden und vornehmlich Ältere und Behinderte. Deshalb möchte ich Ihre Aufmerksamkeit auf ein paar Aspekte lenken, die das dokumentieren. Schauen wir uns die in Rede stehenden Automaten an. Da sage ich Ihnen, viele Ältere und Behinderte, selbst wenn sie intellektuell dazu in der Lage sind – die meisten sind es ja –, können sie gar nicht nutzen, weil sie aufgrund der Schriftgröße das gar nicht lesen können. Das wird völlig ignoriert und interessiert keinen. Ich habe mich in Japan informiert, dort gibt es eine Sprachausgabe. Warum führt man diese nicht ein? Das dürfte technisch überhaupt kein Problem sein.

(Zurufe von den Fraktionen CDU, SPD,
FDP und den GRÜNEN: Datenschutz!)

Datenschutz hin, Datenschutz her, ich lache mich kaputt.

Das Nächste: Nicht alle haben Internet, das wissen wir. Also ist es besonders problematisch, wenn wir beispielsweise überhaupt nicht mehr in allen Bahnhöfen die Möglichkeit haben, Fahrkarten am Schalter zu erwerben, unabhängig von der nun hoffentlich gekippten Bedienungsgebühr. Wie kommen also dann Menschen zu ihrem Fahrschein, wenn sie sie im Zug gar nicht mehr erhalten? Hier besteht ein Widerspruch an sich.

Ich rede jetzt über große Bahnhöfe, bei anderen gibt es sie meistens kaum noch. Nehmen Sie die Hinweistafeln. Jeder, der sich einigermaßen in die Materie eingearbeitet hätte, wüsste, was du schwarz auf weiß besitzt, kannst du getrost nach Hause tragen. Aber hier geht es in erster Linie um Designer, die nach dem Schönheitspreis streben. Da sage ich Ihnen eines: Was nützt ein schnittiges Auto, wenn es keinen Motor hat. Jeder weiß doch, der beste Kontrast ist schwarz auf weiß. In Leipzig haben wir weiß auf blau oder weiß auf schwarz, je nachdem. Im Neustädter Bahnhof, den ich oft benutze, ist die Darstellung weiß auf blau. Jeder weiß, das mag schön aussehen, ich kann damit auch einen Preis für gutes Design gewinnen, aber es nützt vielen nichts. Ich werde oft von Älteren gefragt: Können Sie mir sagen, was da steht? Leider kann ich Ihnen meistens nicht helfen.

Ein letztes Beispiel, Einstiegshilfen: Weil hier schon oft der Name Grimma fiel, möchte ich eine Gegebenheit am Rande des Tages der Sachsen zum Besten geben. Ich war im Unterschied zu manch anderem mit der Eisenbahn gefahren. Als ich am Abend nach Leipzig zurück wollte, traf ich auf einem vollen Bahnsteig mit vielen Menschen zusammen. Der Tag der Sachsen war eine großartige Sache und wir können uns nur bei den Grimmaern für ihr Engagement bedanken. Aber ich sage Ihnen eines: Der Bahnhof war und ist für Behinderte eine Katastrophe.

(Beifall bei der Linksfraktion)

Was passierte? Sie können sagen, das ist DDR-Last und DDR-Erbe. Wissen Sie, welches DDR-Erbe ich dort erlebt habe? Glücklicherweise waren genügend Polizisten vor Ort, die verhindert haben, dass die Rollstuhlfahrer

durch die Nachdringenden vielleicht vom Bahnsteig geschoben wurden. Nein, plötzlich – da erinnerte ich mich an die Siebziger- und Achtzigerjahre in der DDR – kamen die Polizisten mit einem großen Einstiegsbrett angerannt, legten es auf die Bahnsteigkante und die Eingangstür des Wagens und dann konnten die Rollstuhlfahrer endlich einsteigen. Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, hat mich nicht zu DDR-Nostalgie veranlasst, aber ich denke, manchmal ist es ganz gut, wenn man improvisationsfähig ist. Aber mit technischem Fortschritt hat das nichts zu tun.

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Herr Pellmann, kommen Sie zum Ende Ihrer Rede.

Dr. Dietmar Pellmann, Linksfraktion: Insofern beende ich die Rede mit der Hoffnung, dass künftig nicht nur Preise erhöht werden, sondern auch mehr für Ältere und Behinderte bei der Deutschen Bahn getan wird.

(Beifall bei der Linksfraktion)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Ich frage die SPD-Fraktion, ob es noch Redebedarf gibt. – Nein. Die anderen Fraktionen? – Das kann ich auch nicht erkennen. Für die Staatsregierung Herr Staatsminister Jurk.

Thomas Jurk, Staatsminister für Wirtschaft und Arbeit: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Man könnte fast meinen, vieles, wenn nicht gar alles ist von den Vorrednern gesagt worden, allerdings facettenreich und mit unterschiedlichsten Wertungen. Ich will das nicht alles wiederholen.

Lassen Sie mich im Folgenden kurz auf drei Aspekte der Thematik eingehen.

Punkt 1 oder nennen wir es an dieser Stelle Vorbemerkung: Es gibt wahrlich eine Menge interessante Themen mit landespolitischem Bezug. Die Fahrpreise der DB AG gehören allerdings nicht dazu. Seit der Rechtsänderung durch das Zweite Gesetz zur Änderung des allgemeinen Eisenbahngesetzes vom 16. Juli 2007 sind die Bahntarife noch nicht einmal formell genehmigungspflichtig. Das heißt im Klartext, die Politik hat keinen direkten Einfluss auf die Preisbildung der DB AG – nicht die Bundesrepublik und die Landespolitik an dieser Stelle erst recht nicht.

Im eigenen Interesse sollten wir uns, liebe Kolleginnen und Kollegen, davor hüten, in der Öffentlichkeit einen anderen Eindruck zu erwecken.

Punkt 2: Mag doch ein ebenso verlässliches wie sich immer wieder selbst erneuerndes Feindbild á la Deutsche Bahn AG manch einem Zeitgenossen Rückhalt und Stabilität geben, bei objektiver Betrachtung stellt sich selbst die Thematik der Tarifierhöhung der DB AG differenzierter dar, als einige der Vorredner uns das Glauben machen wollten, denn es kann nicht geleugnet werden, dass sich die Energiepreise im vergangenen Jahr drastisch, im Extremfall bis zu 100 %, erhöht haben. Züge fahren nun einmal mit Diesel oder Strom und dieser Strom kommt noch nicht einmal aus der Steckdose. Nicht

zu vergessen, ein paar besonders liebenswerte sächsische Unikate fahren sogar noch mit Kohle. Es ist weiterhin nicht zu leugnen, dass die letzten Tarifabschlüsse bei der Deutschen Bahn AG mit durchschnittlich 11 %, je nachdem welcher Gewerkschaft man angehört, weit über dem Bundesdurchschnitt liegen.

Und es ist schlussendlich ein unumstößlicher Fakt, dass die deutschen und so auch die sächsischen kommunalen Verkehrsverbände bei den Fahrpreisen nicht minder kräftig zugelangt haben. Rhein-Ruhr genehmigte sich beim letzten Mal stolze 5,5 % Aufschlag und bei unserem Dreiländerverbund MDV waren es immerhin noch 3,6 %.

Punkt drei. Obwohl es, wie gerade dargelegt, durchaus eine Reihe objektiver Gründe für die Tarifierhöhung der DB AG gibt – als Verkehrsminister des Freistaates Sachsen lehne ich besagte Preiserhöhung dennoch strikt ab, und zwar sowohl aus verkehrspolitischer und ökologischer als auch aus betriebswirtschaftlicher Perspektive. Natürlich kann man versuchen, die eigene Wirtschaftlichkeit über höhere Preise zu steigern. Bei dieser Rechnung wird allerdings vorausgesetzt, dass die Kunden die höheren Preise akzeptieren und weiterhin mit der Bahn fahren. Sicherer, nachhaltiger und klüger ist jedoch der Weg, die Unternehmensbilanz durch mehr Umsatz, sprich mehr Fahrgäste zu verbessern. Noch nie waren übrigens die diesbezüglichen Voraussetzungen so gut wie heute. Vor dem Hintergrund der ungebrochen hohen Preise an den Tanksäulen entdecken viele Menschen die Bahn neu. Diesen Trend gilt es zu verstetigen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Kollege Nolle! Vor dem Hintergrund dieser großen und vielleicht einmaligen Chance, neue, bisher unerreichte Kundengruppen für die Bahn zu gewinnen, stelle sicher nicht nur ich mir die verzweifelte Frage, welchem ebenso hoch bezahlten wie fehlgeleiteten – kann man noch sagen – Bahnmanager die Sache mit dem Bedienungszuschlag eingefallen sein mag, der eigentlich „Vergraulzuschlag“ heißen müsste.

(Antje Hermenau, GRÜNE: Entlassen!)

Mir ist kein weiteres Unternehmen bekannt, dass seine eigenen Kunden mit so viel Beharrlichkeit und Fantasie immer wieder vor den Kopf stößt. Der skurrile Bedienungszuschlag ist nun zunächst einmal weg. Es stellt sich nur die Frage, Frau Abg. Raatz, wie sich Herr Mehdorn jetzt entfaltet, denn irgendwo hat er das Geld in seine Kalkulation eingestellt, entweder, weil er es haben oder weil er Personal loswerden wollte.

(Karl Nolle, SPD: Reinigungszuschlag! –
vereinzelt Heiterkeit bei der SPD und der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Kommen wir zum Kern des Problems. Aus dem besagten Verhalten der DB AG – –

– Aha, man hört mir doch noch zu.

Kommen wir zum Kern des Problems. Aus dem besagten Verhalten der DB AG spricht nämlich das falsche Selbstverständnis eines immer noch Beinahe-Monopolisten. Oder andersherum ausgedrückt: Besagtes Geschäftsgebahren der DB AG dürfte sich erst dann ändern, wenn das Unternehmen befürchten muss, dass die Kunden zur Konkurrenz abwandern. Deshalb setzt sich die Staatsregierung für mehr, aber vor allem für fairen Wettbewerb im Schienenverkehr ein. Nur auf diesem Wege wird es gelingen, die Eisenbahn als Verkehrsmittel weiter zu stärken.

Im Rahmen unserer Möglichkeiten und Zuständigkeiten ist es uns gelungen, die sächsischen SPNV-Aufgabenträger unter sehr schwierigen Rahmenbedingungen mit der nötigen Planungssicherheit auszustatten. Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen Abgeordneten, haben es in der Hand, mit Ihrer Zustimmung zum nächsten Doppelhaushalt die Weichen für den sächsischen Schienenpersonennahverkehr erneut in die richtige Richtung zu stellen. Ich will an dieser Stelle ausdrücklich sagen, dass wir uns auch über etwas freuen können, nämlich steigende Nutzerzahlen im sächsischen Schienenpersonennahverkehr. Das zeigt auch, dass hier einiges richtig gemacht wurde. Ich hatte bisweilen den Eindruck, dass wir hier eine Komplettattacke auf die Bahn reiten. Da muss man schön differenzieren und sich die Zahlen ganz genau anschauen.

Mit noch attraktiveren Angeboten und natürlich auch mit fairen, bezahlbaren Preisen wollen wir noch mehr Fahrgäste in unsere Bahnen locken. Das ist schließlich gut für unsere Umwelt, gut für die Wirtschaft und natürlich gut für die Menschen bei uns in Sachsen.

Ich möchte meine Ausführungen mit dem Wunsch beenden, dass sich diese Denkart auch bei den Entscheidungsträgern im DB-Konzern endlich durchsetzen möge, auch deshalb, damit wir uns am Ende fruchtlose Debatten ersparen können.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Danke schön. – Meine Damen und Herren, das war die Staatsregierung.

Gibt es seitens der Fraktionen noch weiteren Bedarf? – Das kann ich nicht erkennen. Damit ist die Aktuelle Debatte und auch der Tagesordnungspunkt beendet.

Meine Damen und Herren! Es ist kein Zufall, dass ich um diese Uhrzeit hier vorn präsidiere. Ich bitte um Ihre Aufmerksamkeit. Wir drehen die Uhr noch einmal zurück und kommen auf den gestrigen Nachmittag zu sprechen.

Erklärung zum Tagesordnungspunkt 4 der 117. Sitzung

In diesem Tagesordnungspunkt behandelten wir einen Antrag der NPD-Fraktion mit dem verkürzten Titel „US-Truppentransporte über den Flughafen Leipzig/Halle sofort unterbinden“. Im Rahmen dieser Debatte habe ich einen Ordnungsruf an den Abg. Petzold ausgesprochen.

Ich beabsichtige, diesen Ordnungsruf zurückzunehmen, möchte dies aber noch begründen. Die NPD-Fraktion hat einen förmlichen Einspruch gegen meinen Ordnungsruf eingereicht. Ich werde mich nach der Regel in dubio pro reo verhalten. Aber damit Sie noch einmal die Minuten an sich vorbeiziehen lassen können, möchte ich aus dem nunmehr vorliegenden stenografischen Protokoll zitieren. Ich beginne an der Stelle, wo ich von hier vorn in die Debatte eingriff:

„**3. Vizepräsident Gunther Hatzsch:** Herr Petzold, habe ich ‚halunkenhaft‘ verstanden, oder war das ein Fehler meines Gehörs?“

Winfried Petzold, NPD: Nein, Sie haben es richtig verstanden.“

(Peter Wilhelm Patt, CDU: Das ist ja unglaublich!)

„**3. Vizepräsident Gunther Hatzsch:** Dann gebe ich Ihnen hiermit einen Ordnungsruf.“

(Peter Wilhelm Patt, CDU: Rausschmeißen!)

Nach beendeter Debatte kam Herr Petzold mit seinem Sprechtext. In dem Sprechtext stand „helotenhaft“.

(Dr. Martin Gillo, CDU: Unerhört!)

Das machen sie auch in Ihrem Widerspruch kenntlich. Ich zitiere aus dem Widerspruch der NPD-Fraktion: „Ich habe

entgegen der Behauptung von Herrn Vizepräsidenten Hatzsch nicht von einer halunkenhaften US-Hörigkeit, sondern von einer helotenhaften US-Hörigkeit gesprochen.“

(Peter Wilhelm Patt, CDU: Hallodri!)

Nun ist „helotenhaft“ kein Wort des täglichen Sprachgebrauchs. Wie viele vielleicht auch habe ich mich über Nacht schlau gemacht. Heloten waren Staatsklaven zu Zeiten Spartas, also vor etwa 500 Jahren.

(Jürgen Gansel, NPD: Ein bisschen früher!)

Ich sage in dubio pro reo, denn es liegt bekanntermaßen nun der Sprechtext vor. Jetzt zitiere ich Herrn Petzold wieder aus seiner Rede: „Es bleibt festzustellen, dass dies ein Urteil im Geiste der helotenhaften US-Hörigkeit der BRD ist.“ Wir haben es hier mit einer Wortschöpfung zu tun,

(Gelächter bei der CDU und der SPD)

für die es keinen Inhalt gibt. Aber – ich wiederhole mich – in dubio pro reo und ziehe meinen Ordnungsruf zurück, denn man kann nicht für etwas bestraft werden, was es gar nicht gibt.

(Heiterkeit bei der CDU und der SPD –
Volker Schimpff, CDU, steht am Mikrophon.)

So, meine Damen und Herren. Das war eine Richtigstellung.

– Nein, bitte nicht.

Der Tagesordnungspunkt ist abgearbeitet. Wir kommen nun zum

Tagesordnungspunkt 2

Fragestunde

Drucksache 4/13121

Wir beginnen mit Frau Simon, in der Reihenfolge Frage Nr. 3. Wer ist Ihr Gegenspieler? – Herr Unland, Finanzminister.

Bettina Simon, Linksfraktion: Danke, Herr Präsident. Es geht um die Anerkennung des Abschlusses „Sozialpädagogische Fachkraft“. Einer Erzieherin, die im Jahre 1992 das Zertifikat als „Sozialpädagogische Fachkraft“ erhalten hatte und seit 16 Jahren in einem Projekt des sozialpädagogisch betreuten Jugendwohnens arbeitet, wurde mitgeteilt, dass ihr pädagogischer Abschluss nicht anerkannt ist. Sie solle diesen in einer vierjährigen Ausbildung nachholen, ansonsten sei sie von Arbeitslosigkeit bedroht. Als zu 50% wegen einer Krebserkrankung Behinderte sieht sie sich außerstande, ein langes und kräftezehrendes Studium zu absolvieren.

Daher meine Fragen:

1. Kann die Erzieherin die laut VwV Erzieheranerkennung des Kultusministeriums vom 01.10.1996 gebotene Möglichkeit nutzen, den geforderten Abschluss durch eine 120 Stunden umfassende Ausbildung zu erlangen?

2. Welche anderen Möglichkeiten bestehen, den geforderten Abschluss unter Berücksichtigung ihrer langjährigen Berufserfahrungen mit einem geringeren Aufwand zu erlangen bzw. ihr diesen anzuerkennen?

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Herr Prof. Unland, bitte.

Prof. Dr. Georg Unland, Staatsminister der Finanzen: Ich möchte zunächst auf Ihre erste Frage antworten. Die genannte Verwaltungsvorschrift regelt die Anerkennung der nach Rechtsvorschriften der ehemaligen DDR erworbenen Erzieherabschlüsse auf Fachschulniveau in einem Tätigkeitsfeld des staatlich anerkannten Erziehers.

Zu diesem Personenkreis gehört die Betroffene mit einem Zertifikat als Sozialpädagogische Fachkraft, das 1992 erworben wurde, nicht. Demnach ist die auf der Verwaltungsvorschrift basierende Anpassungsbildung auch nicht die geeignete Maßnahme, um einen Abschluss als staatlich anerkannte Erzieherin zu erwerben.

Nun zu Ihrer Frage 2: Eine zertifizierte Ausbildung auf sozialpädagogischem Gebiet sagt nichts über Inhalt und Umfang der Ausbildung und kann auch nicht mit der fachschulischen Ausbildung zum staatlich anerkannten Erzieher gleichgestellt werden.

Nach Prüfung der individuellen Zulassungsvoraussetzungen für eine Ausbildung im Fachbereich Sozialwesen der Fachrichtung Sozialpädagogik an einer Fachschule könnte entweder eine berufsbegleitende Ausbildung absolviert oder die Zulassung zur Prüfung für Schulfremde gemäß Fachschulordnung beantragt werden. Eine andere Möglichkeit, den Abschluss als staatlich anerkannte Erzieherin zu erwerben, besteht für die Betroffene nicht.

Die besonderen Belange behinderter Menschen können im Prüfungsverfahren – wie auch in vielen anderen Bereichen – berücksichtigt werden, wenn der Prüfungsausschuss rechtzeitig davon in Kenntnis gesetzt wird. Der Prüfungsausschuss trifft dann geeignete Maßnahmen hinsichtlich der Organisation und Gestaltung der Prüfung. Dabei dürfen jedoch die Prüfungsanforderungen qualitativ nicht verändert werden.

Bettina Simon, Linksfraktion: Herr Minister, ich hätte eine Nachfrage, bei der ich um die schriftliche Beantwortung bitte, weil Sie mir das sicher jetzt nicht sagen können.

Was war der Anlass dafür, dass eine seit 16 Jahren auf der Grundlage dieser anerkannten Ausbildung tätige Sozialpädagogin urplötzlich nicht mehr arbeiten darf?

Prof. Dr. Georg Unland, Staatsminister der Finanzen: Das werden wir Ihnen gern schriftlich zukommen lassen.

Bettina Simon, Linksfraktion: Danke schön.

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Das war die erste Frage. In der Reihenfolge geht es jetzt weiter mit Herrn Petzold; Frage Nr. 1.

Winfried Petzold, NPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es geht um Leseschwächen bei Jugendlichen im Freistaat Sachsen.

(Martin Dulig, SPD: Nein, bei der NPD!)

Nach Aussagen des EU-Kommissars für Bildung, Kultur und Jugend, Jan Figel, hat fast ein Drittel der Arbeitnehmer in Europa nur einen Hauptschulabschluss und etwa jeder vierte 15-Jährige Leseschwächen. Deshalb sieht Figel die Gefahr, dass es Millionen Europäer zukünftig immer schwerer haben werden, sich in einer wissensbasierten Gesellschaft beruflich entfalten zu können bzw. überhaupt Arbeit zu finden.

Fragen an die Staatsregierung:

1. Wie entwickelte sich im Freistaat Sachsen im Zeitraum 2002 bis 2007 die Anzahl von Schülern in der Altersgruppe der zehn- bis 15-Jährigen, bei denen Leseschwächen festgestellt wurden und welche regionalen Unterschiede wurden dabei in den Landkreisen und kreisfreien Städten deutlich?

2. Welche Maßnahmen erachtet die Staatsregierung als notwendig, um Leseschwächen bei Kindern und Jugendlichen vorzubeugen bzw. abzuwenden und welche Bildungsangebote zum Abbau von Leseschwächen werden gegenwärtig im Freistaat Sachsen in welchem Umfang von Kindern und Jugendlichen mit Leseschwächen genutzt?

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Herr Prof. Unland vertritt wieder das Kultusministerium; bitte schön.

Prof. Dr. Georg Unland, Staatsminister der Finanzen: Herr Petzold, auf Ihre beiden Fragen möchte ich die entsprechenden Antworten geben.

Zunächst auf Ihre erste Frage: Das Sächsische Staatsministerium für Kultus, das ich heute vertrete, nimmt keine statistische Erfassung von Schülern mit Leseschwächen vor. Vielmehr geht es darum, Leseschwächen frühzeitig zu erkennen. So werden insbesondere an den Grundschulen verschiedene Leselerntstandsüberprüfungen durchgeführt. Die Ergebnisse werden mit den Schulen ausgewertet und sind die Grundlage für die Erarbeitung schulspezifischer Maßnahmen zur Verbesserung der Lesekompetenz.

Auf Ihre zweite Frage möchte ich wie folgt antworten: Die Entwicklung und Förderung von Lesekompetenz nimmt nicht nur in den von der KMK der Länder zentral verabschiedeten Bildungsstandards für die Jahrgangsstufe 4 und für den mittleren Schulabschluss einen entscheidenden Stellenwert ein, sondern ist auch bereits in den sächsischen Lehrplänen entsprechend verankert und wird nicht nur als Aufgabe des Faches Deutsch, sondern als übergeordnete Aufgabe des Unterrichts in allen Fächern verstanden.

Die Lehrpläne und das Eckpunktepapier Sprachliche Bildung sind auf dem sächsischen Bildungsserver abrufbar. Durch Fortbilder unter anderem zur Verbesserung der Diagnostik und durch Fachberater werden Lehrerinnen und Lehrer bei der Entwicklung individueller Förderprogramme insbesondere auch bei leseschwachen Schülern unterstützt.

Darüber hinaus nutzen die Schulen sowohl die Förderlinie Ganztagsangebote, um spezielle Fördermaßnahmen im Bereich des Lesens zu etablieren, als auch die verschiedenen Projektangebote zur Förderung von Lesesinteresse und Lesemotivation wie das Projekt Lesescouts mit der Stiftung Lesen.

Das Angebot an Projekten bietet den Schulen in Sachsen insgesamt vielfältige Möglichkeiten, um die Lesekompetenz und die Lesemotivation der Schüler gezielt zu fördern.

Winfried Petzold, NPD: Danke schön.

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Danke schön. – Wir kommen jetzt zu Herrn Herbst, Frage Nr. 9. Diese Frage geht auch an das SMK, Herr Unland vertritt wieder das SMK.

Torsten Herbst, FDP: Das wird anstrengend.

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Aber zuerst natürlich die Frage.

Torsten Herbst, FDP: Ich habe zwei Fragen zur Personalsituation an Dresdner Grundschulen an die Staatsregierung:

1. Wie stellt sich die Personalsituation an der 63. Grundschule in Dresden dar, insbesondere im Hinblick auf eine fehlende Klassenlehrerin für die Klasse 1a, und welche Folgen hatte dies auf die Unterrichtsversorgung?

2. Wie stellt sich die Personalsituation und Unterrichtsversorgung an Dresdner Grundschulen derzeit generell dar, insbesondere im Hinblick auf fehlende Klassenlehrer und laufende Abordnungs- und Versetzungsverfahren?

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Bitte, Herr Unland.

Prof. Dr. Georg Unland, Staatsminister der Finanzen: Herr Herbst, meine Enkel sind leider alle noch nicht so alt, sodass ich direkt dazu nichts sagen kann. Deshalb bin ich auf die Informationen des Nachbarministeriums angewiesen und möchte wie folgt darauf antworten:

Unvorhersehbare Personalausfälle waren die Ursachen, dass es noch mit Beginn des Schuljahres an einzelnen Grundschulen, so auch an der 63. Grundschule, zu Schwierigkeiten bei der Besetzung der Klassenleiterfunktion kam.

Inzwischen ist die Übernahme der Klassenleiterfunktion für die Klasse 1a an der 63. Grundschule in Dresden gesichert. Ab dem 15.09.2008, also ab nächster Woche, wird die Klasse von einer im Nachgang neu eingestellten Lehrkraft übernommen. Bis dahin wird die Klasse von einer anderen Kollegin geführt.

Die Unterrichtsversorgung, insbesondere die Kennenlernwerkstatt, mit der die Schülerinnen und die Schüler der ersten Klassen der 63. Grundschule in ihr Schulleben starten, wurde durch die zu vollziehenden Personalmaßnahmen nicht negativ beeinflusst.

Auf Ihre zweite Frage möchte ich wie folgt antworten: Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist für die Dresdener Grundschulen sowohl der Unterricht im Grundbereich als auch im Ergänzungsbereich abgesichert. Alle Klassen haben eine Klassenleiterin oder einen Klassenleiter.

Dass in Vorbereitung eines Schuljahres zur Deckung der Bedarfe Abordnungen und Versetzungen zu vollziehen sind, gehört zum normalen Geschäft der personalführenden Stellen. Natürlich ist es klar: Populär sind derartige Maßnahmen nicht immer. Wir dürfen aber nicht erwarten,

dass Personalausfälle nur dort auftreten, wo es Personalüberhänge gibt.

Die notwendigen Maßnahmen sind im Wesentlichen abgeschlossen. Aufgrund von unvorhersehbaren Personalveränderungen, zum Beispiel durch Langzeiterkrankungen, sind Abordnungen oder Versetzungen gegebenenfalls auch weiterhin erforderlich.

Torsten Herbst, FDP: Danke.

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Danke schön. – Wir kommen jetzt zu Frau Günther-Schmidt, die keine Frage zur Schule hat; Frage Nr. 7. Bitte schön.

Astrid Günther-Schmidt, GRÜNE: Es geht um hohe Belastungen von illegalen und verbotenen Pestiziden in Obst, Gemüse und Getreide.

Die „Sächsische Zeitung“ zitiert in ihrer Ausgabe vom 22. August 2008 Greenpeace-Berichte zu hohen Belastungen an illegalen und gesundheitsgefährdenden Pestiziden in deutschem Obst, Gemüse und Getreide. Besonders betroffen seien frische Kräuter, Himbeeren, Feldsalat, Birnen, Rucola und Johannisbeeren.

Meine Fragen an die Staatsregierung:

1. In wie vielen Proben an Obst, Gemüse und Getreide wurden in den letzten 20 Monaten im Freistaat Sachsen Rückstände verbotener und gesundheitsgefährdender Pestizide nachgewiesen? Ich bitte um Angabe der Anzahl der Gesamtproben, der Proben mit Grenzwertüberschreitungen bezogen auf das jeweilige Obst, Gemüse und Getreide sowie die Herkunft der Produkte.

2. Mit welchen Maßnahmen hat die Staatsregierung jeweils auf die Grenzwertüberschreitungen reagiert und was will sie unternehmen, um diese künftig zu unterbinden?

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Es antwortet Frau Clauß, Staatsministerin für Soziales; bitte schön.

Christine Clauß, Staatsministerin für Soziales: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Frau Abgeordnete Günther-Schmidt! Zur ersten Frage nehme ich wie folgt Stellung: Seit Januar 2007 bis einschließlich August 2008 wurden an der Landesuntersuchungsanstalt für das Gesundheits- und Veterinärwesen Sachsen insgesamt 230 Proben Obst, 291 Proben Gemüse und 179 Proben Getreide von deutschen Erzeugern auf Rückstände an Pflanzenschutzmitteln untersucht. Dabei wurde in sechs der 230 Proben Obst und in sieben der 291 Proben Gemüse je ein Wirkstoff, der in der Bundesrepublik Deutschland in Pflanzenschutzmitteln nicht zulässig ist, bestimmt. In Getreide wurde in keiner der 179 Proben ein nicht zugelassener Pflanzenschutzmittelwirkstoff festgestellt. Die in den Proben bestimmten Rückstandsgehalte nicht zugelassener Wirkstoffe lagen, abgesehen von einer Petersilienprobe von 0,056 mg/kg, stets weit unterhalb von 0,05 mg/kg. Derartige geringe Rückstände geben keinen sicheren Hinweis auf eine illegale Anwendung,

denn sie können beispielsweise auch die Folge von Altrückständen im Boden, von Abdrift oder von Kontaminationen während des Transports oder der Lagerung sein. Nach geltendem deutschen Recht waren alle oben genannten Erzeugnisse verkehrsfähig, denn in keinem Falle überschritten die ermittelten Rückstandsgehalte die in der Rückstandshöchstmengenverordnung jeweils festgesetzten Höchstmengen.

Zur zweiten Frage: Entsprechend den soeben dargestellten Überwachungsergebnissen waren keine Maßnahmen der Staatsregierung notwendig. Auch künftig wird die Staatsregierung der Überwachung von pflanzlichen Erzeugnissen hinsichtlich ihrer Gehalte an Rückständen von Pflanzenschutzmitteln einen hohen Stellenwert im Rahmen der Kontrollen zur Lebensmittelsicherheit einräumen.

Astrid Günther-Schmidt, GRÜNE: Danke schön.

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Danke schön. Wir kommen erneut zu Frau Simon. Bitte stellen Sie die Frage Nr. 4.

Bettina Simon, Linksfraktion: Herr Präsident! Ich habe eine Frage zum ökumenischen Gottesdienst zur konstituierenden Tagung des Kreistages.

Der angehende Landrat des Landkreises Görlitz, Bernd Lange, lud auf Briefpapier des Landrates zu einem gemeinsamen ökumenischen Gottesdienst anlässlich der konstituierenden Tagung des Kreistages Görlitz ein. Der Gottesdienst fand unmittelbar vor Beginn der Kreistagsitzung in dessen Tagungsraum statt.

Meine Fragen an die Staatsregierung:

1. Sieht die Staatsregierung die Trennung von Staat und Kirche durch dieses Agieren des angehenden Landrats gewahrt?
2. Wer trägt die im Zusammenhang mit der Organisation und Durchführung des Gottesdienstes entstandenen Kosten?

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Herr Justizminister Mackenroth, bitte.

Geert Mackenroth, Staatsminister der Justiz: Vielen Dank. – Frau Abgeordnete, die Einladung zu diesem ökumenischen Gottesdienst erging getrennt von der Einladung zur konstituierenden Sitzung des Kreistages des neuen Landkreises Görlitz am 5. September 2008. Der Gottesdienst fand um 08:30 Uhr statt, die konstituierende Kreistagsitzung begann nachfolgend um 09:30 Uhr. Selbstverständlich war die Teilnahme am Gottesdienst freiwillig. Die Staatsregierung sieht den Grundsatz der Trennung von Staat und Kirche in diesem Fall als gewahrt an.

Zur Frage 2: Für die Organisation und Durchführung des Gottesdienstes sind dem Landkreis keine zusätzlichen Kosten entstanden. Die Organisation übernahmen wie regelmäßig die Kirchen in Abstimmung mit dem Beauf-

tragten nach § 11 des Sächsischen Kreisgebietsneugliederungsgesetzes für den Landkreis Görlitz.

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Sie möchten noch eine Nachfrage stellen, Frau Simon?

Bettina Simon, Linksfraktion: Ich habe zwei Nachfragen.

Erstens. Können Sie mir bitte konkret den Paragraphen der Sächsischen Landkreisordnung nennen, in dem geregelt ist, dass der Landrat die Einladung zu einem ökumenischen Gottesdienst auszusprechen hat und dass das in seinen Aufgabenbereich fällt?

Zweitens. Können Sie mir zustimmen, wenn ich Sie um Überprüfung der von Ihnen gemachten Angaben bitte, wenn ich Ihnen die Originaleinladung gebe, wonach die von Ihnen zur Frage 1 gemachten Angaben definitiv nicht stimmen?

Geert Mackenroth, Staatsminister der Justiz: Ich habe nicht gesagt, dass im Kreisgebietsneugliederungsgesetz für den Landkreis Görlitz eine Vorschrift steht, nach der der Landrat zu Gottesdiensten einzuladen hat, sondern ich habe gesagt, dass der Landrat, Herr Lange, Beauftragter nach § 11 dieses Gesetzes gewesen ist. Dazu stehe ich.

Bettina Simon, Linksfraktion: Meine Frage bezog sich auf die Nennung des Paragraphen der Sächsischen Landkreisordnung, in dem die Aufgaben des Landrates definiert sind und wo das steht.

(Unruhe bei der CDU)

Geert Mackenroth, Staatsminister der Justiz: Diese Frage habe ich beantwortet.

Bettina Simon, Linksfraktion: Nein, das haben Sie nicht. Ich würde Ihnen das gern geben.

Geert Mackenroth, Staatsminister der Justiz: Die Einladungen sind bekannt.

Bettina Simon, Linksfraktion: Das, was Sie mir geantwortet haben, ist aber nicht zutreffend. Ich bitte Sie deswegen um Überprüfung, ob das wirklich stimmt.

Geert Mackenroth, Staatsminister der Justiz: Ich habe es Ihnen doch gesagt: Die Einladungen, die Briefe kenne ich. Es sind zwei verschiedene Briefe, eine Einladung und eine Einladung zum ökumenischen Gottesdienst.

Bettina Simon, Linksfraktion: Ich werde darüber nachdenken.

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Herr Petzold, Sie sind mit der Frage Nr. 2 dran.

Winfried Petzold, NPD: Herr Präsident! Es geht um ökologische Bestattungen im Freistaat Sachsen.

Zuerst in Großbritannien angeboten, finden Möglichkeiten einer ökologischen Bestattung auch in der Bundesre-

publik immer mehr Anwendung. Bei einer ökologischen Bestattung kommen unter anderem Särgе aus Korbgeflecht oder aus Wellpappe zum Einsatz. Das aus Stärke und Papier gefertigte Material für Wellpappe ist zu 100 % biologisch abbaubar und löst sich nach etwa drei Monaten auf und beschleunigt zugleich den Zersetzungsprozess der menschlichen Überreste, wie der TÜV-Süddeutschland bereits im Jahr 2000 bestätigte.

Fragen an die Staatsregierung:

1. In welchem Umfang werden gegenwärtig im Freistaat Sachsen seit welchem Zeitpunkt welche Möglichkeiten für ökologische Bestattungen angeboten und in welchem Maße wurden diese bisher genutzt?

2. Wie bewertet die Staatsregierung die Möglichkeit einer ökologischen Bestattung unter umweltpolitischen Gesichtspunkten und in welchem Maße erachtet die Staatsregierung die ökologische Bestattung als förderungswürdige Einrichtung?

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Es antwortet wieder Frau Clauß, die Sozialministerin unseres Landes.

Christine Clauß, Staatsministerin für Soziales: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Abg. Petzold!

Zur ersten Frage: Gemäß dem Sächsischen Bestattungsgesetz muss ein Sarg aus einem festen, gut abgedichteten und einem verrottbaren und umweltverträglichen Material bestehen. Für eine Einäscherung wird verlangt, dass diese in einem hierfür geeigneten umweltverträglichen Sarg zu erfolgen hat. Ein bestimmtes Sargmaterial ist nach dem Gesetzeswortlaut nicht vorgeschrieben. Neben der üblichen in einem Holzsarg können auch andere Materialien, wie beispielsweise Wellpappe, verwendet werden. In Sachsen sind Vollholzsärgе weithin gebräuchlich. Sie bestehen aus biologisch abbaubaren heimischen Gehölzen, wie Kiefer, Eiche und Pappel. Einfachere Särgе für die Feuerbestattung sind in der Regel aus Fichte. Nach der Aussage der Landesinnung der Bestatter Sachsen richten sich die Bestattungsunternehmen nach den Wünschen der Angehörigen, die wiederum überwiegend Särgе aus Fichte und Pappel wünschen. Särgе aus Pappe werden von den Hinterbliebenen dagegen nicht gewünscht.

Zur zweiten Frage: Die Staatsregierung begrüßt unter umweltpolitischen Aspekten die Entwicklung neuer ökologischer Materialien für Särgе. Ganz bewusst ist darauf verzichtet worden, im Gesetzestext ein bestimmtes Sargmaterial vorzuschreiben. Neue Produkte, die den oben genannten Anforderungen entsprechen, können demnach angeboten und verwendet werden. Letztlich bleibt es der Entscheidungsfreiheit der Hinterbliebenen überlassen, in welchem Sarg sie den Verstorbenen beisetzen lassen möchten.

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Danke schön. Frau Günther-Schmidt, Sie sind schon wieder dran, und zwar mit der Frage Nr. 8.

Astrid Günther-Schmidt, GRÜNE: Es geht um die wasserrechtliche Genehmigung für den Betrieb der Eigenschen Trocken- und Umwelttechnik (ETU) GmbH in Altbernsdorf.

Das damalige Landratsamt Löbau erteilte der Firma ETU GmbH mit Datum vom 4. Juli 1994 eine befristete wasserrechtliche Erlaubnis, welche inzwischen formell ungültig und völlig überholt ist, da das Unternehmen nach Erteilung dieser Genehmigung die Zulassung erhalten hat, jährlich deutlich höhere Mengen an Abfällen für die sogenannte biologische Bodensanierung umzuschlagen, als dies zum Zeitpunkt der wasserrechtlichen Genehmigung der Fall war. Die Nebenbestimmung III.1. der damaligen Genehmigung regelt jedoch unmissverständlich, dass bei Veränderung der dem Antrag auf Erteilung dieser wasserrechtlichen Genehmigung zugrunde liegenden Angaben diese ungültig wird.

Deshalb meine Fragen an die Staatsregierung:

1. Wie schätzt die Staatsregierung die Tatsache ein, dass offenbar seit Jahren auf dem Gelände der Firma ETU GmbH ohne notwendige wasserrechtliche Genehmigung dem Betriebszweck nachgegangen wird?

2. Sind der Staatsregierung weitere Unternehmen im Freistaat bekannt, bei denen die Kontroll- und Genehmigungsbehörden ähnlich großzügig über die Einhaltung gesetzlicher Vorgaben hinwegsehen? Ich bitte um Aufschlüsselung nach Branche, Standort und Zeitraum der Duldung.

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Es antwortet Herr Kupfer, Staatsminister für Umwelt und Landwirtschaft.

Frank Kupfer, Staatsminister für Umwelt und Landwirtschaft: Herr Präsident! Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Ich möchte Ihre beiden Fragen wie folgt beantworten:

Zur Frage 1: Die Aussage, dass seit Jahren auf dem Gelände der Firma ETU GmbH ohne notwendige wasserrechtliche Genehmigung dem Betriebszweck nachgegangen werde, ist unzutreffend.

(Heinz Lehmann, CDU: Sehr richtig!)

Die wasserrechtliche Erlaubnis der unteren Wasserbehörde vom 4. Juni 1994 besteht fort. Nach Aussage der zuständigen unteren Wasserbehörde hat sich die Ausgangssituation bezogen auf die wasserrechtlichen Anforderungen gegenüber dem Zeitpunkt der Erteilung der genannten Erlaubnis nicht verändert. Es handelt sich hierbei nur um die Behandlung des Niederschlagswassers, das auf der Hoffläche anfällt. Die gefährlichen Abfälle selbst werden in geschlossenen Behältnissen angeliefert und eingelagert, sodass dadurch keine Verunreinigung des anfallenden Niederschlagswassers erfolgen kann. Technologisch bedingte Abwässer werden der Niederschlagswasserbehandlungsanlage nicht zugeführt. Insofern haben auch höhere Mengen an zu behandelnden Abfällen keinen Einfluss auf die wasserrechtliche Gestattung des Abschei-

ders. Hierfür ist die gleichbleibende Flächengröße und Niederschlagsmenge entscheidend. Nach Aussage der zuständigen unteren Wasserbehörde hat die behördliche Überwachung keine Beanstandungen ergeben. Die genehmigten Einleitwerte sind eingehalten.

Zur Frage 2: Diese Frage ist eine Unterstellung. Im vorliegenden Fall wird, entgegen der in der Anfrage geäußerten Vermutung, nicht über die Einhaltung gesetzlicher Anforderungen großzügig hinweggesehen. Abgesehen davon ist der Staatsregierung kein Fall bekannt, in dem die Kontroll- und Genehmigungsbehörden großzügig über die Einhaltung gesetzlicher Vorgaben hinwegsehen würden.

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Sie haben Nachfragen?

Astrid Günther-Schmidt, GRÜNE: Meine erste Nachfrage: Die wasserrechtliche Genehmigung von 1994 beschreibt ausdrücklich die Dauer dieser Genehmigung. Sie muss zurückgenommen werden, wenn es zu Änderungen innerhalb des Antrages oder des genehmigten Verfahrens kommt. 1998 wurde eine Verdoppelung der Annahme gefährlicher Abfälle genehmigt. Somit wäre diese wasserrechtliche Genehmigung hinfällig.

Ich würde von Ihnen gern wissen, ob es einen Schriftverkehr dazu gibt, dass diese wasserrechtliche Genehmigung dennoch Bestand hat.

Frank Kupfer, Staatsminister für Umwelt und Landwirtschaft: Das ist eine Interpretation von Ihrer Seite. Ich würde das prüfen lassen. Sie bekommen das schriftlich.

Astrid Günther-Schmidt, GRÜNE: Meine zweite Nachfrage: Die wasserrechtliche Genehmigung bezieht sich ausdrücklich auf ein Flurstück. Ich würde von Ihnen gern wissen, auf welche Flurstücke sich die Genehmigung des derzeitigen Betriebes bezieht.

Frank Kupfer, Staatsminister für Umwelt und Landwirtschaft: Das bekommen Sie zusammen mit der ersten Nachfrage beantwortet.

Astrid Günther-Schmidt, GRÜNE: Danke schön.

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Danke schön. – Frau Roth, Sie sind dran. Sie stellen die aktuelle Frage Nr. 5.

Andrea Roth, Linksfraktion: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ganz so aktuell ist die Frage nicht. Ich habe sie nämlich schon einmal im Juli-Plenum gestellt. Es geht um die Abgabe der Abwasserbeseitigungskonzepte bis 30.06.2008. Meine Fragen konnte damals der Herr Minister leider nicht beantworten. Deshalb gebe ich ihm heute erneut die Chance.

Mit der Frist Ende Juni des laufenden Jahres waren alle Aufgabenträger der Abwasserbeseitigung aufgefordert, ihre Abwasserbeseitigungskonzepte nach den neuen – vom SMUL vorgegebenen – Grundsätzen für die Abwas-

serbeseitigung im Freistaat Sachsen für die Jahre 2007 bis 2015 grundlegend zu überarbeiten und den zuständigen Wasserbehörden vorzulegen.

Meine Fragen an die Staatsregierung:

1. Von wie vielen Aufgabenträgern lagen diese Konzepte fristgerecht vor (mit Angabe des prozentualen Anteils aller Träger)?

2. Welche Aufgabenträger haben mit welcher Begründung um Fristverlängerung gebeten?

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Herr Minister Kupfer, Sie haben das Wort.

Frank Kupfer, Staatsminister für Umwelt und Landwirtschaft: Herr Präsident! Frau Abgeordnete! Zur Frage 1: Von den 228 Aufgabenträgern der Abwasserbeseitigung in Sachsen wurden fristgemäß 69 Abwasserbeseitigungskonzepte den zuständigen Behörden vorgelegt. Der größte Teil davon ist noch nicht geprüft.

Zur Frage 2: Von den fehlenden Abwasserbeseitigungskonzepten lagen nach dem Ende der Abgabefrist lediglich von zwölf Abwasserbeseitigungspflichtigen schriftliche Anträge zur Fristverlängerung vor. Eine abschließende Bewertung, insbesondere zu den Gründen, ist gegenwärtig noch nicht möglich.

Andrea Roth, Linksfraktion: Gestatten Sie eine Nachfrage, weil Ihre Antwort nicht so ausführlich war?

Haben die Aufgabenträger eine erneute Frist gesetzt bekommen, bis wann sie endgültig die Abwasserbeseitigungskonzepte abgeben müssen?

Frank Kupfer, Staatsminister für Umwelt und Landwirtschaft: Schnellstmöglich, es gibt keine konkrete Frist. Es ist gesagt worden, dass sie das schnellstmöglich machen sollen.

Andrea Roth, Linksfraktion: Gut. – Ich habe noch eine zweite Nachfrage, Herr Minister. Mit der Funktionalreform ist die Überprüfung der Abwasserbeseitigungskonzepte auf die Kreise übergegangen. Es liegen jetzt verhältnismäßig wenige Abwasserbeseitigungskonzepte vor. Wir schätzen Sie es ein: Werden die Kreise die Überprüfung fristgerecht schaffen können? Halten Sie das für möglich?

Frank Kupfer, Staatsminister für Umwelt und Landwirtschaft: Ich habe großes Vertrauen in die Arbeit der Landkreise.

Andrea Roth, Linksfraktion: Ich danke Ihnen für diese „präzisen“ Auskünfte.

Frank Kupfer, Staatsminister für Umwelt und Landwirtschaft: Sehr gern.

Andrea Roth, Linksfraktion: Ich weiß.

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Frau Herrmann von den GRÜNEN. Sie haben die aktuelle Nr. 10, bitte schön.

Elke Herrmann, GRÜNE: Danke, Herr Präsident. – Bei meiner Frage dreht es sich um die Absicherung der Wasserversorgung für das Naturschutzgebiet Eschefelder Teiche (Kreis Leipziger Land).

Das Naturschutzgebiet Eschefelder Teiche befindet sich im Eigentum des Freistaats Sachsen. In den letzten Jahren verursachte eine ungenügende Wasserzufuhr aufgrund defekter Zuleitungen niedrige Wasserstände im Schutzgebiet. Deshalb konnten einige gefährdete Vogelarten nicht brüten.

Nach Informationen aus Umweltfachverbänden wurde im Sommer 2008 das Pumpenhaus in Frohburg abgerissen, welches für die Wasserversorgung der Teiche unabdingbar ist.

Daraus ergeben sich folgende Fragen an die Staatsregierung:

1. Wie will die Staatsregierung die Wasserversorgung für das Naturschutzgebiet zukünftig sicherstellen (ohne das Pumpenhaus in Frohburg)?

2. Welche Investitionen plant die Staatsregierung in die Sicherstellung der Wasserversorgung der Eschefelder Teiche in diesem Jahr und in den nächsten beiden Jahren (Bitte um Angabe der Höhe der geplanten Investitionen, des Zweckes und des Zeitpunktes)?

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Herr Minister Kupfer.

Frank Kupfer, Staatsminister für Umwelt und Landwirtschaft: Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Zur Frage 1: Die Wasserstände in den Teichen sind abhängig von den Niederschlägen. Das beim Abriss baufällige Pumpenhaus war für die Sicherstellung der Wasserversorgung des Naturschutzgebietes nicht maßgebend. Die Pumpenstation war bereits vorher funktionsunfähig, sodass kein Wasser aus der Whyra in die Eschefelder Teiche übergeleitet werden konnte.

In Jahren mit durchschnittlichen oder reichlichen Niederschlägen sind die Teiche ohne Zupumpen gut gefüllt. Der Schwarzhalstaucher war zum Beispiel 2008 mit mindestens 50 Brutpaaren vertreten. In niederschlagsarmen Jahren profitierten andere Vogelarten, zum Beispiel Watvögel, von den freiliegenden Schlammflächen.

Ob eine künstliche Stabilisierung der Wasserverhältnisse durch Wasserzuführung aus der Whyra tatsächlich notwendig ist, hängt maßgeblich von den hydrologischen Verhältnissen im Teichsystem insgesamt ab. Zurzeit laufen die Vorbereitungen für vertiefende hydrologische Untersuchungen. Damit soll unter anderem geklärt werden, ob sich die natürlich bedingten Verschiebungen der Brutvogelzönose bezüglich der europarechtlichen Verpflichtungen zum Erhalt der Vogelschutzgebiete in noch tolerierbaren Grenzen bewegen werden oder ob und –

wenn ja – welche zusätzlichen Maßnahmen notwendig und angemessen sind.

Eine kontinuierliche, die natürlichen witterungsbedingten Schwankungen ausgleichende Wasserzufuhr wäre nur durch Sanierung des gesamten Pumpensystems zu erzielen. Dazu gehören ein circa 3 Kilometer langes Rohrleitungssystem sowie eine Pumpenstation einschließlich Pumpe, Pumpensumpf und Einhausung. Die SIB schätzt die Sanierungskosten auf 750 000 bis 850 000 Euro. Zusätzlich müssten jährlich circa 25 000 Euro Pumpkosten aufgewendet werden. Vom Ergebnis der hydrologischen Untersuchungen hängt ab, ob diese Investitionen und die nicht unerheblichen Folgekosten gerechtfertigt sind oder nicht.

Zu Ihrer zweiten Frage: Derzeit keine, da wir erst die Ergebnisse der hydrologischen Untersuchungen abwarten.

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Eine Nachfrage? – Frau Herrmann, bitte.

Elke Herrmann, GRÜNE: Herr Staatsminister, können Sie uns die Ergebnisse der Untersuchungen zur Kenntnis geben?

Frank Kupfer, Staatsminister für Umwelt und Landwirtschaft: Jetzt nicht, aber das kann ich schriftlich nachreichen.

Elke Herrmann, GRÜNE: Gut, danke.

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Danke schön. – Frau Roth stellt die nächste Frage; Frage Nr. 6.

Andrea Roth, Linksfraktion: Herr Präsident! Kommen wir zurück zu den Abwasserbeseitigungskonzepten – jetzt der vogtländischen Aufgabenträger. Ich frage die Staatsregierung:

1. Bis zu welchem Termin wird die zuständige Wasserbehörde die Ergebnisse der Überprüfung der Abwasserbeseitigungskonzepte vorlegen?

2. Wie viele Einwohnerinnen und Einwohner müssen bis 2015 ihre Abwasserhältnisse sanieren (bitte unterteilt nach den drei Zweckverbänden)?

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Ich erteile Herrn Staatsminister Kupfer das Wort.

Frank Kupfer, Staatsminister für Umwelt und Landwirtschaft: Herr Präsident! Frau Abg. Roth!

Ich komme zu Ihrer ersten Frage: Grundsätzlich ist die Überprüfung der Abwasserbeseitigungskonzepte bis zum 30. September 2008 vorzunehmen. Die zuständige untere Wasserbehörde hat die Abwasserbeseitigungskonzepte zwar erhalten, wird diese aber wegen unvollständiger Angaben – zum Beispiel fehlende Verbandsbeschlüsse – zurückweisen. Insofern kann ein Termin zur Vorlage der Ergebnisüberprüfung der Abwasserbeseitigungskonzepte noch nicht genannt werden.

Die zweite Frage möchte ich wie folgt beantworten: Da die Abwasserbeseitigungskonzepte des Vogtlandkreises noch nicht geprüft werden konnten, kann zum jetzigen Zeitpunkt auch keine konkrete Aussage über die Anzahl der Bürger, die ihre Abwasserhältnisse sanieren müssen, gemacht werden.

Es tut mir leid, dass ich Ihnen nicht detaillierter antworten kann.

Andrea Roth, Linksfraktion: Ich danke Ihnen trotzdem.

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Herr Lichdi, ich erteile Ihnen – mit der Frage Nr. 11 – das Wort.

Johannes Lichdi, GRÜNE: Vielen Dank, Herr Präsident. Meine Fragen betreffen die Einnahmen aus Melderegisterauskünften.

Fragen an die Staatsregierung:

1. Wie haben sich die Einnahmen der Kommunen des Freistaates Sachsen, insbesondere der Städte Leipzig, Chemnitz und Dresden, aus Melderegisterauskünften seit dem Jahr 2005 entwickelt (Angabe bitte insgesamt und jeweils unterschieden nach Einzelauskünften, Sammelauskünften, Gruppenauskünften an Parteien und sonstigen Gruppenauskünften)?

2. Wie hoch sind die Einnahmen jeweils für 2009 veranschlagt?

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Ich erteile das Wort Herrn Mackenroth, Staatsminister der Justiz.

Geert Mackenroth, Staatsminister der Justiz: Vielen Dank, Herr Abgeordneter.

Ich fasse die Antworten zu den Fragen eins und zwei zusammen. Die Höhe der Gebühren für Melderegisterauskünfte betrug bis zum 8. Juli 2006 6,14 Euro je Betroffenen, mindestens jedoch 7,50 Euro je Auskunft. Seit dem 9. Juli 2006 erheben die Meldebehörden für Einzelauskünfte nur noch eine Gebühr von 4,50 Euro je Betroffenen, mindestens jedoch 5,50 Euro je Auskunft. Die Reduzierung der Gebühren erfolgte anhand einer Kalkulation unter Zugrundelegung des damit verbundenen Verwaltungsaufwandes sowie unter der Berücksichtigung der Bedeutung der Amtshandlung.

Das Sächsische Staatsministerium des Innern – für das ich vertretungsweise spreche – hat bislang keine flächendeckenden Erhebungen bei den Meldebehörden zur Entwicklung der Einnahmen aus Melderegisterauskünften durchgeführt. Das Gleiche trifft auch für die kalkulierten Einnahmen für das laufende und das kommende Jahr zu. Eine umfassende Beantwortung der Anfrage für alle Meldebehörden in Sachsen war mit vertretbarem Aufwand im Rahmen der hierfür zur Verfügung stehenden Zeit nicht möglich.

Zumindest für die Städte Chemnitz und Dresden – Leipzig hat bisher keine Zahlen vorgelegt – lässt sich Folgendes sagen: Seit 2005 sind die Einnahmen für Melderegis-

terauskünfte in diesen beiden Städten deutlich gesunken. Ursache hierfür ist wohl in erster Linie die Reduzierung der Gebührenhöhe im sächsischen Kostenverzeichnis im Juli 2006. Während im Jahre 2005 noch etwa 310 000 Euro in Chemnitz und etwa 570 000 Euro in Dresden für Melderegisterauskünfte eingenommen wurden, belief sich dieser Einnahmenposten im Jahre 2007 nur noch auf etwa 190 000 Euro in Chemnitz und circa 307 000 Euro in Dresden. Das entspricht einer Reduzierung der Einnahmen um 39 bzw. 46 %. Auch für 2008 und 2009 erwarten beide Kommunen einen weiteren Rückgang der Einnahmen, welcher auch mit einem Rückgang der Anfragen zusammenhängt. So rechnet Dresden für 2009 mit Einnahmen von etwa 270 000 Euro und Chemnitz mit Einnahmen von etwa 175 000 Euro.

Johannes Lichdi, GRÜNE: Vielen Dank.

Geert Mackenroth, Staatsminister der Justiz: Bitte schön.

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Herr Lichdi, Sie können gleich Ihre nächste Frage stellen, denn Sie haben das Recht der letzten Frage; Frage Nr. 11.

Johannes Lichdi, GRÜNE: Vielen Dank. Meine Frage dreht sich um die oft gestellte Frage der Bearbeitung von Anträgen der Naturschutzverbände im Rahmen der Förderrichtlinie Nationales Erbe durch den Freistaat Sachsen.

Der Naturschutzbund, Regionalverband Erzgebirge, beantragte im Januar 2008 eine Förderung auf die „Naturschutzberatung für Landnutzer“ und im Mai 2008 die Anlage von Heckenpflanzungen beim Regierungspräsidium Chemnitz. Bis heute haben die Naturschutzverbände auf ihre Anträge weder eine Zusage noch eine Absage erhalten.

Fragen an die Staatsregierung:

1. Wann werden die zahlreichen vorliegenden Förderanträge auf eine „Naturschutzberatung für Landnutzer“ durch den Freistaat – das ist also diese Kategorie – bewilligt (Bitte um Begründung der zögerlichen Bearbeitung)?

2. Warum erhält der oben genannten Umweltverband keine konkreten Aussagen zum Bearbeitungsstand seiner Förderanträge (Bitte um kurze Schilderung des Sachverhaltes)?

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Ich erteile Herrn Staatsminister Kupfer das Wort; bitte schön.

Frank Kupfer, Staatsminister für Umwelt und Landwirtschaft: Herr Präsident! Sehr geehrter Abg. Lichdi!

Die Frage eins möchte ich wie folgt beantworten: Die erforderlichen Verfahrensgrundlagen für den Abschluss der Zuwendungsverträge für die 25 Beratungsgebiete liegen seit Anfang Juni den Regierungspräsidien bzw. Landesdirektionen vor. Im Zusammenhang mit den notwendigen organisatorischen Maßnahmen zur Umset-

zung der Funktionalreform kam es naturgemäß in den Landesdirektionen zu einer Verzögerung bei der Bearbeitung der vorliegenden Anträge – Sie wissen selbst, welcher gewaltige Akt vollzogen werden musste. Entsprechend der zwischenzeitlich durchgeführten Abstimmung des SMUL mit den Landesdirektionen wird nunmehr mit dem Abschluss der Zuwendungsverträge ab Montag kommender Woche begonnen. Ziel der Landesdirektion ist es, die Zuwendungsverfahren bis Ende September abzuschließen.

Zu Ihrer zweiten Frage: Die erforderlichen Verfahrensbestimmungen sind heute Morgen den Landesdirektionen zugegangen, sodass in Kürze auch konkrete Aussagen zum Bearbeitungsstand bei Nachfrage des Umweltverbandes gemacht werden können. Im Übrigen verweise ich auf meine Ausführungen zu diesem Thema in der heutigen Aktuellen Debatte.

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Herr Lichdi, Sie haben noch eine Nachfrage?

Johannes Lichdi, GRÜNE: Ja, Herr Präsident. Vielen Dank. – Wir haben konkret nach dem Antrag des Naturschutzbundes Regionalverband Erzgebirge vom Januar 2008 gefragt. Können Sie dazu Aussagen machen, ob dieser am Montag eine Zusage bekommen wird oder nicht?

Frank Kupfer, Staatsminister für Umwelt und Landwirtschaft: Ich gehe davon aus, dass er nicht anders behandelt wird als andere. Wenn Sie das genau wissen möchten, könnte ich Ihnen das nachreichen.

Johannes Lichdi, GRÜNE: Das würde mich freuen. Danke.

Schriftliche Beantwortung weiterer Fragen

Heiko Kosel, Linksfraktion: Wölfe in der Oberlausitz (Frage Nr. 13)

In jüngster Zeit mehren sich Wolfsrisse. Es machen sich dadurch Befürchtungen unter der Bevölkerung breit.

Fragen an die Staatsregierung:

1. Welche ist die aktuelle Haltung der Staatsregierung zur Forderung des gezielten Abschusses von Wölfen?
2. Wie sollen die Entschädigungen für Schafhalter, deren Tiere von Wölfen gerissen wurden, künftig schneller und effizienter vorgenommen werden?

Frank Kupfer, Staatsminister für Umwelt und Landwirtschaft: Zu Frage 1. Seit Jahresfrist, das heißt seit September 2007, gab es bisher 28 Fälle von Übergriffen des Wolfes auf Schafe und Ziegen in Sachsen.

Rund die Hälfte der Wolfsübergriffe war möglich, weil die Halter der Tiere nicht die empfohlenen zumutbaren Vorkehrungen für das Halten von Nutz- und Haustieren im Vorkommensgebiet des Wolfes ergriffen hatten. Diese Vorkehrungen sind: 90 Zentimeter stromführendes Euronetz mit einem 30 Zentimeter darüber angebrachten Flatterband und/oder Herdenschutzhunde bzw. bei einzelnen Tieren nächtliches Verbringen in den Stall.

Gleichwohl gibt es derzeit mindestens einen einzelnen Wolf, der gelernt hat, die zumutbaren Vorkehrungen zu überwinden. Die genaue Analyse der einzelnen Vorkommnisse ergab jedoch keinerlei Anhaltspunkte, dass die Sicherheitslage der Menschen gefährdet sein könnte. Es handelt sich allein um ein Wildtier-Nutztier-Problem.

Dennoch gibt es Stimmen, die eine Ausdünnung des derzeitigen Wolfsbestandes durch Abschuss fordern.

Für eine derartig vorsorgende Maßnahme gibt es keine rechtliche Möglichkeit, aber bisher auch keine fachliche Veranlassung. Der Wolf unterliegt den strengen Vorschriften

des Artikels 12 der sogenannten FFH-Richtlinie, weil diese Tierart für Deutschland im Anhang IV der Richtlinie gelistet ist. Deshalb besteht ein absolutes Tötungs- und Störungsverbot.

Verstöße dagegen können empfindliche Sanktionen der Europäischen Union zur Folge haben. Für eine vorsorgliche Ausdünnung des Wolfsbestandes durch sächsische Behörden besteht somit keinerlei Spielraum.

Anders liegt der Fall, wenn von einem Einzeltier ein akutes sicherheitsrelevantes Problem ausgehen sollte. Bei aggressivem Verhalten wäre eine sofortige Tötung des Tieres geboten. Die Umstände würden genauestens dokumentiert und der Europäischen Kommission angezeigt.

Um bereits erste Anzeichen etwaigen auffälligen Verhaltens zu erkennen, begleitet der Freistaat Sachsen das Wolfsvorkommen mit einem leistungsfähigen Management. Jedes Ereignis mit Wolfsbeteiligung wird analysiert und bewertet. Bei etwaigen sicherheitsrelevanten Verhaltensauffälligkeiten – und davon kann bisher keine Rede sein – würde auf das auffällig gewordene Einzeltier bzw. den Familienverband mit geeigneten Maßnahmen eingewirkt.

Als Ultima Ratio müsste auf der Grundlage des § 43 Abs. 8 Bundesnaturschutzgesetz eine zu begründende Ausnahme vom Tötungs- und Störungsverbot zugelassen werden. Es ist Vorsorge getroffen, dass in diesem möglichen, aber äußerst unwahrscheinlichen Fall zügig und effizient gehandelt werden kann.

Zu Frage 2. Der Ausgleich derartiger Schäden erfolgt derzeit noch durch eine Mischfinanzierung auf der Grundlage der Härtefallausgleichsregelung nach § 38 Abs. 6 SächsNatSchG und durch das private Engagement der Gesellschaft zum Schutz der Wölfe.

Bei den verschiedenen Fallkonstellationen ergeben sich differenzierte Vorgehensweisen, was jeweils einen ent-

sprechenden Zeit- und Bearbeitungsaufwand zur Folge hat.

Mit Inkrafttreten der beschlossenen Änderung des Sächsischen Naturschutzgesetzes in der zweiten Septemberhälfte ergeben sich einfachere Bearbeitungsabläufe. Dadurch und auf Grundlage klarer Bearbeitungsvorgaben wird der Ausgleich derartiger Schäden schneller und effizienter vorgenommen werden können.

Heiko Kosel, Linksfraktion: Schülerwanderung an sorbischen Schulen (Frage Nr. 14)

Mit der Schließung sorbischer Mittelschulen ergeben sich für sorbische Schüler veränderte Wegstrecken zu Mittelschulen und daraus oft persönliche Konsequenzen, die Auswirkungen auf die Zahl der am weiterführenden Sorbischunterricht teilnehmenden Schüler haben.

Fragen an die Staatsregierung:

1. Welche Veränderungen im angelaufenen Schuljahr bei der Teilnahme am sorbischsprachigen Bildungsgang aus dem sorbischen Siedlungsgebiet sind der Staatsregierung bekannt?

2. Welche Möglichkeiten sieht die Staatsregierung, dem relativen Abgang von Schülern aus dem Sorbischunterricht entgegenzuwirken?

Prof. Dr. Roland Wöller, Staatsminister für Kultus: Zu Frage 1. Die Analysen der Herkunftsgrundschulen für die Schüler der Klassenstufen 5 der Mittelschulen und Gymnasien laufen derzeit an den Schulen des Freistaates. Die Auswertung wird Mitte Oktober im Sächsischen Staatsministerium für Kultus vorliegen.

Aus der Presse – „Serbske Nowiny“ – wurde bekannt, dass „erstmalig in der Geschichte (der Grundschule Räckelwitz) ... nicht alle Schüler weiterführende Schulen mit Sorbischunterricht“ besuchen – so die Schulleiterin der Grundschule Räckelwitz. Weitere Veränderungen sind gegenwärtig nicht bekannt.

Zu Frage 2. Ziel der Staatsregierung ist es, möglichst viele Schüler in der zweisprachigen Lausitz auch zweisprachig auszubilden. Die Erfolge der Revitalisierung der sorbischen Sprache, insbesondere im Norden des Landkreises Görlitz, sind dabei erfreulich.

Soweit Sie auf die Mittelschule in Räckelwitz abstellen, ist festzuhalten, dass die Mittelschule am Ort – Räckelwitz – fortgeführt wird. Die Ihrer Fragestellung vorangestellte Argumentation, dass für neue Schülerströme die Schließung von sorbischen Mittelschulen beigetragen hätte, ist damit offensichtlich unrichtig. Vielmehr scheinen individuelle Gründe zu einzelnen Entscheidungen der Eltern zu führen, ihre Kinder trotz längerer Schulwege an weiterführenden Schulen unterrichten zu lassen, bei denen es explizit kein sorbisches Sprachangebot gibt.

Um auch im sorbischen Kernland jeden Schüler für die sorbische Sprache zu begeistern, sollen die Ergebnisse aus der Evaluation des Konzeptes „2plus“ in vollem Umfang in der Praxis Einzug halten. Dies ist personell unteretzt durch die Gewährung von Anrechnungsstunden für die Koordination der Maßnahmen an allen beteiligten Einzelschulen, das „2-Lehrerprinzip“, um auf unterschiedliche sprachliche Voraussetzungen der Kinder reagieren zu können sowie zusätzliche Stunden zur Absicherung von Fachunterricht in sorbischer Sprache.

Die Sächsische Staatsregierung sieht es als ihre Aufgabe an, zum Erlernen der sorbischen Sprache zu ermutigen und günstige Rahmenbedingungen zu sichern und zu gestalten. Die individuelle Entscheidung für oder gegen die sorbische Sprache wird letztlich von den Einzelnen getroffen und ist zu respektieren.

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Danke schön. – Wir treten nun in die Mittagspause ein.

(Unterbrechung von 12:48 bis 13:40 Uhr)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir setzen unsere Beratung fort. Durch die veränderte Tagesordnung ergeben sich auch veränderte Redezeiten. Ich möchte diese für die Fraktionen noch einmal kundtun: Für die restlichen Tagesordnungspunkte unserer Beratung haben die CDU-Fraktion 64 Minuten, Linksfraktion 48 Minuten, SPD 28 Minuten, NPD, FDP und GRÜNE jeweils 20 Minuten, die Staatsregierung 48 Minuten und die fraktionslosen Abgeordneten je 3 Minuten.

Meine Damen und Herren! Wir kommen zu

Tagesordnungspunkt 3

Kompetenzen der Luft- und Raumfahrttechnik in Sachsen stärken

Drucksache 4/12523, Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD, mit Stellungnahme der Staatsregierung

Hierzu können die Fraktionen Stellung nehmen. Es beginnen die einreichenden Fraktionen CDU und SPD. Danach folgen die Linksfraktion, NPD, FDP, GRÜNE und die Staatsregierung, wenn gewünscht.

Ich erteile den einreichenden Fraktionen das Wort. Herr Abg. Hermsdorfer, bitte.

Thomas Hermsdorfer, CDU: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Meldungen über die Entwicklung der Luft- und Raumfahrtindustrie in Deutschland stimmen uns zuversichtlich. Anlässlich des Luft- und Raumfahrttages, der bezeichnenderweise im April dieses Jahres in Dresden stattfand, vermeldet der Bundesverband, dass

sich die Deutsche Luft- und Raumfahrtindustrie nach dem Jahr 2007 weiter auf Wachstumskurs befindet.

Der Branchenumsatz stieg um 3,8 % auf 20,2 Milliarden Euro. Das sind rund 700 Millionen Euro mehr als 2006. Damit hat die Branche zum zweiten Mal in Folge ein Allzeithoch erreicht. Der positive Trend wirkte sich auch auf die Zahl der Beschäftigten aus. Sie wuchs im Jahr 2007 um 3,2 % auf 88 200 Mitarbeiter in Deutschland. Damit konnte die deutsche Luft- und Raumfahrtindustrie im letzten Jahr 2 700 Arbeitsplätze mehr schaffen.

Der Exportanteil aller Mitgliedsunternehmen stieg im Vergleich zum Vorjahr nochmals um 1,7 % auf nunmehr 75 %. Der Umsatz der zivilen Luftfahrtindustrie wuchs dabei um 6,3 %, von 12,2 Milliarden Euro im Vorjahr auf 13 Milliarden Euro im Jahr 2007. Mit 64,4 % blieb die zivile Luftfahrt im Betrachtungszeitraum größter anteiliger Umsatzträger der deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie. Die Zahl der Mitarbeiter dieses Branchensegmentes stieg 2007 um circa 2 400 auf 57 400, was einem prozentualen Zuwachs um 4,4 % entspricht. – So viel zu den Zahlen dieser Branche.

Ein aktuelles Beispiel aus diesem Jahr, welches es in die Schlagzeilen schaffte, zeigt, dass diese Zahlen mit Erfolg zu untersetzen sind: die Ausschreibung und der Bau von Tankflugzeugen – was nicht der zivile Sektor ist – für die USA, wo sich Airbus gut gegen Boeing in den ersten Runden durchsetzen konnte. Gerade deutsche EADS-Werke sind darin involviert, nicht zuletzt die Elbe Flugzeugwerke hier in Dresden. Das, meine Damen und Herren, sind doch Meldungen, die uns zuversichtlich stimmen.

(Beifall der Abg. Heinz Lehmann, CDU,
und Mario Pecher, SPD, sowie des
Staatsministers Thomas Jurk)

– Vielen Dank. – Für Sachsen sind diese Meldungen sehr positiv zu betrachten, blicken wir doch in der Luft- und Raumfahrtindustrie auf eine sehr lange Tradition in unserem Land zurück. Bereits in den Sechzigerjahren war Sachsen mit mehr als 21 000 Beschäftigten in der Luftfahrtindustrie das Zentrum in Ostdeutschland. Die Entwicklung, Fertigung und Erprobung des ersten deutschen Düsenstrahlpassagierflugzeuges vom Typ 152 ist auf die Arbeit sächsischer Forscher und Ingenieure zurückzuführen.

Auch im Bereich der Fertigung von Motoren, Hydraulikanlagen und Fahrwerken waren die Sachsen führend. Mit der politischen und wirtschaftlichen Wende haben sich viele Unternehmen auf ihre Wurzeln und ursprünglichen Kompetenzen besonnen und sich wieder der Entwicklung von Innovationen im Bereich der Luft- und Raumfahrt gewidmet. Allein in dem im Jahr 2001 gegründeten Kompetenzzentrum Luft- und Raumfahrt Sachsen e. V. sind 20 sächsische Unternehmen mit mehr als 2 300 Mitarbeitern engagiert.

Dieses Netzwerk – ich nannte die Zahlen – setzt heute etwa 290 Millionen Euro auf dem Markt um. Die Not-

wendigkeit zusammenzuarbeiten ergibt sich aus der Kleinteiligkeit der vorhandenen Unternehmen. Fast alle sind dabei kleine und mittelständische Unternehmen, sogenannte KMUs. Hier genau liegt unser Problem.

Viele Unternehmen der Luft- und Raumfahrtbranche sind in ihrer Ausrichtung hoch innovativ. Die sächsischen Universitäten, insbesondere unsere technischen, und die vorhandenen Forschungseinrichtungen – ich nenne die Max-Planck- und Fraunhofer-Institute –, leisten hervorragende Arbeit bei der Materialforschung, der Strömungstechnik und bei weiteren luft- und raumfahrtrelevanten Technologien. Aber eine direkte Verbindung zwischen Unternehmen, besonders den von mir genannten KMUs, die in aller Regel Tagesarbeit leisten müssen, um im nationalen und internationalen Wettbewerb bestehen zu können, ist ohne eine entsprechende externe Koordinierung nur schwer aufrechtzuerhalten.

Entwicklungen aus dem Bereich des Maschinenbaus, der Antriebstechnik, der Forschung im Bereich technischer Textil- und Verbundwerkstoffe, Elemente des Automobilbaus und der Strömungstechnik, der Treibstoffforschung, der Energietechnik, aber auch Elektrotechnik und Elektronik spielen in die Entwicklung neuer Produkte und Module der Luft- und Raumfahrt hinein. Allein schon aus dieser groben Aufzählung, meine sehr verehrten Damen und Herren, sehen Sie, wie komplex das Thema ist. Wir müssen auch konstatieren, dass diese Entwicklung gerade in der Luft- und Raumfahrt in anderen Bereichen unserer Wirtschaft ihren Niederschlag findet, so zum Beispiel im Automobilbau.

Dass das Sächsische Staatsministerium für Wirtschaft und Arbeit zwischenzeitlich unserem Ansinnen bereits gefolgt ist und die strategische Zusammenarbeit zwischen Forschung und Wirtschaft im Rahmen eines Netzwerkes unterstützen wird, sehen wir sehr positiv. Auch im Entwurf des Doppelhaushalts findet diese Zielstellung entsprechenden Niederschlag.

Es muss nun gelingen, schnellstmöglich alle Akteure zu bündeln, um für einen schnellen Erfolg zu sorgen und eine zielgerichtete Netzwerkarbeit zu ermöglichen. Diesen Wunsch verbinden wir auch mit der Vorstellung, dass eine derartige Unterstützung vom Willen aller Beteiligten geprägt sein möge, im Rahmen eines gemeinsamen Engagements zu einem schnelleren wirtschaftlichen Erfolg zu gelangen und auf eine staatliche Unterstützung in absehbarer Zeit zu verzichten – eine Forderung, die auch für die übrigen sächsischen Verbundinitiativen unserer Meinung nach in Erwägung gezogen werden sollte. Nur die finanzielle Beteiligung der Wirtschaft im Rahmen einer durch den Freistaat Sachsen degressiv bereitgestellten finanziellen Unterstützung sichert den Verbundinitiativen und Netzwerken aus unserer Sicht zukünftig die Akzeptanz der Wirtschaft.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Für die SPD-Fraktion spricht Herr Pecher.

Mario Pecher, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Raumfahrt beeinflusst unser tägliches Leben inzwischen stärker, als uns bewusst ist. Der eine oder andere merkt das, wenn er in der Stadt eine Straße sucht und die nette Stimme aus dem technischen Gerät ihm sagt, wo es langgeht.

In Deutschland hängen rund eine Million zukunftssichere Arbeitsplätze von der Luft- und Raumfahrtindustrie ab. Unmittelbar direkt in der deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie sind mehr als 70 000 Menschen beschäftigt, rund die Hälfte davon sind Hochschulabsolventen. Weitere gut 700 000 Menschen arbeiten in der Zulieferbranche für Unternehmen der Luft- und Raumfahrtindustrie.

Die Luft- und Raumfahrttechnik ist damit eine der bedeutendsten Schlüsselbranchen der deutschen Wirtschaft sowie ein Technologiemosor für die zukünftige Entwicklung, und sie ist auch ein positives Beispiel für einen ausgesprochen guten unternehmerischen Erfolg und für wirtschaftlichen Aufschwung. Auch in Sachsen – gestatten Sie bitte den Rückblick – hat insbesondere die Luftfahrtindustrie – die Raumfahrtindustrie würde ich hier nicht so in den Vordergrund stellen – Tradition. Der Flugzeugbau in Sachsen kann auf eine beeindruckende Historie zurückblicken. Bereits um 1920 begründete der hier geborene Erich Meyer die deutsche Segelflugbewegung, und, wie mein Kollege Hermsdorfer sagte, es wurde auch das erste Düsenstrahlflugzeug BAD 152 hier in Dresden, in der sächsischen Landeshauptstadt gebaut. 1960 beschäftigten die Firmen der DDR in der Luftfahrtindustrie rund 24 750 Menschen, davon 21 000 hier in Sachsen.

Der Neubeginn nach der Wende bestand für einige kleine und mittlere Unternehmen in Sachsen darin, sich an ihre Tradition zu erinnern und sich auf speziellen Gebieten der Luft- und Raumfahrttechnik als Zulieferer und Dienstleister zu bewerben. Bestes Beispiel dafür sind die Dresdner Flugzeugwerke, die wir als Fraktion selbst besichtigt haben und die ein eindrucksvolles Beispiel liefern, wie Technologie und Innovation für den Wirtschaftsstandort Sachsen gut sind.

(Beifall des Staatsministers Thomas Jurk)

Außerdem beliefern zahlreiche sächsische Forschungseinrichtungen, die Institute der Fraunhofer-Gesellschaft und die Max-Planck-Institute mit ihren Erkenntnissen und wissenschaftlichen Untersuchungen die Firmen der Luft- und Raumfahrtindustrie. Folgerichtig gründete sich im November 2001 der Verein Kompetenzzentrum für Luft- und Raumfahrttechnik Sachsen e.V. Das LRT, das seit 2004 assoziiertes Mitglied des Bundesverbandes der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie ist, hat die Interessenvertretung für die sächsische Luft- und Raumfahrttechnik übernommen und begonnen, ein regionales Netzwerk in Sachsen aufzubauen. Dabei konzentrieren sich die Aktivitäten vor allem auf die Bündelung regiona-

ler Interessen, Koordination der beteiligten Unternehmen und Einrichtungen zur besseren Erschließung synergetischer Effekte, Akquise von Aufträgen für den Standort Sachsen, ganz besonders wichtig, Netzwerkbildung für engere Zusammenarbeit in Forschung und Entwicklung mit regionalen Industriepartnern und natürlich die Identifikation von Marktnischen.

Meine Damen und Herren! 2007 gab es in Sachsen 27 Unternehmen, Forschungseinrichtungen und Dienstleister im Bereich der Luft- und Raumfahrtindustrie. Die dort beschäftigten 5 000 Mitarbeiter erwirtschaften jährlich einen Umsatz von circa 540 Millionen Euro mit einer Steigerung von 35 %, bundesweit sind das 22 %, zwischen 2004 und 2006. Im gleichen Zeitraum stieg erfreulicherweise auch die Zahl der Beschäftigten um 14 %.

Aufgrund des steigenden Luftverkehrsaufkommens ist die Luftfahrtindustrie weltweit kontinuierlich auf Wachstumskurs, an dem die sächsischen Unternehmen auch weiterhin teilhaben wollen, um hier besonders die Herausforderungen der Energiekrise zu meistern, also günstiger im Luftverkehr zu agieren, Treibstoff einzusparen bzw. nach vollkommen neuen Lösungen zu suchen.

Die überwiegend kleinen und mittelständischen Unternehmen der Branche in Sachsen haben nur durch Kooperation die Chance, als kompetente und wettbewerbsfähige Partner in die Zulieferer- und Dienstleistungsketten der weltweit wenigen großen Verkehrsflugzeugbauer aufgenommen zu werden. Deshalb wurde Mitte 2008 die Aerospace Initiative Saxony, kurz AIS, ins Leben gerufen mit dem Ziel, innovative Projekte anzuschließen und so Markteintrittsbarrieren zu mindern. Gefördert wird die Verbundinitiative von 2008 bis 2010 mit immerhin 750 000 Euro. Damit soll ein regionales Netzwerk der Luft- und Raumfahrttechnik entwickelt werden, das Forschung und Wirtschaft miteinander verbindet; denn nur durch diese Kooperation können Wachstumspotenziale erschlossen werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist gut, dass der Cluster Luft- und Raumfahrttechnologie ein sich selbst tragender Wachstumskern ist. Er umfasst schon eine kritische Masse an Unternehmen, Arbeitskräften und technologischem Know-how. Die zunehmende Spezialisierung der Unternehmen verspricht ein hohes Maß an Innovationsfähigkeit und Wachstumspotenzial. Die Hightechbranche Luft- und Raumfahrtindustrie bündelt nahezu alle strategischen Schlüsseltechnologien. Mit ihren Forschungs- und Entwicklungsergebnissen sowie ihrem technologischen Know-how strahlt sie auf viele Industriezweige aus und fördert so die Region als technologieorientierten innovativen Industriestandort. Der Freistaat Sachsen ist hier auf einem guten Weg. Ich bitte um Zustimmung zu diesem Antrag.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD und des Staatsministers Thomas Jurk)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Für die Linksfraktion spricht Herr Abg. Hilker; bitte.

Heiko Hilker, Linksfraktion: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Hermsdorfer und Herr Pecher, ich verstehe nicht so recht, worum es Ihnen geht. De facto haben Sie den Bericht der Staatsregierung vorweggenommen, und zwar genau den Bericht, den Sie mit Ihrem Antrag eingefordert haben.

(Beifall bei der FDP, den GRÜNEN
und vereinzelt bei der NPD)

Um zum Ursprungstext zu kommen. Das Thema ist „Kompetenzen der Luft- und Raumfahrttechnik in Sachsen stärken“. Und dann kommt es: Der Landtag möge beschließen, die Staatsregierung zu ersuchen, dem Landtag zu berichten,

erstens, wie sich die Branche der Luft- und Raumfahrttechnik im Hinblick auf Umsatz und Arbeitsplätze entwickelt hat;

zweitens, über welche Bildungs- und Forschungskapazitäten Sachsen im Bereich der Luft- und Raumfahrttechnik verfügt;

drittens, wie die Staatsregierung die Zukunftschancen der Luft- und Raumfahrtindustrie in Sachsen auch unter Berücksichtigung der am 1. April 2008 gestarteten Verbundinitiative einschätzt;

viertens, welche Aufgaben und Ziele die Verbundinitiative verfolgen soll; und

fünftens, welche Unterstützung der Verbundinitiative die Staatsregierung über welchen Zeitraum plant.

Vier Wochen nach Eingang Ihres Antrages sagt Ihnen Staatsminister Jurk zu, dass, wenn der Landtag oder der zuständige Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit diesen Antrag beschließen wird, er natürlich diesem Wunsch nachkommt und einen entsprechenden Bericht vorlegt. Sie hätten also diesen Bericht abwarten können bzw. liegt dieser Bericht mittlerweile vor, weil der Kollege Schmalfuß von der FDP-Fraktion genau Ihr Antragsbegehren in Fragen gekleidet und der Wirtschaftsminister Anfang September dieses Jahres darauf geantwortet hat.

Ich denke, es ist nicht angemessen, an dieser Stelle nur das zu wiederholen, was wir alle wissen, um die Probleme zu beschreiben, sondern der Landtag sollte vielleicht auch beschließen, wie die Probleme gelöst werden sollen. Und dazu war von Ihnen, Herr Hermsdorfer, und von Ihnen, Herr Pecher, kein Wort zu vernehmen.

(Beifall bei der Linksfraktion)

Dieser Antrag, meine Damen und Herren, ist meiner Meinung nach hinfällig. Gestatten Sie mir aber noch zwei Worte zu diesem Antrag. Ich würde die Koalitionsfraktionen doch bitten, wenn sie von Dritten abschreiben, dies in ihrer Begründung auch zu kennzeichnen. Wenn Sie also einfach wortwörtlich Zitate von den Flyern der Aerospace

Initiative übernehmen, würde es sich doch schon gehören, dies zu kennzeichnen.

Zum Zweiten steht die Frage: Warum muss diese Initiative überhaupt gefördert werden? Es gibt das Institut für Luft- und Raumfahrttechnik Sachsen und Thüringen. Die Masse der Unternehmen, die an der jetzigen Initiative beteiligt ist, war auch schon an dieser Initiative beteiligt. Die Frage ist: Warum brauchen wir eine neue Gesellschaft? Warum brauchen wir ein neues Netzwerk? Warum brauchen wir eine neue Struktur? Warum müssen wir über drei Jahre hinweg zusätzlich 57 000 Euro ausgeben? Ja, weil eine neue Gesellschaft, die GWT, die jetzt zur TU Dresden gehört, beteiligt werden soll. Ich kann darin für den Freistaat Sachsen, für die Unternehmen keinen Mehrwert erkennen.

Vielleicht gelingt es ja Wirtschaftsminister Jurk, mich vom Gegenteil zu überzeugen. Meinetwegen können Sie über den Bericht abstimmen lassen; Sie können einen neuen Bericht einfordern. Das heißt de facto nur, dass Sie mit den Antworten von Staatsminister Jurk auf die Kleine Anfrage von Herrn Schmalfuß nicht zufrieden sind.

(Beifall bei der Linksfraktion,
der FDP und den GRÜNEN)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Die NPD-Fraktion; Herr Delle, bitte.

Alexander Delle, NPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Nun ist es also endlich soweit: Nach mehrmaligem Absetzen können wir hier und heute über die sächsische Luft- und Raumfahrt reden. Doch weshalb, meine Damen und Herren, wurde nur die Luft- und Raumfahrttechnik auserwählt und nicht auch die ebenfalls noch tauforsche Verbundinitiative Erneuerbare Energien? Will man damit im nächsten Monat mit dem Antrag die Lücke füllen oder eignet sich dieses Thema aufgrund des energiepolitischen Streits innerhalb der Regierungskoalition erst gar nicht für einen Antrag?

Vielleicht wurde aber auch der vorliegende Antrag nur deshalb gestellt, weil Herr Staatsminister Jurk in seiner Rede zu den Verbundinitiativen vor einigen Monaten nicht eine Silbe zur Luft- und Raumfahrttechnik verloren hat. Mag sein, dass es ihm peinlich war, die sächsische Luft- und Raumfahrttechnik großartig zu thematisieren, wenn man sich vor nicht allzu langer Zeit anlässlich einer Anhörung sagen lassen musste, dass es im Freistaat mit der Breitbandversorgung des Internets nicht weit her sei. Kein Internet, aber Weltraumpolitik – vielleicht auch nicht unbedingt sehr volksnah.

Aber, meine Damen und Herren, CDU und SPD möchten mit ihrem Antrag in Erfahrung bringen, wie sich die LRI mit Blick auf Umsatz und Arbeitsplätze entwickelt hat. Herr Pecher hat sich eigentlich schon einen Großteil des vorliegenden Antrages selbst beantwortet. In Sachsen lag der gesamte Umsatz zuletzt bei 540 Millionen Euro und davor zwischen 2004 und 2006 gab es eine Steigerung um 35 %. Die Zahl der Beschäftigten stieg um 14 % und

betrug im Jahr 2007 in 27 Unternehmen 4 660 Beschäftigte – davon 1 143 bei der EADS Elbflugzeugwerke GmbH Dresden. Zur Frage nach Art und Zeitraum der Unterstützung der Verbundinitiative, die CDU und SPD in dem Antrag bewegen, lässt eine Pressemitteilung des SMWA wissen, dass die Verbundinitiative von 2008 bis 2010 mit 750 000 Euro gefördert werden soll.

Zu nachgefragten Forschungs- und Bildungskapazitäten wird seitens der Staatsregierung auf das aus der TU Dresden ausgegründete universitäre Zentrum für Luft- und Raumfahrt (UZLR) und die Ausbildung von Ingenieuren verwiesen werden.

Sie sehen, meine Damen und Herren, im Großen und Ganzen handelt es sich eben doch nur um einen Schaufensterantrag, der als Plattform einer Selbstdarstellung der Leuchtturmpolitik der Staatsregierung dienen soll. Dies wird noch klarer, wenn man sich die Schwerpunkte der sächsischen Luft- und Raumfahrttechnik betrachtet, die ein Abbild der milbradtschen Leuchtturmphilosophie zeichnen. Mit Ausnahme vielleicht der Oberlausitzer Luftfahrttextilien GmbH liegen die Schwerpunkte in Dresden und Freiberg – womit sich die Frage stellt, inwieweit die Staatsregierung mit ihrer Förderung der Verbundinitiativen auch raumordnungspolitische Ziele verfolgt.

Mit dem Konzept der Verbundinitiativen und/oder der Clusterbildung sollen die Nachteile der Kleinteiligkeit kompensiert werden, um insbesondere die mittelständische Unternehmenslandschaft am Leben zu halten. Das ist betriebs- und volkswirtschaftlich mit Sicherheit löblich. Doch würde die NPD-Fraktion es begrüßen, wenn der Kriterienkatalog des förderwürdigen Clusterkonzeptes um Kompensationswirkungen benachteiligter Regionen erweitert würde. Dass dies so nicht gedacht war, ist speziell an der Verbundinitiative Luft- und Raumfahrt ersichtlich; und dass dies noch nicht vorgesehen ist, ist aus dem defizitären Fragenkatalog des vorliegenden Koalitionsantrages abzuleiten.

In der Hoffnung, aufgrund unserer Kritik dennoch eine akzeptable Auskunft der Staatsregierung provoziert zu haben, wird die NPD-Fraktion aber dem vorliegenden Berichtsantrag leidenschaftslos zustimmen können.

Danke schön.

(Beifall bei der NPD)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Die FDP; Herr Dr. Schmalfuß, bitte.

Dr. Andreas Schmalfuß, FDP: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Laut Überlieferungen beendete der Römische Senator Cato alle seine Reden mit dem gleichen Ausspruch: „Im Übrigen bin ich der Meinung, dass Karthago zerstört werden muss.“

Wenn man sich eine Vielzahl der Anträge der Fraktionen der CDU und der SPD anschaut – wie auch den vorliegenden –, ist man versucht, seine Rede stets mit dem

gleichen Ausspruch zu beginnen: „Im Übrigen bin ich der Meinung, dass es die Möglichkeit der Kleinen Anfrage gibt.“

(Beifall bei der FDP, den GRÜNEN
und vereinzelt bei der NPD)

Denn, meine sehr verehrten Damen und Herren der Koalition, was Sie uns hier wieder einmal als Antrag vorgelegt haben, stellt doch geradezu das Idealformat einer Kleinen Anfrage dar: fünf Berichtsfragen und keinerlei Forderungen. Man ist geradezu geneigt, einen Änderungsantrag mit dem folgenden Vorschlag einzureichen: „Bitte ersetzen Sie das Wort ‚Antrag‘ durch ‚Kleine Anfrage‘. Formulieren Sie Ihre Antragspunkte in Fragen um und wenden Sie sich mit dem überarbeiteten Dokument an den Parlamentarischen Dienst des Hauses.“

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren der Koalition, die FDP-Fraktion hat Ihnen diese Arbeit sogar abgenommen. Lesen Sie die Antworten auf die Kleine Anfrage „Luft- und Raumfahrttechnik Sachsen“, Drucksache 4/12692, und erklären Sie Ihren überflüssigen Antrag für erledigt.

(Beifall bei der FDP und den GRÜNEN)

Übrigens scheinen Sie ja in Ihrer Verbundinitiativenorgie

(Heiterkeit bei der FDP)

schon selbst ganz die Orientierung verloren zu haben: Im Mai haben wir hier den CDU/SPD-Antrag „Sächsische Verbundinitiativen – Ergebnisse und Perspektiven“, Drucksache 4/9634, behandelt. Voraussichtlich zum Plenum im Oktober 2008 soll diesbezüglich ein umfassender Bericht der Staatsregierung vorgelegt werden. Dies hat das SMWA zumindest in einem Schreiben vom 22. Juli 2008 mitgeteilt.

Was wollen Sie jetzt eigentlich noch – einen Bericht zum Bericht vielleicht? Auch wenn einige unter Ihnen jetzt lachen werden – genau das hat die Koalition in ihrem Antrag „Bahntechnikstandort Sachsen stärken – Kräfte bündeln“, Drucksache 4/12561, im vergangenen Wirtschaftsausschuss beschlossen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, eine gute Rede hat nach Mark Twain einen guten Anfang und ein gutes Ende; und beides sollte möglichst dicht nebeneinander liegen. Zum substanzlosen Antrag der Koalition ist fast alles gesagt – außer dass wir als FDP-Fraktion diesen Antrag natürlich ablehnen werden.

(Beifall bei der FDP)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Die Fraktion GRÜNE erhält das Wort; Herr Weichert, bitte.

Michael Weichert, GRÜNE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wer erinnert sich nicht an die hinreißende Geschichte „Die Kuh im Propeller“ von Michail Sostschenko, die Manfred Krug auf der Platte „Lyrik, Jazz, Prosa“ so herrlich interpretiert hat. Zentrale Bot-

schaft des Grigori Kossonossow, des Wächters der Fliegerschule, war, als er in sein Dorf auf Urlaub kam: „Ich rede über das Flugwesen. Es entwickelt sich bei uns, Genossen Bauern! Nichts dagegen zu sagen. Was wahr ist, ist wahr.“

(Heiterkeit und Beifall bei den GRÜNEN
und der CDU – Marko Schiemann, CDU: Es ist
auch schon eine Kuh in den Propeller gekommen!)

Meine Damen und Herren! Seit jeher hat der Traum vom Fliegen einen hohen Stellenwert in unserer Fantasie, was sich in vielen Fabeln, Sagen, Liedtexten und eben neuerdings auch in Berichtsanträgen im Sächsischen Landtag ausdrückt. Als „raumfahrtpolitischer Sprecher“ meiner Fraktion

(Heiterkeit und Beifall bei den GRÜNEN,
der Linksfraktion und der FDP)

war mein erster Gedanke, als ich den Antrag las: Hier müssten wir eigentlich Rederecht für Sigmund Jähn beantragen.

(Heiterkeit)

Meine Damen und Herren! Während die sächsische Luft- und Raumfahrt dank der kürzlich gegründeten Verbundinitiative zum Looping ansetzt, frage ich mich, was die Navigatoren der Regierungskoalition dazu bewogen hat, diesen Antrag zum Gegenstand einer Plenardebatte zu machen. Hat sich etwa schon so kurz nach dem Start der Verbundinitiative herausgestellt, dass die Schubkraft nicht reicht? Oder möchten CDU und SPD nach fünf Monaten bereits zur Zwischenlandung ansetzen und die ersten Projektergebnisse präsentieren?

(Dr. Matthias Rößler, CDU: Die ersten
Menschen auf dem Mond sind unser Ziel!)

Meine Damen und Herren! In dem Song „Major Tom“ von Peter Schilling heißt es an einer Stelle: „Im Kontrollzentrum, da wird man panisch. Der Kurs der Kapsel, der stimmt ja gar nicht.“

(Heiterkeit und Beifall bei den GRÜNEN,
der Linksfraktion und der FDP)

Es nimmt zwar kein gutes Ende mit Major Tom. Neidisch kann man trotzdem sein; denn die haben immerhin ein Kontrollzentrum und wissen zumindest, wie der Kurs sein müsste.

(Fortgesetzte Heiterkeit bei den GRÜNEN,
der Linksfraktion und der FDP)

Schauen Sie auf die Website der Verbundinitiative, sehen Sie, dass dort außer einigen Allgemeinplätzen nicht viel zu finden ist. Von einem Kurs also keine Spur! Es drängt sich der Verdacht auf, dass die Staatsregierung sich zunächst ein Thema ausdachte, danach eine Verbundinitiative gründete, um anschließend zu überlegen, was man eigentlich damit machen will.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nun, sehr geehrter Herr Staatsminister Jurk, ich wünsche Ihnen gute Einfälle und viel Freude am nächsten Lieblingskind der sächsischen Wirtschaftsförderung. Gleichzeitig möchte ich vor überzogenen Erwartungen warnen. 750 000 Euro sind zwar eine Menge Geld, aber verteilt auf die Projektlaufzeit kann damit – außerhalb des Projektmanagements und ein paar Werbemitteln – nicht allzu viel gemacht werden. Die kämen dann in erster Linie der EADS Elbe Flugzeugwerke GmbH Dresden zugute. Das Unternehmen repräsentiert mit rund 1 150 Beschäftigten die Hälfte der regionalen Luft- und Raumfahrtindustrie. Der Rest verteilt sich auf reichlich 20 kleine und mittelständische Unternehmen, Forschungseinrichtungen und Dienstleister.

Das Wirtschaftsministerium teilt dazu mit, die Branche in Sachsen sei klein, habe aber großes Wachstumspotenzial. Dieses Potenzial zu fördern und die Branche weltmarktfähig zu machen ist das ehrgeizige Ziel der Staatsregierung. Ob es ihr gelingen wird, den Vogel in die Luft zu bekommen, ist angesichts der bescheidenen Ausgangslage fraglich. Gelingt der Start, stellt sich die Frage, wohin die Reise gehen könnte. Um möglichst viele Fliegen mit einer Klappe zu schlagen, fordere ich ein sächsisch-chinesisches Joint Venture in Form eines Taikonautenzentrums in Ostsachsen. Standort dieser visionären Idee könnte Hirschfelde bei Zittau sein, denn mit dem seit Juni 2005 angedachten Atomkraftwerk an der Neiße wäre bereits die Energieversorgung des Zentrums gesichert.

(Heiterkeit und Beifall bei den GRÜNEN,
der Linksfraktion und der FDP)

Gelingt es uns, Hirschfelde neben Baikonur, Cape Canaveral und Morgenröthe-Rautenkranz als Standort zu etablieren, wäre dies ein kleiner Schritt für die Menschheit, jedoch ein gewaltiger Sprung für Sachsens luft- und raumfahrttechnische Kompetenz.

(Beifall bei den GRÜNEN, der Linksfraktion,
der FDP und vereinzelt bei der CDU –
Volker Bandmann, CDU:

Der Heiße-Luft-politische Sprecher Lichdi
durfte heute wohl gar nicht ans Mikro?)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Es fällt schwer, wieder sachlich zu werden. Vielleicht gelingt es mit dem Beitrag der Staatsregierung. Herr Minister Jurk, bitte.

Thomas Jurk, Staatsminister für Wirtschaft und Arbeit: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr verehrte Vorredner, warum wollen wir die Luft- und Raumfahrtindustrie in Sachsen stärken? Sollte Sachsen sich nicht auf seine Kernkompetenzen, etwa die Zulieferindustrie und den Maschinen- und Anlagenbau, konzentrieren und diese High-Tech-Industrie anderen Bundesländern, anderen Staaten überlassen? Nein, das wäre ein großer Fehler. Sachsen braucht diese Industrie und hat auch in diesem Bereich eine Menge zu bieten. Dieses gute Fundament gilt es auszubauen.

Sehr verehrter Michael Weichert, wir sind längst über den Werbefeldzug des Grigori Kossonossow hinaus. Ich dachte eigentlich, dass wir gemeinsam in Kasan – bei unserem Besuch in Russland – gesehen hätten, wie interessiert man gerade auch an der sächsischen Luft- und Raumfahrtindustrie ist.

Jawohl, in Sachsen hatte der Flugzeugbau Tradition. Bei uns wurde an der Entwicklung des Segelflugzeugs gearbeitet. Hier wurde das erste deutsche Düsenverkehrsflugzeug konstruiert und gebaut. Die beiden Vorredner, Herr Hermsdorfer und Herr Pecher, haben darauf hingewiesen: Es handelte sich dabei um die vierstrahligen 152, oder sollten wir besser sagen, die BAD 152, benannt nach ihrem Konstrukteur Brunolf Baade. Zwar scheiterte sie letztlich an der politischen und wirtschaftlichen Situation; es bleibt aber die herausragende ingenieurtechnische Leistung, die vor nunmehr 50 Jahren beim Roll-Out aus der Montagehalle in Dresden der Öffentlichkeit vorgestellt wurde.

Aber Tradition allein genügt uns nicht. Uns müssen die Aufgabenstellungen der Zukunft interessieren. Die Luftverkehrsbranche zählt zu den dynamischsten Wirtschaftszweigen überhaupt. Alle Prognosen gehen davon aus, dass die Branche trotz hoher Kerosinpreise und Klimawandel langfristig kontinuierlich auf Wachstumskurs ist.

Gründe sind zum einen das steigende Luftverkehrsaufkommen in den aufstrebenden Ländern Asiens, zum anderen die durch Kraftstoffpreise und Klimawandel erzwungene Modernisierung. Dadurch werden in Deutschland im nächsten Jahrzehnt Tausende neuer Arbeitsplätze entstehen. Hiervon kann, hiervon sollte auch unser Freistaat Sachsen profitieren. Hier bei uns sollen die hochwertigen, zukunftsfähigen und gut bezahlten Arbeitsplätze entstehen, die diese Branche wahrlich zu bieten hat. Denn wir bilden die Techniker und Ingenieure aus, die diese Unternehmen brauchen.

Die Bedeutung der Branche reicht aber noch weiter. Die Luft- und Raumfahrtindustrie ist seit jeher ein Technologieschrittmacher. Diese High-Tech-Branche bündelt Schlüsseltechnologien. Mit ihren Forschungs- und Entwicklungsergebnissen und ihrem technologischen Know-how strahlt sie auch auf andere Industriezweige aus. So fördert sie die Bedeutung unserer Region als technologieorientierter, ja innovativer Industriestandort. Diese Industriekultur, dieses Ansehen braucht Sachsen, um für die Unternehmen und die Fachkräfte interessant zu sein, die wir zum Bleiben, zum Wiederkommen, zum Herkommen bewegen wollen. Die Weiterentwicklung und Stärkung der Luft- und Raumfahrtindustrie in Sachsen ist daher notwendig für eine gesunde, vielfältige, zukunftsfähige Industriestruktur.

Was hat Sachsen im Bereich der Luft- und Raumfahrtindustrie auch heute vorzuweisen? Es ist schon angesprochen worden: Jawohl, wir haben die Elbe Flugzeugwerke als Großunternehmen. Aber wir verfügen auch über etliche mittelständische und kleinere Unternehmen, die schon heute – wenigstens zu einem Teil – für die Luft-

und Raumfahrt arbeiten. Viele andere Unternehmen bieten Produkte und Ideen an, die das Potenzial haben, in Zukunft in der Luft- und Raumfahrtindustrie Verwendung zu finden. So könnten sie neue Abnehmer und Aufträge gewinnen.

Aber die sächsischen Unternehmen der Luft- und Raumfahrtindustrie sind eher klein. Das ist ein Problem im globalen Wettbewerb, dem sich die schon immer globale Luft- und Raumfahrtindustrie stellen muss. Die großen Verkehrsflugzeugbauer arbeiten in der Regel nicht mit kleinen Zulieferern zusammen. Ihr Geschäftsmodell geht dahin, dass Systemanbieter komplette Teile anliefern, die nur noch endmontiert werden. Die sächsischen Unternehmen müssen daher zusammenarbeiten und sich als Zulieferer dieser Systemanbieter etablieren. Unterstützt werden sie hierbei seit April dieses Jahres von der Verbundinitiative der sächsischen Luft- und Raumfahrtindustrie, der AeroSpace Initiative Saxony, kurz: ASIS. Ich sage an dieser Stelle ausdrücklich: Im Gegensatz zum LRT, dem Kompetenzzentrum Luft- und Raumfahrt Sachsen/Thüringen, handelt es sich dabei nicht nur um einen Verein. Das ist wirklich eine Initialzündung in Form eines neuen Netzwerks.

Es ist eine sächsische Verbundinitiative, gestaltet nach dem Erfolgsmodell der sächsischen Automobilzulieferindustrie, AMZ, dem Maschinen- und Anlagenbau, VEMAS, und anderen Branchen. Sie nimmt jetzt Vernetzung, Technologietransfer, Ansiedlung und Fachkräfteentwicklung unserer Luft- und Raumfahrtindustrie in die Hand.

Es sollte unser gemeinsames Ziel sein, der sächsischen Luft- und Raumfahrtbranche zum Wohl der Menschen und zum Wohl der Industriestruktur zu einer weiterhin positiven Entwicklung zu verhelfen. Selbstverständlich werde ich dem Sächsischen Landtag weiterhin Rechenschaft darüber ablegen.

(Beifall bei der SPD und der CDU)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Das Schlusswort hat jetzt ein Vertreter der Koalition; Herr Hermsdorfer, bitte.

Thomas Hermsdorfer, CDU: Frau Präsidentin! Herr Staatsminister, ich darf mich ganz außerordentlich für die zielführende Darstellung Ihrerseits bedanken, was die Zielstellung für ein entsprechendes Netzwerk in der Luft- und Raumfahrt betrifft. Wie oft haben wir nicht zuletzt in diesem Plenarsaal und im Wirtschaftsausschuss darüber diskutiert, was wir denn mit unseren kleinteiligen KMUs anfangen. Wie schaffen wir es, diese KMUs darüber hinaus noch an Fraunhofer-Instituten und an Universitäten im Freistaat Sachsen so zu etablieren, dass diese letztlich den Weg in die Wirtschaft finden und an entsprechenden Großprojekten sowohl national als auch international teilhaben? Herr Staatsminister Jurk hat auf diese Frage ausreichend geantwortet: dass es genau unser Ziel ist, die kleinen KMUs, die nicht nur in Chemnitz, Freiberg und Dresden angesiedelt sind, sondern auch aus Flöha und Ostsachsen kommen, zu bündeln und genau in diesen

Großprojekten unterzubringen, um dort die Verbindungen herzustellen und damit letztlich zum wirtschaftlichen Erfolg dieser KMUs beizutragen. Das ist ein hehres Ziel und es rechtfertigt auch eine solche Verbundinitiative, deren Beispiele wir im Automobilbau finden, wo wir uns über alle Fraktionen hinweg immer wieder positiv geäußert haben, wie prima es ist, an die großen Produzenten BMW, Mercedes Benz, Volkswagen und viele andere heranzutreten und damit erfolgreich zu sein.

Herr Kollege Weichert, ich schätze durchaus eine solche aufmunternde Rede gerade bei einer gewissen Ermüdung nach der Mittagspause, aber so lächerlich würden es die KMUs in unserem Land nicht finden, wenn wir es allein auf einen solchen Beitrag reduzieren würden.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Wir etablieren mit dieser Initiative eine weitere Branche in unserem Land, deren Grundlagen in Forschung und

Entwicklung liegen und die letztlich eine Überführung in Arbeitsplätze und marktreife Produkte finden müssen. In diesem Sinne unterstützen wir weiterhin diese Netzwerkinitiative. Es wird vielleicht nicht die letzte sein, aber sicher eine erfolgreiche.

Den vorliegenden Antrag darf ich in dieser Form als erledigt betrachten. Ich darf aber anmelden, dass wir uns weiterhin damit beschäftigen werden.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Meine Damen und Herren! Sie haben es vernommen: Die Abstimmung zu diesem Antrag erübrigt sich. Damit beenden wir den Tagesordnungspunkt.

Ich rufe auf

Tagesordnungspunkt 4

Anhebung des Beitrages zur gesetzlichen Rentenversicherung für Bezieher/innen von Arbeitslosengeld II

Drucksache 4/11135, Antrag der Linksfraktion, mit Stellungnahme der Staatsregierung

Hierzu können die Fraktionen Stellung nehmen. Es beginnt die Linksfraktion, danach folgen CDU, SPD, NPD, FDP, GRÜNE und die Staatsregierung.

Ich erteile der Einreicherin das Wort; Herr Abg. Dr. Pellmann, bitte.

Dr. Dietmar Pellmann, Linksfraktion: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ja, leider ist Hartz IV immer noch in den Schlagzeilen, mehr noch, Hartz IV ist in den letzten Wochen wieder stärker in die Schlagzeilen gekommen, und das sage ich dann schon mit einem gewissen Bedauern. Verantwortlich dafür war ausgerechnet eine sogenannte Studie aus Chemnitz, also aus Sachsen. Ich meine, wenn jetzt darüber diskutiert wird, dass dies Ausdruck der Freiheit der Wissenschaft sei, wenn man so etwas schreibt, dann bin ich – das gebe ich gern selbstkritisch nach Jahren zu – inzwischen ein Vertreter der Freiheit der Wissenschaft.

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, Freiheit der Wissenschaften hat dann Grenzen, wenn es sich, wie in dieser Studie, um ein Produkt handelt, das völlig lebensfremd, noch dazu unwissenschaftlich – dafür hätte man in der DDR, das sage ich auch, kein Diplom erhalten – und eigentlich sogar menschenverachtend ist. Aber ich sage auch mit einem gewissen Bedauern, der Aufschrei war gar nicht ganz so groß bei den in Sachsen und Berlin Regierenden, denn dieses Pamphlet passt sich im gewissen Sinne, wenngleich es die Spitze des Eisberges ist, in eine Situation ein, in der die Bundesregierung erneut Maßnahmen zur Verschärfung von Hartz IV ergreift, anstatt endlich zu erkennen, dass Hartz IV gescheitert ist. Das macht sich an zwei Beispielen fest, die zum Nachdenken anregen sollten.

So wird aus dem Bundesarbeitsministerium, begleitet mit einer Serie in der „Bild“-Zeitung, gefordert, endlich dem sogenannten Missbrauch von Hartz IV stärker zu begegnen und ihn zu kontrollieren. Jeder, der ernsthafte Studien liest, weiß, dass dieser Missbrauch bei ein bis zwei Prozent liegt. Es wird weiterhin darüber orakelt, ob man eventuell ab 01.01.2009 für Langzeitarbeitslose keine ABM mehr zulassen sollte. Die Tatsachen sehen eben anders aus und deswegen meine ich, man muss immer wieder deutlich sagen: Hartz IV hat gerade in Sachsen zu mehr Armut geführt. Insbesondere ist es in einer Richtung geschehen, dass wir künftig mit wesentlich mehr Altersarmut zu rechnen haben.

Die Fakten, die das belegen: Ursprünglich waren von der Bundesagentur für Arbeit für Leistungsbezieher des SGB II 78 Euro in die Rentenversicherung eingezahlt worden. Daraus erwuchs, wenn die Einzahlung ein Jahr lang erfolgte, ein Anspruch von 4,19 Euro für die spätere monatliche Rente. Das war bereits damals viel zu wenig. Man hätte, um einen Rentenpunkt bei dieser Konstellation zu erwerben, fünf Jahre auf eine solche Einzahlung rechnen müssen. Jeder kann sich das ausrechnen. Der „Eckrentner“, der immer noch statistisch vorkommt, allerdings in der Realität kaum noch anzutreffen ist, hat, um eine Durchschnittsrente zu erhalten, 45 Rentenpunkte. Wenn ich allein fünf Jahre benötige, um einen Rentenpunkt zu erwerben, kann man sich vorstellen, dass das geradezu in die Altersarmut führen muss.

Ab 01.01.2007 wurde dieser ohnehin viel zu niedrige Beitrag de facto halbiert und beträgt gegenwärtig nur noch 40 Euro, woraus ein monatlicher späterer Anspruch von 2,19 Euro erwächst. Unser Antrag, meine sehr verehr-

ten Damen und Herren, begehrt daher wenigstens – obwohl das nur der erste Schritt sein kann –, zur ursprünglichen Regelung zurückzukehren. Würde man das Einkommen, also die Leistungen, die Hartz-IV-Betroffene beziehen, zur Grundlage nehmen, dann müssten wenigstens 120 Euro eingezahlt werden.

Aber das ist der zweite Schritt; wir wollen zunächst den ersten Schritt gehen. Die Stellungnahme der Staatsregierung – sie ist inzwischen ein halbes Jahr alt – machte uns darauf aufmerksam, dass offensichtlich auch Sie in eine ähnliche Richtung denken wie wir. Allerdings meinte damals Frau Orosz, der Meinungsbildungsprozess in der Staatsregierung sei noch nicht abgeschlossen. Inzwischen ist mehr als ein halbes Jahr vergangen und ich hoffe, dass der Meinungsbildungsprozess uns heute dazu führt, dass die Staatsregierung die Zustimmung zu unserem Antrag empfiehlt.

(Vereinzelt Beifall bei der Linksfraktion)

Dabei wäre Folgendes zu beachten. Ich will noch sagen, warum wir die Hoffnung haben, dass die Staatsregierung mit zu dieser Einsicht gelangt ist. Erstens. Langzeitarbeitslosigkeit – das wissen wir inzwischen – ist die Hauptsache für bereits bestehende und künftig zunehmende Altersarmut, wenn wir nicht gegensteuern. Bereits heute muss man ein Durchschnittseinkommen haben und mindestens 27 Jahre in die Rentenkasse einzahlen, um wenigstens das gegenwärtige Sozialhilfeniveau zu erreichen.

Zweitens. Wir haben mit einer erheblichen Zunahme der Altersgrundsicherung zu rechnen, und zwar nicht in der Höhe – das wäre schön –, sondern in der Zahl derer, die darauf angewiesen sind. Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, wird die Kommunen in einer Weise überfordern, dass jegliche Haushalte, die heute schon in der Mehrzahl problematisch sind, aus den Fugen geraten, wenn nicht endlich ein wirklicher Wechsel erfolgt. Ich kann allerdings gegenwärtig nicht erkennen, dass hier entsprechende Konzepte vorliegen. Mehr noch, die Bundesregierung hat sogar – wir haben mehrfach darüber gesprochen – die Zuschüsse an die Kommunen für die Altersgrundsicherung gekürzt. Sie wollte es in noch stärkerem Maße tun, aber hier muss stärkerer Widerstand geleistet werden.

Drittens. Ja, die Halbierung der Einzahlungen schwächt sogleich die gesetzlichen Rentenversicherungen. Das werden und können wir auf Dauer nicht hinnehmen.

Deshalb, meine sehr verehrten Damen und Herren, hoffe ich, dass Sie unserem Antrag heute zustimmen. Er würde zwar Altersarmut nicht prinzipiell beseitigen, aber es wäre ein erster Schritt, und die Betroffenen von Hartz IV würden endlich erkennen: Im Sächsischen Landtag werden unsere Sorgen und Nöte ernst genommen. Ich kann Sie nur dringend ersuchen, diesem kleinen ersten Schritt zuzustimmen; denn das wäre wenigstens ein Schritt in die richtige Richtung.

(Beifall bei der Linksfraktion)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Die CDU-Fraktion erhält das Wort; Herr Krauß, bitte.

Alexander Krauß, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich noch eine Vorbemerkung machen, um zu erklären, wie es sich mit dieser Materie verhält. Herr Pellmann hat schon eine ganze Menge gesagt, damit man in diese komplizierte Materie einsteigen kann.

Was passiert mit Zahlungen in die Rentenkasse, wenn man arbeitslos ist? Dazu eine Vorbemerkung. Wenn man eine kurze Phase der Arbeitslosigkeit hat, dann bekommt man bekanntermaßen Arbeitslosengeld I. Dann zahlt die Bundesagentur für Arbeit Beiträge in die Rentenversicherung ein. Im Osten entsteht dadurch eine Anwartschaft für eine monatliche Rente von 18,47 Euro. Wer also kurze Zeit arbeitslos ist, der hat später mal kein Problem.

Wir reden jetzt über die Langzeitarbeitslosigkeit, wenn man also über zwölf Monate arbeitslos ist. Dann entsteht, wie Herr Pellmann richtig gesagt hat, ein monatlicher Rentenanspruch von 2,19 Euro. Warum ist das so? Die Zahlungen für Arbeitslosengeld-II-Empfänger in die Rentenkasse sind nicht dazu da, dass ein relevanter Rentenanspruch erarbeitet wird, sondern sie haben einen anderen Zweck. Es geht erstens darum, dass es keine Unterbrechung der rentenrechtlichen Zeiten gibt. Es geht zweitens darum, dass der Anspruch auf eine Erwerbsminderungsrente gewahrt bleibt – ein wichtiger Punkt –, und es geht drittens darum, dass auch Arbeitslosengeld-II-Empfänger ihre Riesterförderung bekommen können.

(Dr. Dietmar Pellmann, Linksfraktion:
Wovon sollen sie die zahlen?)

Das sind die Gründe, wieso mit diesem geringen Betrag in die Rentenversicherung eingezahlt wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, insbesondere der Linksfraktion! Ich möchte einige Dinge klarstellen, insbesondere, wofür die Rente da ist. Die Rente bekommt jemand, der ein Leben lang mit seiner Hände Arbeit Geld verdient hat und in die Rentenkasse einzahlt. Dafür bekommt er im Alter die Rente ausgezahlt. Die Rente ist also ein Anspruch, den man sich erarbeitet und im Alter ausgezahlt bekommt. Wer nicht arbeitet, hat im Alter Anspruch auf die sogenannte Grundsicherung. Das ist sozusagen Hartz IV für Rentner. Wenn man grob überschlägt, kommt man aus 351 Euro plus Kosten der Unterkunft auf ungefähr 660 Euro.

(Dr. Dietmar Pellmann, Linksfraktion:
Im Westen, mein Lieber!)

– Ja, wir sind bei 616 Euro. Wollen wir uns jetzt mal nicht streiten. Wir wissen, dass es ungefähr 600 Euro plus x sind.

Wir wissen, dass im Osten Deutschlands und auch im Westen zum Glück relativ wenige Menschen auf Grundsicherung angewiesen sind. Wir sprechen von ungefähr 2 %. Die Grundsicherung ist nicht übermäßig viel, aber man kommt damit über die Runden. Klar ist aber auch,

dass derjenige, der sein Leben lang gearbeitet hat, am Lebensende mehr erhalten muss als derjenige, der nicht gearbeitet hat. Dafür kommt die Rente auf. Alles andere wäre ungerecht. Wenn einer am Lebensabend das Gleiche bekommt, obwohl er 45 Jahre in die Rentenkasse eingezahlt hat, wie jemand, der keinen Euro in die Rentenkasse eingezahlt hat, dann fragt sich doch der normale Arbeitnehmer: Wieso zahle ich Monat für Monat in die Rentenkasse ein?

Ich denke besonders an diejenigen, die nicht übermäßig viel verdienen. Die Geringverdiener stehen jeden Morgen um fünf oder sechs auf und arbeiten meinetwegen im Erzgebirge in so einem Betrieb wie der von unserem FDP-Kollegen und stellen dort irgendwelche Männlein her.

(Widerspruch bei der FDP)

– Ich meine die wertvollen Räuchermänner, die der Kollege herstellt.

Oder ich denke zum Beispiel an Friseurinnen, die ihr Leben lang arbeiten, aber einen relativ geringen Rentenanspruch erarbeiten. Ich finde, dass die Friseurin oder dieser Mitarbeiter im Erzgebirge am Lebensabend eine höhere Rente haben sollten als derjenige, der nicht gearbeitet hat.

Ich gebe gern zu, dass man im Rentenrecht einmal nachschauen sollte, ob man nicht etwas verändern muss. In Nordrhein-Westfalen hat man das bekanntermaßen mit einer Studie angestoßen. Der Vorschlag war, dass man, wenn der Versicherte beispielsweise im Durchschnitt weniger als 0,75 Entgeltpunkte hat, also wenn sein Einkommen unter 75 % des Durchschnittseinkommens liegt, eine Aufwertung seiner Entgeltpunkte um den Faktor 1,5 vornimmt, sodass er zumindest auf 0,75 Entgeltpunkte kommt. Also einfach ausgedrückt: Auch jemand, der ein Einkommen hat, das deutlich unter dem Durchschnitt aller Einkommen liegt, soll am Lebensabend drei Viertel von der Rente bekommen, die jemand bekommt, der eine Durchschnittsrente erhält. Das wäre ein guter Vorschlag. Damit wird deutlich, dass derjenige, der arbeitet, am Lebensende mehr hat und das Arbeiten sich gelohnt hat.

Klar ist beim Thema Rente auch, dass sich das Problem verschärfen wird. Vor allem die jüngere Generation ist davon betroffen. Wir haben das allgemeine Problem in der Rentenversicherung, dass es zu wenige gibt, die arbeiten und Geld einzahlen. Das liegt vor allem an der niedrigen Geburtenrate seit über 30 Jahren. Seit über 30 Jahren sterben mehr Menschen, als geboren werden. Bei einer solch niedrigen Geburtenrate ist klar, dass irgendwann nicht mehr genügend Verdienere da sind, die in die Rentenkasse einzahlen und für diejenigen sorgen, die im Alter Anspruch auf ihre Rente haben. Die Folge davon ist die Rente mit 67 in Zukunft und dass die Renten nicht mehr so schnell steigen, wie das in früheren Jahren der Fall war. Das sind die Konsequenzen aus der niedrigen Geburtenrate.

Jetzt kommen wir zu der Frage, Herr Pellmann, was wir tun können, damit Arbeitslosengeld II-Empfänger höhere Renten bekommen.

Da können wir jetzt Ihren Vortrag aufgreifen und über 2 Euro reden oder – das ist unser Herangehen – fragen: Wie können wir diese Menschen in Arbeit bringen? Das muss doch die zentrale Frage sein: Wie bringen wir Arbeitslose in Beschäftigung, damit sie mit ihrer Hände Arbeit Geld für die Rentenversicherung verdienen können und am Lebensabend wirklich etwas haben?

(Beifall bei der CDU)

Dann reden wir nämlich nicht über 2 Euro pro Monat, sondern über 20 Euro pro Monat, die in die Rentenversicherung eingezahlt werden. Das brauchen wir.

(Dr. Dietmar Pellmann, Linksfraktion:
Wann haben Sie das erreicht?)

– Dazu komme ich jetzt gleich, Herr Pellmann.

(Dr. Matthias Rößler, CDU: Bis 2010!)

Wir hatten in den vergangenen Jahren eine relativ gute Entwicklung. Seit der Wiedervereinigung gab es noch nie so viele sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse, noch nie so viele Jobs wie heute. Seit 2005 ist die Arbeitslosenquote in Deutschland von über fünf Millionen auf derzeit 3,2 Millionen gesunken. Also 1,8 Millionen Menschen sind weniger arbeitslos.

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Alexander Krauß, CDU: Vor drei Jahren, Herr Kollege Pellmann, hätte das niemand geglaubt. – Jetzt gebe ich Ihnen aber gern das Wort.

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Bitte.

Dr. Dietmar Pellmann, Linksfraktion: Herr Krauß, ich bedanke mich für die Möglichkeit. – Ich will Sie fragen: Sie sprechen zu Recht davon, dass es statistisch weniger Arbeitslose gibt. Aber können Sie mir vielleicht für die letzten zwei, drei Jahre, in denen wir diese Tendenz haben, beantworten, wie hoch der Anteil derer ist, die neu in Arbeit gekommen sind und die einen prekären Job haben, also solche, wie Sie es hier dargestellt haben, die von einem Niedriglohn existieren müssen oder lediglich – wie man so schön sagt – Minijobs haben? Wie hoch ist deren Anteil an den neuen Arbeitsplätzen? Um endlich einmal zu einer realistischen Statistik und Einschätzung zu kommen.

Alexander Krauß, CDU: Jetzt könnte man sagen, Herr Pellmann: 1,8 Millionen Arbeitslose gibt es weniger; vielleicht hat man ein bisschen an der Statistik herummanipuliert, aber dann dürfte die Zahl der versicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse nicht über 40 Millionen gestiegen sein. Das heißt, es gibt mehr Jobs. Jetzt habe ich die Zahl nicht im Kopf. Aber wir haben schon bei anderen Runden hier darüber gesprochen. Ich

denke daran, dass wir da auch ein kleines Zwiesgespräch mit dem Kollegen Wirtschaftsminister hatten, aus dem deutlich geworden ist, dass es hier nicht nur um Minijobs geht, Herr Pellmann, sondern dass es sehr wohl auch um

(Jürgen Gansel, NPD: Teilzeitarbeit! –
Zuruf von der Linksfraktion: Leiharbeit!)

ordentliche, gut bezahlte Arbeitsverhältnisse geht und nicht nur um Leiharbeit und Teilzeitjobs.

Herr Pellmann, eine kurze Nachfrage will ich gern zulassen.

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Herr Pellmann, bitte.

Dr. Dietmar Pellmann, Linksfraktion: Noch einmal schönen Dank. – Würden Sie mir zustimmen, da Sie die Zahl jetzt nicht parat haben, dass mindestens ein Viertel dieser neuen Arbeitsplätze, von denen Sie hier reden, genau solche prekären Jobs sind?

Alexander Krauß, CDU: Also wenn Sie wissen, dass drei Viertel ordentliche Jobs sind, dann kann ich sagen, ist das eine sehr gute Quote. Dann freue ich mich, dass diese drei Viertel in ordentlichen Jobs sind und diese Menschen ordentlich verdienen.

Aber ich sage auch: Mir ist es lieber, dass jemand in Arbeit ist, als dass jemand arbeitslos zu Hause sitzt; egal wie gut der Job bezahlt wird. Eines weiß ich: Die Einzahlung in die Rentenversicherung ist auch beim Geringverdiener deutlich höher als bei jemandem, der gar keinen Job hat.

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Es gibt noch einen Wunsch nach einer Zwischenfrage.

Alexander Krauß, CDU: Ja, bitte schön.

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Bitte, Frau Lay.

Caren Lay, Linksfraktion: Ja, Herr Kollege Krauß, das ist ja alles schön und gut. Wir alle sind ja für die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit und freuen uns über jeden, der Arbeit findet. Die zentrale Fragestellung ist aber doch: Was machen wir mit denjenigen, die arbeitslos sind, die unverschuldet arbeitslos sind, die Arbeit suchen und seit Jahren keine Arbeit haben? Sind Sie nicht der Ansicht, dass wir als Parlamentarier Verantwortung dafür tragen, dass diese Menschen nicht auch noch im Alter in Armut leben müssen? Halten Sie es nicht für zynisch, wenn Sie sagen: Die haben eben Pech, wenn sie keine Arbeit haben, dann müssen sie eben Altersarmut erdulden?

(Beifall der Abg. Heike Werner, Linksfraktion)

Alexander Krauß, CDU: Bitte einmal zuhören, was ich gesagt habe.

Punkt 1: Ich habe so den komischen Eindruck, dass es der Linkspartei nicht darum geht, Menschen in Arbeit zu bringen, –

(Dr. Dietmar Pellmann, Linksfraktion:
Das ist eine Unterstellung!)

– Ich komme gleich dazu.

– sondern dass man sehr froh ist, sich sozusagen immer um das Thema Arbeitslosigkeit drehen zu können, anstatt wirklich einmal die Frage zu stellen: Wie bringen wir Menschen in Arbeit? Diese Fragestellung vermisse ich bei der Linkspartei.

(Beifall bei der CDU, der FDP und
des Abg. Enrico Bräunig, SPD)

Ich habe hier noch keinen Antrag gehört.

(Heinz Lehmann, CDU: Sehr richtig! –
Dr. Dietmar Pellmann, Linksfraktion: Was?)

Für uns ist klar, dass wir uns um die kümmern, die – aus welchen Gründen auch immer – nicht in der Lage sind, eine ordentliche Rente zu bekommen. Nur, dafür gibt es die Grundsicherung und dann müssen wir über die Grundsicherung reden. Wir reden jetzt über die Rente. Und die Rente ist etwas, das den Menschen zugute kommt, die in die Rentenversicherung eingezahlt und sich damit einen Anspruch erarbeitet haben.

Das ist kein Eimer, in den man irgendwelche Löcher hineinschlägt, damit das Wasser herausläuft, sondern die Leute haben einen Anspruch darauf, dass sie im Alter eine Rente bekommen, eben aus den Beiträgen, die sie selbst eingezahlt haben.

Kommen wir jetzt einmal zu dem Problem, das ich angesprochen hatte: Was sind die Konzepte der Linkspartei, wie Menschen in Arbeit kommen?

Wenn wir über das Thema reden, dann fällt mir immer auf, dass die Linkspartei eigentlich relativ wenige Konzepte hat.

(Heinz Lehmann, CDU: Gar keine!)

Sie bringen immer zwei Dinge, wenn es um die Sozialpolitik geht: Das eine ist die Anhebung der Hartz-IV-Sätze.

(Dr. Dietmar Pellmann, Linksfraktion: Ja!)

Unsere Position kennen Sie, Herr Pellmann: dass die Beiträge oder die Zahlungen im Großen und Ganzen angemessen sind. Sie sind nicht zu hoch, aber eben auch nicht unbedingt zu niedrig.

Jetzt machen Sie den Vorschlag einer Anhebung der Hartz-IV-Sätze auf 420 Euro. Nun hat das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit einmal untersucht, welche Auswirkungen dieser Vorschlag auf die Zahl der Arbeitslosen hätte. Das IAB sagt, wenn das umgesetzt würde, was die Linkspartei fordert, dann hätten wir bis zu zwei Millionen Arbeitslose in Deutschland mehr als derzeit. Das wäre die Konsequenz.

Dann kommen wir einmal zu dem zweiten Vorschlag, den Sie immer als Allheilmittel für alles bringen: Das ist der Mindestlohn.

(Stefan Brangs, SPD: Hallo!)

– Ja, Entschuldigung, Kollege Brangs. Aber das muss trotzdem einmal gesagt werden.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU –
Stefan Brangs, SPD: Moment mal!)

Das muss trotzdem gesagt werden, weil es auch negative Wirkungen auf den Arbeitsmarkt hat.

(Zurufe von der SPD)

– Natürlich!

Wir haben das IFO-Institut hier in Dresden, das das bei 7,50 Euro durchgerechnet hat. Ich rede jetzt nicht über die 8 Euro, die die Linkspartei fordert. Bei 7,50 Euro hätte das den Wegfall von 1,1 Millionen Jobs zur Folge.

(Klaus Tischendorf, Linksfraktion:
So ein Quatsch!)

Das sind Ihre Konzepte, wenn wir über das Thema Arbeitslosigkeit reden. Ihre Vorschläge würden dazu führen, dass die Zahl der Arbeitslosen deutlich steigt. Mit diesen Konzepten werden Sie uns mit Sicherheit nicht gewinnen können.

(Beifall bei der CDU und
des Abg. Enrico Bräunig, SPD)

Unsere Bitte an die Kollegen der Linkspartei: Schauen Sie nach, wie wir Leute wirklich in Arbeit bringen können. Es ist der beste Schutz gegen Altersarmut, wenn man selbst in die Rentenversicherung einzahlt. Das muss der Weg sein!

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Gestatten Sie noch eine Zwischenfrage?

Alexander Krauß, CDU: Kollegen Brangs will ich das nicht abschlagen.

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Bitte.

Stefan Brangs, SPD: Vielen Dank. Sie sind ja, lieber Kollege, auch aktiver CDA-ler. Können Sie mir einmal sagen, wie denn die CDA-Position zum Mindestlohn ist?

Alexander Krauß, CDU: Wir hatten im vorigen Monat eine ganz interessante Debatte mit den Gewerkschaften und unserem Bundesvorsitzenden Kollegen Laumann. Unsere Position? Es gibt unterschiedliche Meinungen. Das ist auch klar. Es gibt eine Meinung, die sagt, Mindestlöhne wären in Ordnung.

Ich gehöre zu denen, die sagen – wie auch der Bundesvorsitzende –, dass Mindestlöhne Jobs kosten würden und dass wir damit das Problem der Arbeitslosigkeit nicht lösen und den Arbeitern und Arbeitnehmern keinen Gefallen tun würden.

(Jürgen Gansel, NPD: Das ist
keine Arbeitnehmerposition!)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Frau Lay hat auch noch eine Zwischenfrage.

Alexander Krauß, CDU: Gut, ich habe noch einen Satz, aber ich will der Kollegin die Gelegenheit geben.

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Bitte.

Caren Lay, Linksfraktion: Ja, Herr Kollege Krauß, Sie wissen ja genauso gut wie ich, dass jeder Abgeordnete, der hier sitzt, eine Grundentschädigung von allein circa 4 400 Euro erhält plus zahlreiche Zulagen.

(Zuruf des Abg. Karl Nolle, SPD)

Finden Sie es da nicht etwas zynisch, wenn Sie gleichzeitig Arbeitslosen gegenüber behaupten, dass man von circa 400 Euro im Monat gut leben kann? Können Sie von diesem Geld gut leben?

Alexander Krauß, CDU: Ich finde es immer schön, wie Sie versuchen, mir das Wort im Munde herumzudrehen. Ich habe schon einmal gesagt: Punkt 1, ein Arbeitsloser hat nicht nur 400 Euro.

(Dr. Dietmar Pellmann, Linksfraktion: Sondern?)

So ehrlich muss man einmal sein. Es geht darum, dass jemand 351 Euro bekommt plus Kosten der Unterkunft, also seine Mietkosten.

Wie wird das berechnet, liebe Kolleginnen und Kollegen? Wie ist dieser Satz berechnet worden? Indem man sich anschaut: Was verdienen die Menschen im Durchschnitt?

(Dr. Dietmar Pellmann, Linksfraktion: Nein!)

Mit der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe schaut man bei 5 000 Haushalten nach, was sie verdienen. Dann sieht man sich die unteren 10 % von denjenigen an, die jeden Tag auf Arbeit gehen, 40 Stunden arbeiten, und sagt: Das, was die 10 % der unteren Einkommensbezieher haben, bekommt jemand, der Hartz IV bezieht.

Ich glaube, dass das sehr angemessen ist. Das heißt ja im Umkehrschluss auch: Es gibt eine ganze Menge Leute, die jeden Tag auf Arbeit gehen, früh um fünf oder um sechs Uhr aufstehen und am Monatsende nicht mehr haben als jemand, der Arbeitslosengeld II bezieht. Das ist auch die Wahrheit.

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Es gibt noch eine Frage.

Alexander Krauß, CDU: Herr Pellmann, das muss aber leider jetzt die letzte Frage sein, weil ich dann gern noch meinen letzten Satz zu Ende bringen würde.

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Bitte.

Dr. Dietmar Pellmann, Linksfraktion: Wir sind auch ganz gespannt auf Ihren letzten Satz, Herr Krauß. Aber dennoch möchte ich Sie gern fragen: Sie sprachen über die sogenannte Einkommensstichprobe. Geben Sie mir recht, dass diese Einkommensstichprobe aus dem Jahre

2003 stammt und dass wir inzwischen eine Mindeststeigerung bei den Verbraucherpreisen von 10 bis 12 % haben, was dazu führt, dass auch die Kaufkraft der Hartz-IV-Betroffenen um ebendiesen Betrag gemindert wurde?

Alexander Krauß, CDU: Herr Kollege Pellmann, wir haben ja in diesem Haus auch schon zum Ausdruck gebracht, dass es uns lieb wäre, wenn diese Einkommens- und Verbrauchsstichproben nicht alle fünf Jahre erhoben würden, sondern wenn der Rhythmus verkürzt würde. Wir sind doch einer Meinung, dass das sinnvoll wäre. In Richtung Bundesratsinitiative hat das der Freistaat Sachsen auch mit vertreten. Diesbezüglich ist, glaube ich, kein Streitpunkt vorhanden.

Gut, lassen Sie mich also zum Schluss kommen. Mir wäre es lieb, wenn wir uns alle darüber Gedanken machen würden, wie wir Leute in Arbeit bringen. Das wäre der beste Schutz vor Altersarmut. Langzeitarbeitlosen helfen wir am besten, wenn es uns gelingt, diese Menschen in Arbeit zu bringen. Da wünsche ich mir von der Linkspartei weit, weit mehr Aktivitäten, als sie bisher auf den Weg gebracht hat.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Die SPD-Fraktion erhält das Wort; Frau Dr. Schwarz, bitte.

Dr. Gisela Schwarz, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Frage Mindestlohn bin ich natürlich anderer Meinung als mein Vorredner. Sonst, lieber Kollege Krauß, würde ich auch Prügel von meinem Kollegen Brangs beziehen.

(Beifall des Abg. Stefan Brangs, SPD –
Unruhe bei der CDU)

Aber ich sage das insbesondere vor dem Hintergrund, dass gerade wieder in der regionalen Presse der Erzgebirgsregion ganz deutlich gemacht wurde, wie dort die Zahl der Niedrigverdiener eben auch dazu führt, dass entsprechend aufgestockt werden muss und dass die Leute, die wirklich arbeiten, viel zu wenig bekommen. Gerade in Ihrer Branche, lieber Kollege Günther, wird das Wenigste verdient, und der Staat muss dann dafür eintreten.

Ja, das ist eine brisante Debatte. Ich möchte nur noch einmal daran erinnern, dass erwerbsfähige Sozialhilfeempfänger, wie wir sie vor dem SGB II hatten, nicht in den Schutz der Kranken- und der Rentenversicherung einbezogen waren. Das sollte man wissen. Dies haben wir mit dem SGB II geändert. Für diese Menschen gilt jetzt auch der Schutz in der Sozialversicherung. Sie erhalten im Fall von Krankheit oder Pflegebedürftigkeit die gleiche Leistung wie Arbeitnehmer. Ebenso sind sie voll in den Schutz durch die gesetzliche Rentenversicherung einbezogen. Dies beinhaltet, wie Kollege Krauß schon sagte, Leistungen für den Fall der Erwerbsminderung oder im Reha-Fall, was für diese Menschen auch ganz wichtig

ist. Lücken im Versicherungsschutz werden durch die Beitragszahlung verhindert. Durch das SGB II sind die Zeiten während des Bezugs von Arbeitslosengeld II vollwertige Zeiten in der Rentenversicherung, wenn es zum Beispiel darum geht, bestimmte rentenrechtliche Zeiten zu erfüllen, bevor eine Rente zum Beispiel wegen des Alters beantragt werden kann.

(Zuruf des Abg.

Dr. Dietmar Pellmann, Linksfraktion)

– Ja, die Höhe des Anspruchs, der durch die Zahlung von Beiträgen während des Bezugs von Arbeitslosengeld II entsteht, ist nicht groß. Dessen sind wir uns durchaus bewusst. Das hat damit zu tun, dass die Konstruktion des Arbeitslosengeldes II davon ausgeht, die Zeit der Arbeitslosigkeit möglichst kurz zu halten und einen Dauerverbleib im ALG II zu vermeiden.

Wir wissen sehr wohl, dass wir in der Wirklichkeit im Osten leider davon noch weit entfernt sind, auch wenn unter anderen die Beschlüsse der rot-grünen Regierung im letzten Jahrzehnt einen deutlichen Rückgang der Arbeitslosenzahl bewirkt haben. Ich sehe es eben auch so, dass die versicherungspflichtigen Arbeitsverhältnisse nicht nur im Niedriglohnbereich entstanden sind.

Unser Ziel ist es auch, durch eine intensive Förderung und ein gezieltes Fallmanagement die Dauer der Arbeitslosigkeit möglichst kurz zu halten, um so eine Rente, von der man im Alter leben kann, zu ermöglichen. Die Jobperspektive für Menschen, die sonst keine Chance für eine Beschäftigung auf dem regulären Arbeitsmarkt gehabt hätten, ist eine Möglichkeit, öffentlich geförderte sozialversicherungspflichtige Arbeit zu schaffen.

Eine wichtige Rolle für uns hier in Sachsen spielt der soziale Arbeitsmarkt. Dazu müssen wir uns bekennen. Auch er holt mit staatlichen Geldern Menschen aus der Arbeitslosigkeit. Damit reduzieren wir die Ungerechtigkeiten zwischen den Einkünften der sogenannten Geringverdiener und denen der Hartz-IV-Empfänger.

Eine Beitragszahlung, die in jedem Fall auf die Grundsicherung abzielt, würde dazu führen, dass mehr Entgelt versichert werden müsste, als möglicherweise als ALG II bezogen wird. Es würde sich dann aber auch die Frage stellen, ob Geringverdiener auch Beiträge zu zahlen hätten, um das Niveau der Grundsicherung zu erreichen.

Wir lehnen diesen Antrag ab, weil das Arbeitslosengeld II für uns eben nicht auf dauerhaften Bezug ausgerichtet ist und auch nicht ausgerichtet sein darf.

(Beifall des Abg. Alexander Krauß, CDU)

Es soll eine Übergangszeit sein, die sich allerdings nicht als Lücke – und deswegen eben die Beitragszahlung – oder geminderte Zeit in der Rentenversicherung auswirken soll. Wirklich zum Sicherungsniveau beitragende Rentenleistungen werden im Arbeitsleben erwirtschaftet. Das kann dort, wo es nicht genug Arbeit gibt, auch der soziale Arbeitsmarkt leisten. Ich nenne hier auch noch einmal das Stichwort Kommunalkombi, wofür wir uns

sehr engagiert haben. Das ist unser Ziel, nicht die Daueralimentierung von Nichtarbeit. Übrigens ist das auch das, was die Menschen wollen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Herr Dr. Müller, NPD-Fraktion.

Dr. Johannes Müller, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir wären als Nächste an der Reihe. Wir werden dem Antrag zustimmen. Den Redebeitrag, den ursprünglich Herr Apfel halten wollte, gebe ich zu Protokoll.

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Er zählt aber trotzdem auf die Zeit, Herr Müller.

So, meine Damen und Herren, die NPD gibt ihren Redebeitrag zu Protokoll. Jetzt ist die FDP an der Reihe; Frau Abg. Schütz, bitte.

Kristin Schütz, FDP: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Altersarmut war lange Zeit zum Glück kein Thema in der Bundesrepublik. Noch vor ein paar Jahren konnten wir sagen: Rentnern wird es nie wieder so gut gehen wie heute. – Der Altersarmutsanteil lag in der Bundesrepublik unter 6 %.

Doch für die Zukunft müssen wir damit rechnen, dass es Senioren geben wird, die mit wenig Einkommen auskommen müssen. Vor allem in Ostdeutschland führen die Erwerbsbiografien in der Zukunft zu niedrigen Renten. Diesem Problem müssen wir uns stellen, und in der Analyse sind wir uns in diesem Haus ja auch einig. Auch die Stellungnahme des Sozialministeriums, damals noch unter der Leitung von Frau Orosz, geht auf diese Problematik ein.

Worüber wir uns aber nicht einig sind, das ist die Lösung des Problems. Die Linksfraktion will die Anhebung des Einzahlungsbeitrages zur gesetzlichen Rentenversicherung der ALG-II-Bezieher.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, diesem Antrag können und werden wir nicht zustimmen. Dafür gibt es mehrere Gründe. Erstens. Wem würde diese Anhebung helfen? Sie hilft zumindest nicht denjenigen, die in den letzten Jahren arbeitslos waren. Oder man legt ein teures Programm auf und erhöht nachträglich auch noch die Beiträge für sie. Wollen Sie das wirklich und, wenn ja, was kostet das?

Zweitens. Was die heutigen und zukünftigen Arbeitslosen betrifft, stellt sich ebenfalls die Frage: Was kostet das? Ich sehe in dem Antrag der Linken nicht eine einzige Zahl hierzu, geschweige denn eine Anleitung. Die entscheidende Frage ist doch auch: Wer soll denn die höheren Beiträge, bitte sehr, bezahlen? Sollen das die Beitragszahler sein, sollen das die Steuerzahler sein, also diejenigen, die in den letzten Jahren mit der größten Steuererhöhungslast seit Bestehen der Bundesrepublik belastet worden sind? Wollen wir insbesondere die Mittelschicht noch

weiter belasten? Dazu fehlt bei Ihnen eine eindeutige Aussage. Was Sie vorhaben, ist im Antragstitel dezent verschwiegen. Es ist ein neues Abgabenerhöhungsprogramm, und das lehnen wir definitiv ab.

(Beifall bei der FDP)

Die Rentenversicherung ist keine Lebensversicherung. Damit wird kein individueller Kapitalstock aufgebaut, auf den man in späteren Jahren zurückgreifen kann. Darin widerspreche ich auch ausdrücklich Herrn Krauß, der hier den Eindruck vermittelt hat, man müsste jetzt nur einzahlen und dann hätte man in der Zukunft etwas sicher.

Wir haben das Umlageverfahren. Die Leistungserhöhungen, die wir jetzt auf Wunsch der Linksfraktion beschließen sollen, müssen wir also in späteren Jahren aus den dann vorhandenen Beiträgen unserer Kinder oder, soweit schon vorhanden, Enkel finanzieren. Da haben wir jetzt schon mit der bestehenden Generation genug Finanzierungsprobleme in der gesetzlichen Rentenversicherung. Dort sollten wir – das dürfte hinlänglich bekannt sein – nicht noch eins draufsetzen.

(Beifall bei der FDP)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Frau Schütz, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Kristin Schütz, FDP: Bitte schön.

Dr. Dietmar Pellmann, Linksfraktion: Frau Schütz, ist es Ihnen dann lieber, wenn die Kommunen die Zeche zahlen und damit wir alle? Ist Ihnen das lieber? Nämlich über die Altersgrundsicherung, deren Ansprüche ja dann steigen, wenn man nicht genügend Rentenanwartschaften erwirbt.

Kristin Schütz, FDP: Auf diese Problematik, Herr Kollege Pellmann, werde ich in meinem weiteren Beitrag noch eingehen, aber es wird die Frage sein, wen wir damit belasten.

(Dr. Dietmar Pellmann, Linksfraktion: Ja!)

– Ja, ich komme noch darauf.

Viertens. Wo wollen wir denn eigentlich die Prioritäten in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik setzen? Bei der Bekämpfung der Altersarmut gibt es unserer Meinung nach zwei Wege. Erstens, Menschen in Arbeit zu bringen, um selbst in die Rentenversicherung einzuzahlen und private Vorsorge zu treffen. Oder zweitens, Arbeitslosigkeit weiterhin zu finanzieren, damit Langzeitarbeitslosigkeit zu fördern und die Wiedereingliederung zu erschweren.

Ich sage Ihnen ganz klar: Die FDP will Ersteres, das ist auch schon ganz klar zum Ausdruck gekommen.

(Dr. Dietmar Pellmann, Linksfraktion: Wir auch!)

– Nein, sehr geehrter Herr Pellmann, ich glaube nicht, dass Sie das wirklich wollen.

(Dr. Dietmar Pellmann, Linksfraktion: Natürlich!)

Sie wollen weiterhin Arbeitslosigkeit finanzieren und damit die öffentlichen Kassen als Verteilungsinstitut benutzen.

(Dr. Dietmar Pellmann, Linksfraktion:
Ich lach' mich doch kaputt! –
Zuruf der Abg. Caren Lay, Linksfraktion)

Geld, welches, beispielsweise – ach, kommen Sie doch ans Mikro!

(Dr. Dietmar Pellmann, Linksfraktion:
Hat Ihnen das Herr Westerwelle
eingeblassen, was Sie hier sagen?)

– Wenn das eine Zwischenfrage ist, würde ich um das Stoppen der Zeit bitten; kommen Sie doch ans Mikro.

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Sie müssen nicht darauf reagieren.

Kristin Schütz, FDP: Werde ich auch nicht.

Geld, welches Sie im öffentlichen Verteilungssektor weiterhin mit vollen Händen ausgeben wollen, Geld, welches Arbeitnehmer und Arbeitgeber bereitstellen und das ihnen dann zur Eigenvorsorge fehlt. Zudem werden unserer Meinung nach damit falsche Anreize zur Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt geschaffen. Das kann niemand wollen. Wir wollen mehr Arbeit und nicht mehr Arbeitslosigkeit.

Allerdings darf uns natürlich das Schicksal von Langzeitarbeitslosen nicht egal sein. Die Lösung Grundsicherung im Alter ist ein Anfang. Über die Höhe und die Verteilung der Last auf die Schultern von Kommunen, Steuerzahlern und Bund muss man sprechen. Arbeitsmarkt- und rentenpolitisches Versagen des Bundes darf aber auch nicht zulasten der Senioren und Kommunen allein gehen.

Wir müssen auch im Niedriglohnbereich schauen, wie wir die Rentenanwartschaften auf ein vernünftiges Niveau bringen. Wer arbeitet, soll schließlich mehr haben als jemand, der nicht arbeitet. Das Gleiche soll natürlich für die Renten gelten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Noch etwas zum Nachdenken am Ende meines Redebeitrages. Glauben Sie, die Rente ist sicher auf dem heutigen Niveau? Glauben Sie wirklich, die gesetzliche Rente wird für jetzt 20- oder 30-Jährige in Zukunft annähernd ausreichen? Sie kennen selbst das Niveau. Wir werden im Jahr 2030 bei ungefähr 42 % des heutigen Nettolohnes landen.

(Dr. Fritz Hähle, CDU: So ist es!)

Im Jahr 2030 bin ich 55 Jahre alt, das heißt, weder im Rentenalter noch im Bereich derer, die diese Lasten vollständig mitzutragen haben. Ich denke, wir sollten die Frage wirklich ehrlich beantworten und damit zu dem Schluss kommen, dass der Antrag der Linken völlig an der traurigen Realität vorbeigeht.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP, der CDU
und vereinzelt bei der SPD)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Frau Herrmann für die Fraktion der GRÜNEN, bitte.

Elke Herrmann, GRÜNE: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auf die letzte Frage von Kollegin Schütz möchte ich antworten: Nein, ich glaube nicht, dass die Renten in der heutigen Höhe für die Zukunft gesichert sein werden. Sie haben die Antwort selbst schon gegeben. Aber ich glaube genauso wenig daran, dass der Vorschlag, den die Linksfraktion heute vorlegt – unabhängig davon, ob wir ihm zustimmen oder nicht –, etwas an dieser Tatsache ändert. Auch wenn wir diesem Antrag heute zustimmen, wird es die Situation nur im marginalen Maße verbessern oder verschlechtern.

(Dr. Dietmar Pellmann, Linksfraktion: Richtig!)

Das Signal, das aber heute von uns kommen könnte, wäre, dass wir ernst nehmen, dass es in diesem Land Langzeitarbeitslosigkeit gibt und es uns bisher nicht gelungen ist, in entscheidendem Maße Langzeitarbeitslose in Arbeit zu bringen. Wenn ich mir die Überschüsse der BA anschau, dann sehe ich schon noch Spielraum, um auf die ursprüngliche Beitragshöhe für Hartz-IV-Empfänger zurückzukehren.

Die Frage, die Sie gestellt haben, verweist auf etwas ganz anderes. Sie verweist darauf, dass wir grundsätzlich über unser Rentensystem nachdenken müssen, und zwar aufgrund der demografischen Entwicklung. Das hat aber weniger mit dem heute hier gestellten Antrag zu tun.

Ich möchte auch auf den Kollegen Krauß eingehen, der sich hier immer nur auf Erwerbsarbeit bezogen und davon gesprochen hat, dass diejenigen, die nicht in Erwerbsarbeit sind, schließlich auch nichts beitragen und deshalb am Ende nichts bekommen würden. Das halte ich einfach auch in Hinsicht auf Frauen in Familienarbeit, von der Sie immer sagen, dass das eine wichtige Arbeit in der Gesellschaft ist, für einen großen Widerspruch. Diese Arbeit wird bisher in der Rente nicht entscheidend berücksichtigt. Insofern setzen Sie sich damit selbst in Widerspruch zu dem, was Sie sonst immer sagen.

Wir werden diesem Antrag der Linken zustimmen.

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Frau Herrmann, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Elke Herrmann, GRÜNE: Ja.

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Herr Krauß, bitte.

Alexander Krauß, CDU: Frau Kollegin Herrmann, ist Ihnen bekannt, dass seit geraumer Zeit auch für die Zeit, die Sie angesprochen haben, in der eine Frau zu Hause bleibt und sich um die Kindererziehung kümmert

(Kristin Schütz, FDP: Oder ein Mann!)

– oder ein Mann, danke für den Hinweis –, Einzahlungen in die Rentenversicherung in Höhe des statistischen Durchschnittseinkommens erfolgen?

Elke Herrmann, GRÜNE: Ja, das ist mir bekannt. Es ist aber doch so, dass eine Lücke zwischen dem Erwerbseinkommen, das erzielt werden könnte, und diesem Beitrag besteht.

(Beifall bei den GRÜNEN und der FDP)

Wir müssen einfach sehen, dass es da eine Ungerechtigkeit gibt.

Wir werden diesem Antrag zustimmen, weil Langzeitarbeitslosigkeit ein Problem ist und wir die Belastungen der Kommunen verringern wollen.

Wir hatten im Jahr 2006 etwa 9 000 Grundsicherungsempfänger. Das Statistische Landesamt hat festgestellt, dass diese Zahl pro Jahr um etwa 1 000 steigt. Die Spitze des Berges haben wir dabei noch nicht erreicht. Die Zahl derer, die in Zukunft von Altersarmut betroffen sein werden, wird noch erheblich steigen. Die Belastungen, die damit auf die Kommunen zukommen, werden sich weiter erhöhen. Das bezahlen wir schließlich dann auch alle aus Steuermitteln. Die Kommunen, denen heute schon das Wasser bis zum Hals steht, werden Mühe haben, dafür aufzukommen. Auch aus dem Grund sollten wir diesem Antrag zustimmen.

Ich finde es zynisch zu behaupten, dass, wenn wir dem zustimmen würden, dies ein Grund wäre für diejenigen, die heute arbeitslos sind, sich nicht um Arbeit zu bemühen. Das ist doch kompletter Quatsch, entschuldigen Sie.

(Beifall bei den GRÜNEN und der Linksfraktion –
Caren Lay, Linksfraktion: So ist es!)

Die geringe Erhöhung, die das im Alter ausmacht, wird niemanden davon abhalten, sich heute und hier um Arbeit zu bemühen.

Verantwortlich dafür, dass diese Menschen in Arbeit kommen, ist unter anderem die Bundesagentur.

Herr Krauß hat angeführt, dass das Rentensystem insgesamt in einer Schieflage ist und die Menschen, die heute als Geringverdiener bezeichnet werden, nicht in gleicher Weise von dem hier vorgeschlagenen Vorgehen profitieren würden. Wir müssen also überlegen, ob es eine Änderung geben kann, die auch für Geringverdiener attraktiv ist. Sie haben davon gesprochen, dass man überlegen muss, ob die Rentenanpassungsformel auf Geringverdiener ausgedehnt werden muss und wie das passieren könnte.

Derzeit ist es so – und davon redet DIE LINKE tatsächlich nie –, dass es eine Rentenanpassungsformel gibt, die dafür sorgt, dass die Unterschiede im Lohnniveau zwischen Ost und West, die es vor 1989 gab und die es eben immer noch gibt, annähernd ausgeglichen werden. Das gilt für alle Einkommensbezieher, unabhängig davon, ob sie viel verdienen oder wenig, ob sie derzeit schon 100 % des Westniveaus erreicht haben oder nicht. Diese Lohn-

anpassungsformel gilt für alle. Wir müssen uns fragen, ob das gerecht ist oder wir nicht eine andere Lösung finden müssen. Sie sprechen immer von der Angleichung der Rentenwerte; aber davon, dass es diesen anderen Mechanismus gibt, der eine Aufwertung der ostdeutschen Renten zur Folge hat, sprechen Sie im Allgemeinen nicht. Wir müssen überlegen, ob wir an dieser Stelle eine andere Lösung finden können, die auch Geringverdiener stärker im Alter profitieren lässt.

Aber wir stimmen heute diesem Antrag zu. Ich habe erklärt, warum. Wir haben Langzeitarbeitslose, die von Armut im Alter bedroht sind. Das ist eine Möglichkeit, dort etwas entgegenzusteuern, bis uns irgendwann der große Wurf gelingt.

Danke.

(Beifall bei den GRÜNEN und der Linksfraktion)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Gibt es in der allgemeinen Aussprache von den Fraktionen noch Redebedarf? – Das kann ich nicht erkennen. Ich erteile der Frau Staatsministerin Clauß das Wort.

Christine Clauß, Staatsministerin für Soziales: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Drohende Altersarmut beschäftigt seit geraumer Zeit gleichermaßen Gesellschaft und Politik. Mit ihrem Antrag auf Anhebung des Beitrags zur gesetzlichen Rentenversicherung für Bezieherinnen und Bezieher von Arbeitslosengeld II versucht die Linksfraktion zu vermitteln, dass drohende Altersarmut dadurch vermieden werden könnte.

(Dr. Dietmar Pellmann, Linksfraktion:
Vermindert!)

Dieses Ziel ist wünschenswert und sowohl für die Staatsregierung als auch für mich ein besonders wichtiges Anliegen. Wir brauchen eine armutsfeste Alterssicherung aus der gesetzlichen Rentenversicherung,

(Beifall des Abg. Dr. Dietmar Pellmann,
Linksfraktion)

denn sie ist eine Grundbedingung für die Akzeptanz des Systems der gesetzlichen Rentenversicherung.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren! Altersarmut ist gegenwärtig noch kein dringendes sozialpolitisches Problem: Wer in den Neunzigerjahren oder davor in Rente gegangen ist, weist in der Regel eine kontinuierliche Erwerbsbiografie auf. Dies spiegelt sich in der Höhe der beitragsbezogenen gesetzlichen Rente wider. Allerdings kann sich das für künftige Rentnerinnen und Rentner anders gestalten, sofern sie lange Phasen von Arbeitslosigkeit oder Selbstständigkeit ohne Absicherung durchlaufen haben. Die Vermeidung von Altersarmut ist daher eine große Herausforderung.

Die Anhebung des Beitrags zur gesetzlichen Rentenversicherung für Bezieherinnen und Bezieher von Arbeitslo-

sengeld II ist einer von mehreren möglichen Schritten zur Vermeidung von Altersarmut. Ich weise jedoch darauf hin, dass ein solches Vorgehen eine beschäftigungspolitische Resignation offenbart und die mit langfristige Bezug von Arbeitslosengeld II verbundene Arbeitslosigkeit als verfestigt und politisch nicht zu gestaltende Tatsache anerkennt. Zudem sieht das Jahresgutachten 2007/2008 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in einer solchen Beitragsanhebung – diese wäre vom Bundeshaushalt zu tragen – sehr große und kaum zu kalkulierende fiskalische Risiken.

Die Fraktion DIE LINKE steht damit im Widerspruch zu dem ebenfalls angestrebten zentralen Ziel der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte. Außerdem bestätigt das Gutachten, dass eine wirksame Arbeitsmarktpolitik, die nachhaltig auch die Beschäftigungsmaßnahmen – auch von gering Qualifizierten – erhöht und das Ausmaß der Langzeitarbeitslosigkeit verringert, die bessere Strategie zur Verhinderung von Altersarmut ist.

Beschäftigungspolitik allein ersetzt Rentenpolitik nicht. Aber gute Rentenpolitik kann nur gelingen, wenn sie auf beschäftigungspolitischen Erfolgen beruht. Auch das sagt das Gutachten. Altersarmut ist ein komplexes Problem. Sie bedroht insbesondere Menschen in prekären Beschäftigungsverhältnissen, Menschen mit Lücken in der Erwerbsbiografie, geringfügig Beschäftigte und Selbstständige mit geringem Einkommen und ohne eigene Angestellte. Für diese besonders gefährdeten Gruppen gilt es, wirksame Maßnahmen zur Verringerung des Risikos der Altersarmut zu finden.

Die Koalitionsfraktionen haben deshalb bereits im Juli 2008 den Antrag „Programm für eine zukunftsfähige Rente“ in den Landtag eingebracht. Dieser Antrag beinhaltet unter anderem, sich auf Bundesebene – gemeinsam mit anderen neuen Bundesländern – dafür einzusetzen, dass die gesetzliche Rente für langjährige Beitragszahler auch künftig eine ausreichende Lebensgrundlage bildet. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist ein aufeinander abgestimmtes Maßnahmenbündel zu prüfen. Diesem Zweck dient der genannte Antrag – es war die Drucksache 4/12868.

Meine Damen und Herren! Der Antrag der Fraktion DIE LINKE ist verfrüht. Derzeit befinden sich mögliche Handlungsoptionen in der Prüfung. Das Hauptaugenmerk liegt dabei auf der Zielgenauigkeit der Optionen sowie den sich daraus ergebenden Konsequenzen, um diesem sehr wichtigen Anliegen gerecht werden zu können.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Das Schlusswort hat die Linksfraktion. Ich erteile Herrn Dr. Pellmann das Wort. Bitte.

Dr. Dietmar Pellmann, Linksfraktion: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sie werden

Nachsicht mit mir haben müssen, dass ich nicht auf alle angesprochenen Probleme eingehen kann.

Herr Krauß, Ihnen muss ich vorwerfen – nicht erst seit heute –, dass Sie zum wiederholten Male Arbeitslosigkeit in einer Weise individualisieren, dass die Leute Schuldgefühle entwickeln könnten. Ich sage Ihnen deutlich, die Position meiner Fraktion ist: Arbeitslosigkeit ist ein gesellschaftliches Gesamtproblem.

(Beifall bei der Linksfraktion)

Dort müssen wir ansetzen und diese insgesamt bekämpfen. Herr Krauß, das muss ich Ihnen ins Stammbuch schreiben: Sie spielen hier in unzulässiger – vielleicht auch unverantwortlicher – Weise auf prekäre Jobs an, zu denen Hartz-IV-Betroffene nicht freiwillig hingehen; sie werden gezwungen. Das nehme ich Ihnen persönlich übel. Das geht nicht.

(Beifall bei der Linksfraktion)

Eines ist klar: Hartz IV hat zu einer Absenkung oder zumindest zu einem Stillstand des Durchschnittslohnniveaus geführt. Es liegt nicht nur an den Betroffenen, dass sie in eine problematische Lage geraten sind. Insofern erfüllt Hartz IV auch einen völlig anderen Zweck.

Sie sagen, dass wir keine eigenen Vorschläge machen. Ich muss Sie wirklich bitten, aufmerksam die gesamten Plenardebatten im Sächsischen Landtag zu verfolgen. Wir werden Ihnen nicht den Gefallen tun, bei jedem Antrag unser gesamtes Vorschlagspaket zu wiederholen, damit Sie es endlich zur Kenntnis nehmen. Es gibt keine Fraktion in diesem Hause, die so viele konstruktive arbeitsmarktpolitische Vorschläge wie die Linksfraktion gemacht hat.

(Beifall bei der Linksfraktion – Gelächter bei der CDU – Zuruf der Abg. Caren Lay, Linksfraktion)

Frau Staatsministerin Clauß, wir kennen uns sehr lange. Ich möchte deshalb das Problem nur kurz ansprechen: Sie gehen wie viele andere in der Literatur – in der liberalen Literatur – davon aus, dass wir es heute mit dem Problem der Altersarmut noch nicht richtig zu tun hätten. Ich sage Ihnen eines – das haben wir immer wieder in Ausschüssen diskutiert –: Wir können uns nicht eine Armutsgrenze ausdenken, die sich an dem sogenannten Existenzminimum, das Sie jeden Tag anders definieren, bemisst. Das geht nicht. Wir haben bereits heute mit Altersarmut in Sachsen zu tun, und das nicht zu knapp.

(Caren Lay, Linksfraktion: So ist es!)

Sie wird steigen. Darin stimmen wir überein. Aber so zu tun, als ob es heute noch keine Altersarmut gäbe, geht nicht.

(Beifall bei der Linksfraktion)

Wir wollten keine generelle Rentendebatte führen. Insofern werde ich darauf aus Zeitgründen nicht mehr gesondert eingehen.

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Ich bitte Sie, zum Schluss zu kommen.

Dr. Dietmar Pellmann, Linksfraktion: Eines möchte ich Ihnen noch sagen: Wir werden in Zukunft sehr wohl Rentendebatten führen. Ich kann Ihnen jetzt schon voraussagen: Es werden keine Debatten sein, in denen wir über zu wenig Kinder jammern, sondern in denen wir Ihnen sagen, wie in diesem Lande die gesellschaftlichen Reichtümer umverteilt werden müssen, damit endlich alle eine existenzsichernde Rente erhalten können. Das ist möglich.

(Beifall bei der Linksfraktion)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Herr Dr. Pellmann, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Dr. Dietmar Pellmann, Linksfraktion: Schließlich möchte ich ein letztes Wort an die NPD richten: Bei Ihnen

scheint der so oft gepriesene Widerstand gegen Hartz IV davon abzuhängen, ob jemand krank ist oder nicht. Mehr muss ich dazu nicht sagen.

(Zuruf des Abg. Jürgen Gansel, NPD)

Im Übrigen bitte ich Sie, unserem Antrag zuzustimmen. Wir können nicht warten, bis irgendjemand entschieden hat, wo es langgehen soll.

(Beifall bei der Linksfraktion)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Meine Damen und Herren! Ich stelle die Drucksache 4/11135 zur Abstimmung und bitte bei Zustimmung um Ihr Handzeichen. Die Gegenstimmen? – Danke. Gibt es Stimmenthaltungen? – Bei keinen Stimmenthaltungen und einer größeren Anzahl von Stimmen dafür ist der Antrag dennoch nicht beschlossen worden. Dieser Tagesordnungspunkt ist beendet.

Erklärung zu Protokoll

Dr. Johannes Müller, NPD: Während Sie sich unseren Anträgen fortwährend verweigern und damit den Sachsen ein Leben mit existenzsichernder Arbeit vorenthalten, fällt Ihnen nun endlich auf, dass Hartz IV nicht nur jetzt inhuman ist, sondern auch die Altersarmut von morgen darstellt.

Nun, nachdem sich Hartz IV manifestiert hat, versuchen Sie, wie schon 2004, in populistischer Weise das Thema wieder auf die Agenda zu setzen und daraus Kapital zu schlagen. Nichts anderes ist man jedoch von Ihnen gewohnt, denn das gleiche Verhalten zeigten Sie schon im Jahr 2004. In der Zwischenzeit aber setzten Sie fleißig in Mecklenburg-Vorpommern bis 2006 und in Berlin noch heute diesen sozialen Kahlschlag um.

Aber zu Ihrem Antrag und um es vorwegzunehmen: Er ist kurzsichtig, demagogisch und gaukelt den Arbeitslosengeld-II-Empfängern lediglich etwas vor, was so nicht eintritt. Sicher ist es richtig, dass aufgrund der jetzt schon eingetretenen Altersarmut sich diese mit den kargen Einzahlungen in die Rentenversicherung für Sozialleistungsempfänger noch verschärfen wird und die Kommunen dafür aufkommen sollen, was Bund und Länder verzapft haben, wofür Sie, meine Damen und Herren von der Linken, entscheidend mitverantwortlich sind.

Was aber, so stellt sich die Frage, würde sich am gesellschaftlich-sozialen Kahlschlag mit diesem Antrag ändern? Nichts, denn das System bliebe das gleiche. Insofern nützt Ihre Initiative weder gesellschaftlich noch wirtschaftlich jemandem, ganz im Gegenteil, der Sozialabbau bliebe gleich. Dass dies von der Linken auch so gewollt ist – lediglich hier und da ein paar Systemstellschrauben gedreht werden sollen, um es wenigstens einigermaßen am Laufenden zu halten –, offenbart sie hiermit erneut. Mag sein, dass Sie sich damit weiter anbieten wollen, dies

allerdings nur bei denjenigen, die für die Agenda 2010 und damit Hartz IV verantwortlich sind.

So führen Sie in der Antragsbegründung weder einen vernünftigen noch nachvollziehbaren Vorteil für die betroffenen Hartz-IV-Empfänger an, der den Betroffenen eine Aussicht auf Verbesserung ihrer Lebenslage bietet.

Schauen wir uns den Antrag, den Beitrag zur gesetzlichen Rentenversicherung auf das Niveau des jeweils geltenden Mindestbeitrages anzuheben, näher an, dann haben Sie die Bundespolitik völlig außer Acht gelassen. Gerade diese hat aber bekanntlich begonnen, die Renten auf ein kapitalorientiertes System umzustellen, und damit verbunden ist, dass das gesetzliche Rentenniveau abgeschmolzen wird. Ihr Antrag bedeutet daher nichts anderes als eine volkswirtschaftliche Umverteilung von den Kommunen auf den Bund unter Beibehaltung der Auflösungserscheinungen des deutschen Rentensystems.

Freilich, die Kommunen dürften mit diesem Antrag zukünftig unter der Prämisse der Beibehaltung dieses Systems eine Entlastung erfahren, wenn denn die Kapitalumstellung gestoppt werden würde. Aber erstens ist es unwahrscheinlich – betrachtet man die Politik der vergangenen 20 Jahre –, dass sich dieses System weiter hält, und zweitens stellt dieser Antrag nur ein weiteres Gleis auf dem Verschiebebahnhof der Globalisierung dar, die den Menschen lediglich als Humankapital bis ins Alter betrachtet. Dieser Antrag unterstreicht dies denn auch noch.

Wenn der zukünftige Rentner es schaffen würde, auf das Niveau der Mindestrente, also Sozialhilfeniveau, zu kommen, dann läge der einzige Vorteil für ihn in einer besseren Zuverdienstmöglichkeit, also Arbeiten im Rentenalter. Dies kann aber nicht im gesellschaftlichen Interesse liegen, wie allerdings auch die begonnene Rentenreform.

Wie unsicher die Lastenverteilung derzeit und wie unberechenbar diese für die Zukunft ist, darauf macht die Stellungnahme des Sozialministeriums aufmerksam. Nicht umsonst lautet es darin, dass es sich lediglich um Werte für das Jahr 2008 handelt. Augenscheinlich wollen Sie dies aber nicht wahrnehmen.

Was wir brauchen, ist eine politische Umsteuerung, die zurück auf die sozialen Werte findet. Die Menschen

brauchen Arbeit, von der sie einerseits leben und andererseits von deren Früchten in Ruhe altern können. Da Ihr Antrag den Bürgern zwar nichts weiter nützt, um aus der gesellschaftlichen Misere zu finden, andererseits aber auch keinen Schaden anrichtet, einzig ein vager Vorteil für die Kommunen auszumachen ist, werden wir uns enthalten.

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Wir kommen zu

Tagesordnungspunkt 5

Bundsratsinitiative für die Einführung einer bundesweiten „Gefährder-Datei-Sexualstraftaten“ (GDS)

Drucksache 4/13091, Antrag der Fraktion der NPD

Hierzu können die Fraktionen Stellung nehmen. Die Reihenfolge in der ersten Runde lautet: Als Einreicherin spricht die NPD-Fraktion, danach folgen CDU, Linksfraktion, SPD, FDP, GRÜNE und die Staatsregierung, wenn gewünscht. Ich erteile der NPD-Fraktion das Wort; Herr Gansel, bitte.

Jürgen Gansel, NPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Sie müssen bei den folgenden Zeilen nicht sofort aufheulen. Insbesondere DIE LINKE sollte aufmerksam zuhören, werden folgende Fragen doch von einer linken Parteifunktionärin gestellt. Dort heißt es: „Was tut denn der deutsche Staat, um insbesondere kleine Kinder, die überwiegend Opfer von körperlicher Misshandlung, sexuellem Missbrauch, Vernachlässigung und psychischer Misshandlung werden, zu schützen? Trägt der Staat nicht sogar dazu bei, dass sich die Lebensbedingungen verschlechtern, indem man Reichtum von unten nach oben umverteilt, seit Jahrzehnten die Arbeitslosigkeit nicht wirksam bekämpft und die existenzielle Sicherheit der Familien durch den Abbau von Arbeitnehmerrechten und die Kürzung von Sozialleistungen untergräbt?“

Diese Fragen von brennender Aktualität und tiefer Wahrfähigkeit wirft in ihrem neuen Buch mit dem Titel „Dein Kind will dich“ eine gewisse Christa Müller auf. Eben jene Christa Müller ist Ehefrau von Oskar Lafontaine, die als Familienpolitische Sprecherin der saarländischen Linken Positionen vertritt, mit denen sie in der NPD viel besser aufgehoben wäre.

Müllers berechtigte Frage, was denn der Staat tut, um Kinder vor sexuellen Misshandlungen zu schützen, kann leicht beantwortet werden. Dieser liberale Weggucker-Staat tut viel zu wenig und auch viel weniger, als er mit ganz einfachen Mittel tun könnte. Das vielleicht schlagkräftigste Beispiel dafür ist die jahrelang geführte Diskussion über die Einführung einer bundesweiten Gefährder-Datei, in der die Daten vorbestrafter Sexualstraftäter zentral erfasst werden.

(Zuruf des Abg. Martin Dulig, SPD)

Mit einer solchen Datei wäre nach Auffassung der NPD ein sinnvoller Anfang für einen besseren Schutz der

Kinder gemacht, denn die Rückfallgefahr bei Sexualstraftätern ist enorm hoch. Nach Angaben der „Bild am Sonntag“ vom 24. August liegt die Rückfallquote von straffällig gewordenen Pädophilen bei über 50 %. Da das Dunkelfeld bei diesen Straftaten besonders groß ist, gehen einzelne Wissenschaftler sogar von Rückfallquoten von bis zu 80 % aus.

Der frühere Bewährungshelfer Karl Rohr erklärt im Interview mit der gleichen Zeitung: „Seit 15 Jahren kümmere ich mich um Sexualstraftäter. Ich habe oft große Schwierigkeiten damit, wie frei und unkontrolliert sich diese Männer bewegen können. In Deutschland kontrolliert man gerade die Täter, die rückfällig werden könnten, zu wenig. Außerdem klappt der Datenaustausch zwischen Polizei und Justiz in vielen Fällen nicht. Zieht ein Sexualstraftäter in ein anderes Bundesland, weiß die Polizei dies oftmals gar nicht.“ – So der Bewährungshelfer Karl Rohr.

Aus genau diesem Grund fordert der Bund Deutscher Kriminalbeamter schon seit vielen Jahren die Einführung einer bundesweiten Gefährder-Datei für Sexualstraftaten. In einzelnen Bundesländern gibt es solche Dateien bereits. Den Anfang machte der Freistaat Bayern, der am 1. Oktober 2006 die Datenbank HEADS einführte, was für „Haft-Entlassenen-Auskunftsdatei Sexualstraftäter“ steht. Die beim Bayerischen Landeskriminalamt geführte Datei sammelt Erkenntnisse zur Person des Haftentlassenen, zum Strafmaß, zur Haftführung und zu gerichtlichen Auflagen nach der Entlassung. Von Polizeispezialisten werden die haftentlassenen Sexualstraftäter außerdem nach ihrem Gefährdungspotenzial für Rückfälle eingestuft. Diese Informationen werden dann den zuständigen Polizeidienststellen am Wohnort des Entlassenen übermittelt, damit sie ihn im Auge behalten und Kontakt mit dem Bewährungshelfer und den Behörden halten können.

Niedersachsen und Hamburg sind dem bayerischen Beispiel bereits gefolgt und haben im November 2007 ebenfalls Sexualtäterdateien eingerichtet. Auch Hessen hat im Januar dieses Jahres ein Maßnahmenpaket verabschiedet, um aus der Haft entlassene Sexualstraftäter künftig stärker zu kontrollieren, was nach der Bildung einer rot-grünen-dunkelroten Regierung freilich wieder zurückgenommen werden dürfte. Das Konzept in Hessen

umfasst ein „Sicherheitsmanagement“ mit besonders ausgebildeten Bewährungshelfern und einer zentralen Datei beim Landeskriminalamt. 23 neu eingestellte und speziell ausgebildete Bewährungshelfer betreuen als sogenannte Sicherheitsmanager rückfallgefährdete Täter und leisten damit einen wichtigen Beitrag zur Verbrechensprävention. Auch in Schleswig-Holstein wird zum 1. Oktober dieses Jahres ein neues Sicherheitskonzept eingeführt.

Immer mehr Bundesländer werden also initiativ, um vorbestrafte Sexualstraftäter wenigstens besser erfassen und überwachen zu können, wenn man sie schon nicht in langjährige Sicherungsverwahrung nehmen will.

Nur in Sachsen läuft es anders. Hier preschte Innenminister Buttolo im März 2007 nach dem Mord an dem neunjährigen Mitja in Leipzig mit einem umfangreichen Forderungskatalog zum besseren Kinderschutz vor. Aber es war nur die übliche konservative Ankündigungsrhetorik, die Aktivität vortäuscht, wo nur fahrlässiger Stillstand herrscht.

Ich bin schon gespannt, wie CDU-Redner gleich geworden zu erklären versuchen, warum in Sachsen nicht das zum Schutz der Kinder getan wird, was in anderen unionsregierten Bundesländern ganz selbstverständlich ist. Mit zwei billigen Vorwänden für die Ablehnung des NPD-Antrages rechne ich schon jetzt: erstens, dass die CDU NPD-Anträge grundsätzlich ablehne – völlig losgelöst von deren Inhalt –, und, zweitens, dass die NPD mit ihrem Antrag wieder einmal ihren „braunen Ungeist“ entlarve,

(Dr. Cornelia Ernst, Linksfraktion: Sehr gut!)

weil ja auch im Dritten Reich mit Perversen und Kindermördern nicht zimperlich umgegangen wurde.

(Stefan Brangs, SPD: Selbstkritik ist der erste Weg zur Besserung!)

Ich bin gespannt auf die Redemanuskripte, die wir gleich noch zu Gehör bekommen. Aber mal im Ernst: Wenn Sie den vorliegenden NPD-Sachantrag zur Einführung einer Gefährder-Datei für Sexualstraftäter mit dem irrigen Verweis auf den Nationalsozialismus ablehnen sollten, sollten Sie sich gleichzeitig nach einem guten Arzt umsehen.

(Einzelbeifall bei der NPD)

Was forderte Albrecht Buttolo nun im März 2007, ohne dass seinen Worten auch nur eine einzige Tat folgte? Die Eckpunkte des Innenministers sahen damals vor:

- erstens die Einrichtung eines ressortübergreifenden Gremiums für die Abstimmung von Maßnahmen zur Überwachung rückfallgefährdeter Sexualstraftäter in Sachsen;
- zweitens ein Eintrittsrecht der Polizei in die Wohnungen verurteilter Sexualstraftäter nach § 25 des Sächsischen Polizeigesetzes;

- drittens die Einrichtung einer allgemein zugänglichen Sexualstraftäterdatei, des sogenannten Internetprangers, damit sich Eltern kundig machen können, ob Perverse im Lebensumfeld ihrer Kinder wohnen;

- viertens die Nutzung des kommunalen Melderegisters und seine Verknüpfung mit der Sexualstraftäterdatei und

- fünftens die Erhebung von DNA-Daten bei erkennungsdienstlichen Maßnahmen.

Nachdem Herr Buttolo dem Kabinett seine Vorschläge präsentiert hatte, erhob sich scharfer Protest von Datenschützern und der politischen Linken, für die auch Sexualstraftäter ein uneingeschränktes Recht auf Schutz ihrer Menschenwürde haben, wie bei einer früheren, von der NPD beantragten Debatte der SPD-Abgeordnete Bräunig offen bekannte.

Doch anstatt wenigstens einen Teil seiner Pläne in die Tat umzusetzen und sich mit den Datenschützern über das Machbare abzustimmen, ließ Innenminister Buttolo seine Pläne nach dem linken Protestgeschrei komplett in den Schubladen verschwinden. Die Inaktivität der Staatsregierung ist unerklärlich und geradezu fahrlässig, wenn man bedenkt, dass sich allein in Leipzig 250 vorbestrafte Sexualstraftäter frei und unbeaufsichtigt bewegen können – 250 tickende Zeitbomben allein in Leipzig –, ohne dass staatliche Sicherheitsmaßnahmen existieren, um zu verhindern, dass sich diese Gefährdergruppe in aller Ruhe neue Opfer sucht.

Diese Zustände sind unerträglich. Lassen Sie uns deshalb gemeinsam einen ersten Schritt für einen besseren Schutz der Kinder tun und stimmen Sie für den NPD-Antrag auf eine Bundesratsinitiative zur Einführung einer bundesweiten Gefährder-Datei für Sexualstraftäter! Näheres dazu wird Ihnen noch mein Kollege Dr. Müller erläutern.

Danke.

(Beifall bei der NPD)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Die CDU-Fraktion? – Die Linksfraktion? – Die SPD? – Herr Abg. Bräunig, bitte.

Enrico Bräunig, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sexualstraftaten an Kindern gehören zu den schlimmsten Verbrechen, die wir kennen. Abscheu und Wut darüber sind zu Recht groß. Mit Abscheu und Wut erfüllt mich aber auch der Populismus der NPD;

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

denn es ist geradezu unerträglich, dass zu einem Zeitpunkt, an dem ganz Leipzig den tragischen Tod der achtjährigen Michelle betrauert und sich eine ganze Stadt in Solidarität mit unserer Polizei an der Suche nach dem Täter beteiligt, die NPD daherkommt und sich die Wut und Trauer vieler Menschen für ihre politischen Zwecke zunutze macht.

(Beifall bei der SPD, der CDU, der Linksfraktion, der FDP, den GRÜNEN und der Staatsregierung –
Jürgen Gansel, NPD: Reden Sie doch mal
über die gesellschaftlichen Ursachen
und nicht nur über die Folgen!)

– Sie sind in Ihrer Rede nicht darauf eingegangen; Sie haben sich wahrscheinlich aus gutem Grund zurückgehalten, Herr Gansel. Aber in der schriftlichen Antragsbegründung verraten Sie sich schamlos: dass nämlich der Tod von Michelle nach dem hässlichen Auftreten der NPD in Leipzig erneut für eine vordergründige Botschaft missbraucht werden soll.

Das werden wir nicht zulassen und viele Leipzigerinnen und Leipziger haben bereits Anfang des Monats ebenfalls gezeigt, dass sich die übergroße Mehrheit von der NPD nicht instrumentalisieren lässt.

(Beifall bei der SPD, der CDU, der Linksfraktion,
der FDP, den GRÜNEN und der Staatsregierung)

Wir sind es den Opfern von Sexualstraftätern schuldig, meine Damen und Herren, dass wir eine ernste und seriöse Debatte über den Umgang mit Sexualstraftätern führen. Deswegen verbietet es sich auch, mit der NPD hier in eine vertiefte Sachdebatte einzusteigen.

(Jürgen Gansel, NPD: Dann werden Sie
doch mal aktiv, Sie sind die Regierung!)

So viel muss aber gesagt werden: Die Politik ist in den letzten Jahren keinesfalls untätig geblieben, wie Sie es hier der Öffentlichkeit weismachen wollen.

(Jürgen Gansel, NPD: In Sachsen schon!)

Das Sexualstrafrecht und die Vorschriften zur Sicherungsverwahrung sind mehrfach novelliert worden. Die Führungsaufsicht ist verbessert worden und auch die polizeiliche Erfassung von Sexualstraftätern wurde ausgedehnt.

So hat der Freistaat Sachsen beispielsweise am 27. Juni dieses Jahres eine Verwaltungsvorschrift erlassen zur Einrichtung eines Informationssystems zur Intensivüberwachung besonders rückfallgefährdeter Sexualstraftäter, und es wurde zum 1. September dieses Jahres bei der Generalstaatsanwaltschaft eine Zentralstelle und beim Landeskriminalamt eine operative Stelle zur Abwehr von Gefahren durch rückfallgefährdete Sexualstraftäter eingerichtet.

Der Deutsche Bundestag wird sich ferner auf Initiative des Bundesrates mit einer Verbesserung der Aussagekraft polizeilicher Führungszeugnisse bei Sexualstraftaten befassen, und die Innenminister von Bund und Ländern sind in Kontakt, um eine bundesweit bessere Vernetzung von Daten herbeizuführen.

Es muss aber auch gesagt werden, dass die Resozialisierung von Straftätern und der Datenschutz zu Recht verfassungsrechtliche Grenzen setzen und beispielsweise einen Internetpranger nach amerikanischem Vorbild nicht

zulassen. Ein absoluter Schutz vor Triebtätern lässt sich auch durch noch so scharfe Gesetze nicht erreichen.

Es ist deshalb dringend erforderlich, verstärkte Maßnahmen zur gesellschaftlichen Sensibilisierung des Phänomens „Kindesmissbrauch“ im Ganzen zu ergreifen. Die Täter müssen begreifen, dass es weder in der Familie – dem häufigsten Ort des Missbrauchs – noch sonst in der Gesellschaft Rückzugsräume gibt, in denen sie ungestraft ihre Neigungen ausleben können.

(Beifall bei der SPD)

Es gilt – ohne die kindliche Unbefangenheit zu zerstören oder ein Klima der Angst oder Denunziation zu schaffen –, Kinder im Umgang mit eigener und fremder Sexualität so zu wappnen, dass bereits Kontaktabbahnungen zum Entdeckungsrisiko potenzieller Täter werden. Auch Forschung und Therapie im Umgang mit Sexualstraftätern müssen gestärkt werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir dürfen in unseren Anstrengungen, Kinder so gut wie möglich vor Sexualstraftaten zu schützen, nicht nachlassen. Ich kann Ihnen versichern, dem fühlen sich die Koalitionsfraktionen in diesem Hohen Hause verpflichtet. Die Agitation der NPD ist jedenfalls kein Beitrag zum Schutz unserer Kinder.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, der CDU, der Linksfraktion,
der FDP, den GRÜNEN und der Staatsregierung)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Die FDP-Fraktion; Herr Dr. Martens.

Dr. Jürgen Martens, FDP: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Anlass dieses Antrages ist allen bekannt; er liegt auf der Hand: der Tod der kleinen Michelle in Leipzig. Solche Taten wecken Fassungslosigkeit, Wut, Trauer; sie hinterlassen Ratlosigkeit ob der schrecklichen Sinnlosigkeit solcher Taten. Der Täter, der die kleine Michelle umgebracht hat, ist bisher noch nicht ermittelt. Aber im Sächsischen Landtag gibt es eine Fraktion, die schon genau Bescheid weiß – das ist die NPD –, und sie hat auch gleich die Lösung, und zwar gleich mehrere. In Leipzig zieht sie johlend durch die Stadt und verlangt die Todesstrafe für Kinderschänder;

(Jürgen Gansel, NPD:
Von Johlen kann keine Rede sein!)

und hier im Landtag gibt sie sich auf einmal als sachbezogene Partei, die einen, wie Herr Gansel sagt, Sachantrag einbringt.

Schauen wir uns doch diese Forderungen einmal im Einzelnen an. Der Inhalt einer bundesweiten Datei, die beim Landeskriminalamt oder bei Landeskriminalämtern geführt werden soll, erfasst alle verurteilten Straftäter. Man kann auch ergänzen, es handelt sich um Sexualstraftäter. Freigangsdaten aus dem Vollzug, sämtliche Weisungen der Führungsaufsicht sollen dort eingestellt werden,

ein Gutachten der Justiz, polizeiliche Gefährdungsanalysen, und das Ganze soll dann abgerufen werden von allen Behörden, die in ihrer Aufgabenstellung irgendetwas mit Kindern zu tun haben.

Der Zweck ist, die soziale Umgebung eines möglicherweise mit Unfallrisiko behafteten Täters zu schützen. Sämtliche Begriffe erweisen sich, wenn man sie genauer anschaut, als unbestimmt; sodass es überhaupt nicht richtig möglich ist festzustellen, was hier eigentlich in die Datei eingestellt werden soll, welche Gutachten berücksichtigt werden sollen. Machen Sie sich vielleicht die Mühe nachzuschauen, welche Weisungen im Rahmen der Führungsaufsicht erteilt werden können, beispielsweise welche Befunde bei einer Vorstellung beim Arzt nach einer Anordnung nach § 68b Abs. 1 Nr. 11 StGB eingestellt und weitergegeben werden können?

Was soll eine polizeiliche Gefährdungsanalyse sein? All diesen Mühen unterziehen Sie sich überhaupt nicht. Sie stellen einfach eine Forderung rein in der Hoffnung, sie werde irgendwo, irgendwie gut ankommen, meine Damen und Herren.

Das Rechtsstaatsgebot und die Mühen, sich mit den gesetzlichen Grundlagen Ihres Wunsches auseinanderzusetzen, sind für Sie Details, an die Sie sich nicht verschwenden. Eine solche Datei, meine Damen und Herren, wie Sie sie hier konzipieren und aufreißen, wird es nicht geben. Die Arbeit ist wesentlich mühseliger, sie ist detaillierter; aber dieser Arbeit stellen Sie sich nicht. Sie sind vielleicht auch sachlich dazu gar nicht in der Lage.

Der Zweck dieses Antrages ist ein politischer Antrag. Das ist kein Sachantrag, den Sie hier stellen. Mit diesem Antrag möchten Sie eine Zweiwegestrategie aufmachen. Auf der Straße demonstrieren Sie für die Todesstrafe, obwohl Sie wissen, dass es verfassungswidrig wäre, obwohl das nie kommen würde, jedenfalls nicht in einem Rechtsstaat. Sie wissen es ganz genau,

(Beifall bei der FDP und der CDU)

und trotzdem tun Sie es.

Dazu sage ich, dass Sie das in der Absicht tun, weil Ihnen dieser Rechtsstaat, weil Ihnen die Verfassung, weil Ihnen die Rechte völlig egal sind; und egal sind Ihnen auch tote Kinder. Sie dienen Ihnen nur als Mittel zum Zweck für Ihren Stimmenfang, Stimmenfang um jeden Preis.

(Dr. Müller, NPD: Sie haben doch die Kinder auf dem Gewissen mit Ihrer Politik!)

Ich finde das ziemlich eklig.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Die Fraktion der GRÜNEN möchte nicht sprechen. Dann rufe ich jetzt wieder die NPD auf. – Nein, später. Dann frage ich die Staatsregierung. – Möchte jemand sprechen? – Somit rufe ich jetzt das Schlusswort auf.

Dr. Johannes Müller, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich denke, es ist die Aufgabe einer Oppositionspartei, Dinge anzusprechen. Wenn man die Problematik Sexualstraftaten an Kindern nimmt, sind wir ja die einzige Partei, die dies im Plenum hier angesprochen hat. Ich denke, das ist auch der legitime Weg, den eine Partei gehen kann, wenn sie im Parlament sitzt.

Ich bringe noch einmal die Dinge zu Gehör, die zum Teil schon mein Kollege Gansel gesagt hat: „Die Zeit des Redens muss vorbei sein“ – so Innenminister Buttolo im Gespräch mit „Spiegel-online“ am 7. März 2007 über seine Idee, einen öffentlich zugänglichen Internetpranger für vorbestrafte Sexualtäter einzurichten. Weiter führte er aus: „Der Bürger soll die Chance bekommen, Gefahren zu erkennen und diese auch durch Eigenverhalten zu minimieren.“ Jeder andere als der Innenminister wäre für eine solche Äußerung im Verfassungsschutzbericht als rechts-extrem registriert worden; darin gebe ich Ihnen Recht, Herr Brangs. Der Koalitionsredner Bräunig traut sich aber auch nicht, sich darüber zu mokieren, wenn in Leipzig Bürger friedlich für das Recht auf eine sichere Kindheit demonstrieren. Auch das ist irgendwo doppelzünftig, was da kommt.

Dieses Recht, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist in unseren Tagen auf das Höchste gefährdet. In Deutschland wird jährlich eine große Zahl von Kindern misshandelt. Die Tatbestände reichen von körperlicher Misshandlung, über sexuellen Missbrauch bis hin zu Vergewaltigung und Mord. 2004 wurden 15 255 Fälle sexuellen Missbrauchs von Kindern erfasst. Das Kriminologische Forschungsinstitut in Niedersachsen geht beim Kindesmissbrauch von einer Dunkelfeldrelation von eins zu zehn aus, was auf das Jahr 2004 bezogen bedeuten würde, dass es 150 000 Fälle von sexuellem Missbrauch gegeben hätte.

Diese Zahlen stammen auch aus dem Buch „Dein Kind will dich“ von Christa Müller. Ihr aufrüttelndes Buch zeigt jedem Leser, dass das Gebot der Pflege und der Fürsorge für unsere Kinder in Deutschland immer noch missachtet wird und dass es sich bei den Opfern um die schwächsten Mitglieder unserer Gesellschaft handelt, die sich besonders schlecht wehren und bemerkbar machen können. Die hohen Dunkelziffern legen in bedrückender Weise nahe, dass nur ein geringer Teil dieser Verbrechen an wehrlosen Kindern aufgedeckt wird.

Viele Menschen in Deutschland fragen sich, warum nicht endlich entschlossen an dieser Stelle angesetzt wird, an der kleinen Kindern offensichtlich größte Gefahren drohen, nämlich bei den hochgradig rückfallgefährdeten überführten Sexualstraftätern.

Meine Damen und Herren Kollegen, helfen Sie endlich dabei, ein hilfreiches und wichtiges Instrument zur Verhinderung weiterer derartiger Sexualdelikte zu schaffen und eine bundesweite Gefährder-Datei Sexualstraftaten auf den Weg zu bringen. Dies war ja auch von dem Bundesverband der Kriminalbeamten gefordert worden. Machen wir es in Zukunft einem entlassenen Sexualstraf-

täter in Deutschland unmöglich, sich unerkannt und ohne Beobachtungsdruck ein Opfer auszusuchen, um seinem oft tödlichen Trieb nachgehen zu können! Stimmen Sie deshalb für unseren NPD-Antrag!

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der NPD)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Meine Damen und Herren! Ich stelle nun die Drucksache 4/13091 zur Ab-

stimmung und bitte bei Zustimmung um Ihr Handzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Bei wenigen Stimmen dafür wurde der Antrag mit großer Mehrheit abgelehnt. Ich schließe den Tagesordnungspunkt.

Ich rufe auf den

Tagesordnungspunkt 6

Sächsischen Erfindergeist schützen – Produktpiraterie bekämpfen

Drucksache 4/13046, Antrag der Fraktion der FDP

Es beginnt die FDP; es schließen sich an: CDU, Linksfraktion, SPD, NPD, GRÜNE und die Staatsregierung, wenn sie das wünscht. Ich erteile nun der FDP-Fraktion das Wort; Herr Abg. Günther, bitte.

Tino Günther, FDP: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Als „Plagiarius“ – das heißt Seelenverkäufer – soll der antike römische Dichter Martial im 1. Jahrhundert nach Christus seinen Kollegen Fidencius bezeichnet haben, als dieser Gedichte Martials als die eigenen ausgegeben hat. Für Martial waren die eigenen geistigen Werke wie freigelassene Sklaven: Wer sich ihrer bemächtigte, begehe Plagium, das heißt Menschenraub oder im übertragenen Sinne Seelenverkauf.

Diese Begriffe erscheinen uns heute sehr fern und martialisches. Aber Fidencius ist unser aller Zeitgenosse. Sein zweifelhaftes Tun hat leider überlebt. In welcher historisch vorausschauender Weise soll beispielsweise Russlands ehemaliger Präsident Putin das Diktum „Von der großen Sowjetunion lernen heißt siegen lernen“ umgekehrt und große Teile seiner Dissertation nahezu wörtlich aus einem 1978 erschienenen Buch zweier amerikanischer Professoren wohlwollend übernommen haben. Auch Bertolt Brecht war nicht frei vom Tun; einige Verse seiner Dreigroschenoper entstammen dem Werk eines französischen Dichters aus dem Mittelalter.

Nun sollen Putin und Brecht natürlich nicht als Begründung für unseren heutigen Antrag dienen – verstehen Sie es nicht falsch! –, sondern als Sensibilisierung für das zugrunde liegende Thema; denn abseits solcher Beispiele haben Plagiate und Produktpiraten Einzug in weite Teile unseres Alltags gehalten. Fidencius ist populär geworden. Die betriebswirtschaftlichen Schäden europäischer Unternehmen durch Produktpiraterie belaufen sich laut einer aktuellen Studie jährlich auf geschätzte 35 Milliarden Euro. Insgesamt haben die Zollbehörden in den EU-Ländern im Jahr 2007 Waren im Wert von mehr als 79 Millionen Euro beschlagnahmt, auf die Marken- oder Produktpiraterie zutrafen.

Obwohl bisher leider noch keine konkreten Zahlen für Sachsen vorliegen, verwundert es nicht, wenn sich auch sächsische Betriebe und Unternehmen im Fadenkreuz von Produktfälschung befinden. Hier reicht die Kopierspanne von sächsischen Luxusuhren von Lange & Söhne oder Glashütte Original, innovativen Autoteilen der Firma ATJ aus Johannegeorgenstadt, hochwertigen Küchenprodukten von Omeras aus Lauter über Werkzeugmaschinen von Profiroll aus Bad Dübau bis hin zu kopierten Designs der vogtländischen Stickerei- und Spitzenunternehmen. Zunehmend geraten auch Anzeigen von Fraktionen ins Visier von Plagiaten.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP)

Ein Großteil der Fälschungen geht dabei im wirtschaftlichen Bereich auf asiatische Firmen zurück.

Um in diesem Zusammenhang die Überschrift „China beginnt im Vogtland“ eines Zeitungsartikels im „Vogtländischen Anzeiger“ zu Produktfälschungen im Textilgewerbe aufzugreifen, kann ich sagen: China beginnt auch im Erzgebirge. Als Vertreter dieser erzgebirgischen Kunsthandwerker komme ich an dieser Stelle nicht umhin, darauf hinzuweisen, dass leider besonders die erzgebirgischen Kunsthandwerker und Spielzeughersteller von Marken- und Produktpiraterie betroffen sind.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Produktpiraterie ist ein aktuelles und brisantes Thema und betrifft – wie von mir dargelegt – auch viele sächsische Unternehmen. Lassen Sie uns gemeinsam mit der Wirtschaft diese Betriebe unterstützen, um ihnen einen möglichst effizienten Schutz zu ermöglichen; denn Produktfälschung ist nicht nur ein betriebs-, sondern durch die bedrohten Arbeitsplätze auch ein volkswirtschaftliches Problem.

Auch wenn Asien und China fern sind – Einflussmöglichkeiten gibt es durchaus. Herr Staatsminister Jurk, warum zum Beispiel nicht die nächste Chinareise statt zum Thema „Arbeitsschutz in China“ zum Thema „Produktpiraterie in China“?

(Zuruf des Staatsministers Thomas Jurk)

Immerhin ist China für den Freistaat eines der wichtigsten Exportländer. Seit 1998 haben sich die Ausfuhren verzehnfacht. Das ist doch eine wichtige Aufgabe für den sächsischen Wirtschaftsminister.

Das Ergebnis der wirtschaftlichen Beziehungen kann jedenfalls nicht sein: „In Sachsen erdacht – in Asien gemacht“. Warum nicht auch auf in Sachsen stattfindenden Messen eine demonstrativ stärkere Zollpräsenz oder Informationsangebote zum Thema Produktpiraterie? Beispiele dafür gibt es genug – seien es die Erfahrungen am Messestandort Frankfurt am Main oder, wie erst kürzlich erfolgt, die Zollaktionen während der Internationalen Funkausstellung in Berlin. Auch wenn Sachsen nicht der internationale Messestandort ist – eine Games Convention in Leipzig und die Semicon in Dresden haben wir noch, zumindest für ein Jahr. Kürzlich fand zudem in Leipzig die Fachmesse Cadeaux statt, die auch erzgebirgische Kunsthandwerker zur Präsentation ihrer Produkte nutzen.

Natürlich sehen auch wir, dass es seitens der Wirtschaft noch Handlungsbedarf gibt. Dies war ein Ergebnis der im April stattgefundenen ersten Asienkonferenz des Branchenverbandes Sachsenmetall, auf der ein stärkerer Schutzwillen bei sächsischen Metallfirmen angeregt wurde. Als exemplarisches Beispiel kann hier vielleicht unsere Handwerkskampagne „Original statt Plagiat deutscher Handwerkskunst“ dienen. Gemeinsam mit den Vertretern aus der Wirtschaft und aus dem Handwerk kann die sächsische Politik derartige Bemühungen unterstützen.

(Staatsminister Thomas Jurk:
Haben wir doch gemacht!)

Erste Schritte sind im Rahmen entsprechender förderfähiger Beratungsangebote zum Thema Schutz vor Produkt- und Markenpiraterie in den Richtlinien zur nicht investiven Mittelstandsförderung enthalten, die übrigens nichts anderes als eine Anerkennung der Problematik Produktpiraterie seitens der Politik bedeuten.

Nicht zu vergessen: Es sind letztlich immer Menschen, die in ihrer Rolle als Konsumenten vermeintliche Plagiate kaufen oder dies eben nicht tun. Auch hier kann und muss die Politik sensibilisieren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe Ihnen viele Argumente und Beispiele dafür genannt, damit Sie unserem Antrag heute hier mit gutem Gewissen zustimmen können. Um diese Zustimmung bitte ich Sie hiermit im Namen unserer sächsischen Betriebe, Firmen und Angestellten.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Die CDU-Fraktion, bitte; Herr Abg. Rasch.

Horst Rasch, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In gewisser Weise befinden wir

uns in einer Sitzungsperiode der persönlichen Bekenntnisse: Der Kollege Weichert hat gestern bekannt, dass er als junger Bursche junge Pioniere befehligt hat; heute hören wir von ihm, dass er den Genossen Kossonosow kennt – ich kenne ihn auch; er ist mir sehr vertraut.

Jetzt will ich etwas bekennen: Auch ich habe mich – Kollegen Jurk ist ja jetzt empfohlen worden, er solle sich, wenn er das nächste Mal nach China reist, die schwarze Piratenbinde umbinden – beruflich ausschließlich auf Piratenpfaden bewegt.

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Horst Rasch, CDU: Ja, bitte.

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Herr Weichert, bitte.

Michael Weichert, GRÜNE: Lieber Kollege Rasch, könnten Sie noch einmal überlegen, ob es Michael Weichert war, der die Pioniere kommandiert hat, oder Karl-Heinz Gerstenberg?

(Heiterkeit und Beifall)

Horst Rasch, CDU: Wenn ich genau darüber nachdenke, waren es also zweierlei Bekenntnisse. Okay.

(Fortgesetzte Heiterkeit)

Ich bitte um Nachsicht, aber das Bekenntnis zu Kossonosow haben wir gemeinsam.

Auch ich bin jahrelang Pirat gewesen, nämlich Pirat in Sachen Hard- und Softwarenutzung, weil ich in der Datenverarbeitung der DDR beschäftigt war.

Nun liegt Ihnen, Kollege Günther, natürlich der erzgebirgische Mannmacher sehr am Herzen – uns genauso. Ich habe auch großen Respekt davor, was die Gemeinschaft derer, die dort betroffen sind, bisher schon an Aktivitäten geschafft hat, um sich gemeinschaftlich gegen diese Gefahr zu wappnen.

Wir als CDU-Fraktion hatten vor etwa einem Jahr die nordostdeutsche Textilindustrie besonders im Blick. Wir haben auch seit über einem Jahr einen Antrag im Geschäftsgang, allerdings im kleinen Geschäftsgang, dem unseres Koalitionspartners.

(Heiterkeit)

Leider ist diesbezüglich noch keine Resonanz zu verspüren. Allerdings muss ich feststellen: Das, was wir dort beabsichtigten, dass nämlich der Staat – hier: der Freistaat Sachsen – die Aktivitäten in der nordostdeutschen Textilindustrie unterstützt, sich ihrerseits gegen alle Formen der Produkt- und Markenpiraterie zu wappnen, ist bereits ins Ziel gelaufen. Inzwischen ist die staatliche Förderung zum Zuge gekommen.

Kollege Günther, was Sie als Problemlage beschrieben haben, trifft zu. Gerade der Textilbereich ist aber ein Beispiel, an dem man sehr gut verdeutlichen kann, wie

vielschichtig das Thema ist. Wir haben es mit Schäden an Produkten zu tun, die eine längere Phase auf dem Markt erleben und die insbesondere als Marken langfristig ungefährdet durch die Marktsituationen kommen müssen. Das ist ganz anders als zum Beispiel bei unseren Maschinenbauern, von denen so mancher ganz selbstbewusst erklärt: Solange wir die Innovationsrate bzw. die Innovationszyklen von zwei Jahren durchhalten, sind wir der Anfechtung durch Piraterie allemal gewachsen. – Ganz so sieht es im Textilbereich nicht aus. Dort ist es komplizierter.

Der Staat kann eine ganze Menge tun. Vor allen Dingen kann er erst einmal die Verbraucher aufklären. Das reicht bis hin zu Themen des Gesundheitsschutzes, wo das im Augenblick sehr gut läuft, wenn es um Piraterie bei Medikamenten geht. Der Staat kann auch auf die Hersteller zugehen und ihnen ein Stück weit das Laufen beibringen.

Lassen Sie es mich aber deutlich sagen: Natürlich sind die Akteure der Wirtschaft erst einmal selbst gefordert. Wenn Sie von der FDP fordern, der Staat möge sie bei den Händen nehmen, muss ich anmerken, dass diese Ihre Forderung wohl nicht so ganz FDP-gerecht ist.

(Beifall des Staatsministers Thomas Jurk)

Es gibt sicherlich viele interessante Aufgabenfelder. So müssen technische Vorkehrungen getroffen werden können, damit die Identifikation von Produkten und Marken möglich ist. Dass es insoweit eine ganze Reihe von Feldern sinnvoller Zusammenarbeit gibt, ist klar.

Ich komme auf das Beispiel der Textilindustrie zurück. Da weist sehr viel nach China. Die Verbände, die sich mit dem Thema Produktpiraterie beschäftigen, haben meist eine separate Rubrik „China“ in ihren Internetpräsentationen und Beratungsangeboten. Hier wird aber auch deutlich, dass es notwendig ist – beginnend auf der Bundesebene und sogar auf der Ebene der internationalen Handelsorganisationen –, das Thema zu artikulieren. Es ist schon in Verhandlungen befindlich. Die Bundeskanzlerin begreift es als ihr Thema. Ich gehe davon aus, dass der Wirtschaftsminister, so Gelegenheit dazu ist, seinerseits das Thema im Blick haben wird.

Deutlich scheint mir aber hier vor allen Dingen zu sein – ich schaue auf das Beispiel der Textilindustrie zurück –, dass auch die Industrie selbst ihre Möglichkeiten hat und diese auch nutzt. Der gesamtdeutsche Textilverband befindet sich in Gesprächen mit dem gleichartigen Verband der Industrie in China. Man versucht also auf der Basis der Gegenseitigkeit Themen zu klären.

Auch von den Zoll- und den Strafverfolgungsbehörden wird schon viel geleistet. Der Zoll beschlagnahmt Jahr für Jahr gefälschte Produkte im Wert von 1 Milliarde Euro.

(Sebastian Scheel, Linksfraktion:
Ein Tropfen auf den heißen Stein!)

– Bitte?

(Sebastian Scheel, Linksfraktion:
Ein Tropfen auf den heißen Stein!)

– Das ist, bezogen auf den Umsatz, der dort läuft, relativ wenig. Man sagt, bis zu 8 % des weltweiten Handels lebe von Piraterie.

Gut aufgestellt sind wir diesbezüglich. Auch die Kommunikationskanäle des Zolls mit der Industrie laufen vernünftig.

Fazit: Es ist vor allen Dingen Sache der Wirtschaft, sich ihrerseits zu strukturieren und zu verdeutlichen, wo sie Chancen bzw. Möglichkeiten für staatliche Unterstützung sieht. Auf diese Weise können wir dann sicherlich eine ganze Menge bewegen.

In Anbetracht des Antrags, der bei uns im Geschäftsgang ist, und der nicht ganz FDP-konformen Inhalte in Ihrem Antrag, Herr Günther, will ich ankündigen, dass wir Ihren Antrag ablehnen.

Folgendes will ich als positive Aussicht an den Schluss setzen: Genauso, wie es der DDR-Gesellschaft, von der ich kurz berichtet habe, gelungen ist, sich in einem überschaubaren Zeitrahmen in der offenen Gesellschaft, auf offenen Märkten so zu normalisieren, dass das Thema „Produktpiraterie“ – als Piraterie von Akteuren in unserem Land – bei uns nur eine untergeordnete Rolle spielte, genauso gehe ich davon aus, dass die systematische Öffnung und internationale Einbindung Chinas mit der Zeit auch zu einer Beherrschbarkeit des Themas führt. Das ist langfristig meine Hoffnung. Kurzfristig möge der Freistaat durch seine Fördermöglichkeiten das tun, was an dieser Stelle sinnvollerweise zu tun ist.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU, des Abg. Martin Dulig, SPD,
und des Staatsministers Thomas Jurk)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Für die Linksfraktion Herr Abg. Zais.

Karl-Friedrich Zais, Linksfraktion: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Rasch war sehr ehrlich; ich will es auch sein. Auch ich war ein Pirat. Ich hatte eine Steuerung mit Intel-Bausteinen entwickelt – die erste Halbleitersteuerung der DDR. Sie können aber beruhigt sein: Es wurde nicht viel davon gebaut, weil die Nachschübe fehlten.

Liebe Kollegen! Der Schutz des Erfinders ist seit Jahrhunderten die Aufgabe der besitzenden Nationen, heute vornehmlich der führenden Industriestaaten. Es ist auch eine Leitlinie zu den Lissabon-Verträgen, diesen Schutz in Europa strenger zu nehmen.

Das Umgehen von rechtsverbindlichen Patenten ist das Bestreben der Nichtbesitzenden, meist der industriell schwachen Volkswirtschaften.

In einer globalisierten Welt hat die „Piratenproduktion“ Ausmaße angenommen, die zu einem hemmungslosen globalisierten Wettbewerb führen. Es gibt kein Zurück.

Nur ein international geregelter und gleichberechtigter Welthandel könnte den Knoten lösen. Davon sind wir weit entfernt.

Erinnern wir uns! Schön war die Zeit, als China das Monopol der Seidenraupe besaß. Doch was nützte es ihnen? Der Schmuggel beendete diese Monopolstellung, trotz strengster Sanktionen bis zur Hinrichtung. Neue Erfindungen wie das sächsische Porzellan brachen Jahrhunderte später auch das Monopol des chinesischen Porzellans.

Die letztgenannte Entwicklung verstehen wir – wir als Sachsen, aber auch wir als Europäer – unter einem fairen Wettbewerb; denn der Fleißige erhält auf dem Markt den verdienten Lohn. Dieser faire, offene Wettbewerb führte dennoch zu großer ökonomischer Abhängigkeit ganzer Erdteile. Wir knabbern noch heute an dieser ungleichen Entwicklung.

Seien wir ehrlich, meine Damen und Herren: Einen wirklichen Schutz gegen Marken- und Produktpiraterie wird es nicht geben. Zu differenziert sind die sozialökonomischen Ursachen und ihre Wirkungen. Es kommt hinzu, dass es nicht einmal eine international anerkannte Definition dafür gibt.

Dass die Partei der Besserverdienenden – jetzt schaue ich auch Sie an, Herr Herbst – den Schutz des Staates einfordert, wo doch sonst von den Bänken der FDP-Kollegen nur Deregulierung als Richtschnur des Handels empfohlen wird, will ich nicht unbemerkt lassen.

(Beifall der Abg. Regina Schulz, Linksfraction,
und bei den GRÜNEN)

Das bringt mich auch zum Schmunzeln. Die Überschrift würde ich heute so nennen: „Die FDP als Staatspartei“. Sie folgen in Ihrem Antrag einer Forderung in der Studie von Ernst & Young, die jedem zugänglich ist und mit der Milliardenschäden eingedämmt werden sollen.

Dort heißt es als erste Forderung: verschärfte strafrechtliche Sanktionen zur besseren Abschreckung. In sächsische Sprache übersetzt, wie ich heute in der „Bild“-Zeitung lesen konnte, heißt das nach Herrn Günther „Räuchermännchenpolizei“. So reißerisch die Überschriften auch sind, ich bestreite, dass damit Erfolge erzielt werden. Abschreckung auf einem so expandierenden Markt, frage ich Sie, was soll das? Weil Sie heute so schön sozialistisch zitiert haben, erinnere ich Sie – das haben Sie auch gelernt, Herr Günther –: Bei 10 % Profit wird Kapital lebendig, bei 100 % wird Kapital waghalsig und bei 1 000 % stampft es alles nieder. Auf diesem expandierenden Markt ist natürlich mit solchen Regelungen nicht anzukommen. Auch die Chinesen mussten das mit ihrer Seidenraupe erfahren. Abschreckung und Drohung reichen nicht.

Meine Damen und Herren! Die Sache ist dennoch sehr ernst. War früher die Marken- und Produktpiraterie auf Luxusgüter ausgerichtet, so haben wir es heute mit allen Wirtschaftszweigen zu tun. Getränke, Waschmittel, Medikamente, Kleidung, Waren des täglichen Bedarfs

finden als Plagiate einen enormen Verbreitungsgrad. Bei diesen Produkten drohen dem Verbraucher durch minderwertige Qualität der verwendeten Rohstoffe Gesundheitschäden, und hier muss angesetzt werden.

Zugleich gibt es eine große Bereitschaft in der Bevölkerung, diese Produkte zu kaufen. Die Gründe – in der Studie vielleicht nicht richtig ausgeführt – sind sicher auch der Geldbeutel, aber ein Grund wurde genannt: dass Plagiaten alle Vertriebsstrukturen offenstehen. Neben Internet und freien Märkten gehören nunmehr auch Einzelhandel und Großhandel dazu. Wie soll der Verbraucher wissen, dass er bei seinem soeben getätigten Kauf gefährliche Waren eingekauft hat? Ich stimme der Studie zu, dass mehr Aufklärung gegenüber Verbrauchern zu leisten ist. Verbraucherzentrale und Verbraucherschutz bekommen damit einen höheren Stellenwert. Den Stellenabbau der Verbraucherzentrale im Haushaltsentwurf begrüßen wir, ist es doch eine langjährige Forderung der Linken. Bei einer qualitätsgerechten Produktbewertung ist der Stellenabbau bei der Gewerbeaufsicht – dort ist der Verbraucherschutz angesiedelt – kontraproduktiv. Genaueres werden wir in der Haushaltsdiskussion sicher noch klären können.

Fälschungen zu erfassen, zu dokumentieren und damit die Öffentlichkeit zu sensibilisieren – Herr Günther, darin stimme ich Ihnen zu –, ist natürlich zuallererst auch Aufgabe der Wirtschaftsverbände. Erwähnenswert ist dazu die Initiative der nordostdeutschen Textil- und Bekleidungsindustrie mit dem RKW. Anhand der Reach-Verordnung, gemeint ist die Europäische Chemikalienverordnung, werden Piraterieprodukte auf ihre Substanzen bewertet und die Konsumenten über die gesundheitlichen Risiken aufgeklärt. Das sind richtige und gute Initiativen und sie werden auf einem langen Weg auch Erfolge bringen. Diesen mitzugehen wird mit der Zustimmung der Linken heute zum Antrag der FDP begründet.

(Beifall bei der Linksfraction)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombos: Für die SPD-Fraktion Herr Abg. Pecher, bitte.

Mario Pecher, SPD: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Denkt man an Piraten, hat man ein aufregendes Bild aus vergangenen Zeiten im Kopf. Ich habe mir das gerade bei Herrn Rasch vorgestellt: Ein verwegener Bursche mit Säbel und Augenklappe steht auf dem Deck eines Dreimasters mit Blick über die stürmische See, fest auf die fette Beute gerichtet. Schlägt man in jüngster Zeit die Zeitung auf, liest man immer öfter über Piraterie. Dabei muss man aber feststellen, dass das verklarte Bild des Piraten mit der heutigen harten Realität nicht mehr übereinstimmt. Auch der heutige Pirat stellt eine große Gefahr dar, auch wenn mancher moderne Produktpirat mit dieser Art von Freibeuterei nichts zu tun hat. Gleichwohl, er segelt unter fremder Flagge und gibt sich den Eingeweihten erst im letzten Moment zu erkennen. Bei den fremden Flaggen handelt es sich allerdings um die Marken, Logos und Designs der Markenhersteller.

Das wahre Ausmaß der Produkt- und Markenpiraterie kann nur geschätzt werden. Einerseits verzichten Piraten nun einmal auf Buchführung, andererseits stellt die Bewertung der durch die Fälschung verursachten Schäden eine weitgehend unbekannte Größe dar. Eine statistische Quelle sind die Zahlen der Europäischen Kommission über die Anzahl der beschlagnahmten Produkte. Gemäß der Statistik von 2007 haben die Zollbeamten der Mitgliedsstaaten mehr als 79 Millionen nachgeahmter und gefälschter Artikel sichergestellt. Diese Zahlen geben zwar eine Vorstellung über die Menge gefälschter Produkte, vermitteln aber noch kein Bild von den Warenwerten, die von den Piraten in Umlauf gebracht werden. Eine Studie der OECD schätzt diesen Wert auf rund 200 Milliarden US-Dollar weltweit.

Als Beispiel kann man auch den weltgrößten Coup des Zolls gegen Markenpiraterie im Hamburger Hafen vom November 2006 nennen. Das waren 117 beschlagnahmte Container mit Plagiaten: gefälschte Sportschuhe, Uhren, Spielzeug im Wert von 383 Millionen Euro.

Hier möchte ich einen Einschub bringen. Der Wert dieser Produkte wird immer am Wert der Originalware festgemacht. Nun ist es aber so, dass nicht jeder, der eine gefälschte Rolex-Uhr kauft, in der Lage ist und auf die Idee käme, ein Original zu kaufen. Damit ist der Schaden der Piraterie nicht im Bereich des Wertes der Ware, wie sie im Original zu kaufen ist, sondern er ist – Herr Zais hat es angesprochen – in der Gefährdung des Konsumenten zu sehen, dass also solche Produkte sicherheitsrelevant nicht das halten, was die Originale hergeben – Stichwort: Automobilzubehör. Das betrifft auch den Bereich Arzneimittel; die Mittel, die für die Forschung und Entwicklung aufgebracht werden, werden hier nicht refinanziert. Dort sind die Hauptschäden zu sehen und nicht, wie manchmal in den Vordergrund gedrängt wird, in dem eigentlichen Warenwert.

Gerade seit der Öffnung Chinas hat das Problem der Piraterie zugenommen. Klar ist auch, die Zahlen insgesamt bilden nur die Spitze des Eisberges. Fälschungen haben erhebliche negative Auswirkungen auf Unternehmen, Verbraucher und die Volkswirtschaft.

Was können wir gegen Produkt- und Markenpiraterie tun? Die Bundesregierung hat der Piraterie den Kampf angesagt. Der Schwerpunkt der EU-Präsidentschaft wurde auf den Schutz des geistigen Eigentums gelegt. Besonders wichtig war dabei, schon im Vorfeld gemeinsame Präventionsstrategien zu entwickeln.

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie hat gemeinsam mit dem Bundesverband der Deutschen Industrie 2007 die Präventionsstrategie der deutschen Wirtschaft zur Verhinderung der Produkt- und Markenpiraterie vorgestellt. Die Bekämpfung der Piraterie ist aber nicht allein ein Thema, das das entschlossene Handeln der Staaten erfordert; wichtig ist auch, dass die Wirtschaft selbst ihre Verantwortung zum Schutz geistiger Eigentumsrechte wahrnimmt. Das ist hier bereits genannt worden.

Der Gesamtverband Textil und Mode unterzeichnete als erster Verband eine Branchenvereinbarung mit China zum Schutz des geistigen Eigentums. Weitere Vereinbarungen mit Indien und Russland folgten. Ziel dieser Kooperation ist es, schärfere Fälschkontrollen auf Messen, gezielte Aufklärungskampagnen in den jeweiligen Ländern und Sanktionen gegen Unternehmen, die andere Marken fälschen, durchzusetzen.

Der Bund, meine Damen und Herren, hat das Thema erkannt und in der letzten Zeit vieles zum Schutz der Unternehmen und Verbraucher getan. Die Bundesregierung hat gemeinsam mit Vertretern der gesamten deutschen Wirtschaft die Bekämpfung der Marken- und Produktpiraterie durch vielfältige Maßnahmen oder aber auch durch technischen Schutz im Ausstellungs- und Messewesen einen wichtigen Beitrag dazu geleistet, diese Auswüchse in den kommenden Jahren zurückzudrängen. Ein wichtiges Instrument in diesem Bündel ist unter anderem das Gesetz zur Verbesserung des Schutzes des Rechtes des geistigen Eigentums, das vor Kurzem in Kraft getreten ist.

Darüber hinaus wird der Dialog mit den großen Schwellenländern intensiviert, um dort für zunehmende Verantwortung zum Thema Bekämpfung der Piraterie zu werben. Ich bin überzeugt, dass wir, wenn mehr Know-how in die Länder hineingebracht wird und es der Wirtschaft besser geht, die Piraterie und die Fälschungen zurückdrängen werden.

Dazu kommt, dass die wachsenden Kosten für den Transport und die Energiekosten gerade im niederschweligen Fälschungsbereich von Bekleidung, Schuhen etc. der deutschen Wirtschaft helfen, dass Piraterie in diesem Bereich zurückgeht. Der Freistaat Sachsen hat sich dieser Aufgabe auch verschrieben und in enger Abstimmung mit den Maßnahmen des Bundes vieles zum Schutz der Verbraucher und Unternehmer angeschoben. Ein Beispiel ist das Pilotprojekt „Bekämpfung von Produkt- und Markenpiraterie“ des Verbandes Nord-Ost Deutscher Textil- und Bekleidungsindustrie.

Deshalb möchte ich zum Schluss kommen. Der Antrag der FDP-Fraktion greift unstrittig ein wichtiges Thema auf. Eine isolierte sächsische Betrachtungs- und Handlungsweise, wie hier vorgestellt, ist aber weder sinnvoll noch zielführend. Aus diesem Grund lehnen wir den Antrag ab.

Danke schön.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD und der CDU)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombos: Ich erteile der NPD-Fraktion das Wort; Herr Petzold, bitte.

Winfried Petzold, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das Plagiatunwesen und die Produktpiraterie gehören zur Globalisierung wie der Weihnachtsbaum zur Adventszeit. Deshalb ist es schon mehr als verwunderlich, wenn sich heute ausgerechnet mit der FDP die Globalisie-

rungspartei schlechthin mit einem Antrag gegen Produktpiraterie hervortut.

(Unruhe im Saal)

So wenig man das Fleisch ohne die Knochen haben kann, so wenig kann man die turbokapitalistische Globalisierung ohne Produkt- und Ideenraub haben. Der Ideenraub, der vorwiegend in Asien betrieben wird, ist in der Tat ein schwerwiegendes Problem für die Wirtschaft der BRD, die immer noch und trotz einer unfähigen Politik mit die besten Ingenieure der Welt vorzuweisen hat. Dies verleitet andere Staaten auf der Welt, nach dem Motto „Lieber kopieren als kaufen“ vorzugehen. In vielen asiatischen Ländern sind schon die gesetzlichen Regelungen so beschaffen, dass sie Ideenraub und Produktpiraterie begünstigen.

Es ist allerdings reichlich naiv von der FDP-Fraktion, diesem Problem mit der x-ten Informationskampagne zum Thema Produktpiraterie zu begegnen. Tatsächlich mangelt es hier wie auch auf anderen politischen Feldern schlicht und einfach an einer entschlossenen Wahrnehmung deutscher Interessen durch die bundesrepublikanische Politik. Interessant ist auch, dass die FDP-Fraktion in der Antragsbegründung plötzlich auf das erzgebirgische Kunsthandwerk und seine Bedrohung durch Plagiatoren zu sprechen kam. Ist der FDP-Fraktion plötzlich aufgefallen, dass es nicht reicht, sich in der Adventszeit einen Schwibbogen in das Fenster seines Landtagsbüros zu stellen, um die Interessen des erzgebirgischen Kunsthandwerks zu vertreten?

Wenn es der FDP-Fraktion wirklich um die Erhaltung des gestaltungsorientierten Handwerks im Erzgebirge geht, warum hat Ihre Fraktion dann gegen den Antrag der NPD-Fraktion gestimmt, mit dem die Nationaldemokraten die betroffenen Unternehmen vor ausländischer Billiglohnkonkurrenz, Verletzung des Urheberrechts und illegalem Wettbewerb schützen wollten? Wir werden Ihnen das allerdings nicht mit gleicher Münze vergelten. Der Antrag der FDP-Fraktion zur Produktpiraterie bleibt zwar handwerklich und inhaltlich meilenweit hinter dem NPD-Antrag zum Schutz des erzgebirgischen Kunsthandwerks zurück; wir werden ihm aber trotzdem zustimmen, weil das Problem vielen sächsischen Unternehmen unter den Nägeln brennt.

Danke schön.

(Beifall bei der NPD)

2. Vizpräsidentin Andrea Dombois: Nun der Abg. Weichert für die Fraktion der GRÜNEN.

Michael Weichert, GRÜNE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ziel dieses Antrages ist es, sächsische Unternehmen vor Produktpiraterie besser zu schützen und mit Wirtschaftspartnern wirkungsvoll zu vernetzen sowie bei Anmeldung und Eintragung von Marken und Patentrechten zu unterstützen. Das Anliegen der FDP-Fraktion, sächsische Unternehmen dabei besser zu schützen, werden wir unterstützen.

Allerdings – und das ist hier auch schon angeklungen – ist das kein sächsisches Problem, sondern ein mindestens deutsches, wenn nicht europäisches Problem. Die Einbußen, die mangels eines ausreichenden Schutzes geistigen Eigentums zum Beispiel in China gerade für kleine und mittelständische Unternehmen entstehen, sind beträchtlich. Es bestehen auch unbestritten Gefahren bei nachgemachten Produkten, wenn wir beispielsweise an den Arzneisektor denken. Herr Pecher und Herr Zais haben darauf hingewiesen. Außerdem behindert die Gefahr der Produktpiraterie den Technologietransfer zwischen Deutschland bzw. der EU und zum Beispiel asiatischen Staaten oder Wirtschaften. Hier denke ich vor allem im Sinne eines globalen Klimaschutzes an den wichtigen Bereich des Technologietransfers bei erneuerbaren Energien oder den Umwelttechnologien, wo Deutschland und eben auch Sachsen bekanntermaßen Weltmeister sind.

(Beifall des Abg. Johannes Lichdi, GRÜNE)

Meine Damen und Herren! Es gibt kein Wundermittel gegen Produktpiraterie. Daher ist ein Mix von Instrumenten und Maßnahmen notwendig. Dazu gehört eben auch die Unterstützung der Länder, in denen Plagiate hergestellt werden, zum Beispiel Unterstützung beim Aufbau von personellen und institutionellen Kapazitäten für die Umsetzung des Patentrechts. Weitere Maßnahmen wären die Erleichterung der Anmeldung von Patenten in Europa durch Einführung eines EU-Patents, die Förderung der Anmeldung von Patenten europäischer Unternehmen, beispielsweise in China, und der Ausbau der Zusammenarbeit der Zollbehörden.

(Unruhe im Saal)

Es gibt viele Möglichkeiten, viele Maßnahmen und viele Beteiligte: konsequente Verfolgung von Urheberrechtsverletzungen, Erleichterung der Auskunftsansprüche gegen Rechtsverletzer und schnellere Durchsetzbarkeit von Schadensersatzansprüchen. Auch die Wirtschaft hat viele Möglichkeiten, in Eigenregie wirkungsvoll geistiges Eigentum zu schützen und gegen Produktpiraterie gemeinsam vernetzt vorzugehen. Der größte Piratenschunegel ist das Internet, weil man dort anonym agieren kann und die Provider bislang nicht verpflichtet sind, Namen zu nennen.

Meine Damen und Herren! Nicht nur der Staat, sondern auch die Wirtschaft und selbstverständlich auch wir als Verbraucher tragen die Verantwortung für den Schutz geistiger Eigentumsrechte. Das heißt, alle sind gefragt und gefordert. In diesem Sinne stimmen wir dem Antrag zu.

(Beifall bei den GRÜNEN und der FDP)

2. Vizpräsidentin Andrea Dombois: Das Wort erhält die Staatsregierung.

(Unruhe im Saal – Glocke der Präsidentin)

Thomas Jurk, Staatsminister für Wirtschaft und Arbeit: Meine sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr

verehrten Damen und Herren! Es vergeht kaum ein Tag, an dem in den Medien nicht über Produktpiraterie berichtet wird. Das Thema gehört in der Tat auf die Titelseiten der Tageszeitungen. Das schärft das Problembewusstsein. Produkt- und Markenpiraterie haben mittlerweile ein Ausmaß erreicht, das wir uns vor zehn Jahren nicht vorstellen konnten. Die Zahl der von Zollbehörden und Polizei sichergestellten Plagiate ist enorm. Dabei ist die Zollstatistik noch nicht einmal ein Indiz für die Menge der im Umlauf befindlichen gefälschten Waren.

Als Produktpiraterie bezeichnet man das verbotene Nachahmen und Vervielfältigen von Waren, für die die rechtmäßigen Hersteller Erfindungsrechte, Designrechte und Verfahrensrechte besitzen. Der Fälscher übernimmt so unerlaubt technisches Wissen, das sich ein Unternehmer in langjähriger, mühevoller Arbeit und unter Einsatz enormer finanzieller Mittel erworben hat, um es für seine Produkte zu nutzen. Oder er verwendet die Bekanntheit einer Marke, die ein Markenhersteller aufgrund seiner Qualitätsarbeit erlangt hat, und täuscht den Verbraucher so über die tatsächliche Herkunft und Qualität der Ware.

Deutschland und insbesondere Sachsen, deren wichtigste Ressourcen gute Ideen sind, trifft Produktpiraterie deshalb besonders hart. Durch Produktpiraterie entstehen vielfältige Schäden. Der Absatz der Originale wird gebremst und den Unternehmen entstehen erhebliche Einnahmeverluste durch die Fälschungen. Die Betroffenen müssen zudem Imageschädigungen und schlimmstenfalls Produkthaftungsprobleme für gefälschte Produkte in Kauf nehmen. Die Folgen von Produktpiraterie sind die Schwächung unserer Innovationskraft und die Gefährdung von Arbeitsplätzen, nicht zu vergessen der Betrug am Kunden, bei dem es, wenn es um Konsumgüter geht, auch Gefahr für Leib und Leben bedeuten kann.

Der Gesamtschaden kann nur geschätzt werden. Die Vereinigung zur Bekämpfung von Produktpiraterie geht von einem jährlichen Schaden für deutsche Unternehmen von ungefähr 30 Milliarden Euro aus. 70 000 Jobs gehen Deutschland dadurch jährlich verloren.

Welche Möglichkeiten hat der Unternehmer, sich selbst vor Produktpiraterie zu schützen? Zunächst könnte dies durch die Beantragung von Schutzrechten geschehen. Schutzrechte ermöglichen die rechtliche Ahndung dieser Fälle.

Allerdings sind juristische Mittel in der Regel schwer durchsetzbar. Zudem ist das Know-how unwiederbringlich verloren. Um ungewollten Wissenstransfer zu vermeiden, braucht man ganzheitliche Konzepte und komplette Strategien. Wichtig ist auch, die Produkte – wann immer möglich – selbst so zu gestalten, dass sie schwer nachzubauen sind.

Ein weiteres präventives Handlungsfeld ist die Kennzeichnung der Produkte. Sie sollten nicht nur durch eingetragene Marken erfolgen, sondern vor allem auch durch spezielle Markierungen, die es Zollbehörden ermöglichen, Original und Fälschung sofort zu unterscheiden und Warenwege zu identifizieren.

Eine aktuelle Studie des Verbandes Deutscher Maschinen- und Anlagenbau stellt fest, dass zumindest bei diesen Unternehmen das Problembewusstsein erfreulicherweise gewachsen ist. Nahezu jedes Unternehmen, ob nun von Produktpiraterie betroffen oder nicht, trifft mittlerweile Schutzmaßnahmen.

Deutsche Unternehmen können sich inzwischen über viele Kanäle informieren, wie sie sich den neuen Herausforderungen stellen können.

Angesichts der volkswirtschaftlichen Folgen engagiert sich die Bundesregierung in vielfältiger Weise für den effektiven Schutz des geistigen Eigentums. Das betrifft nicht nur die rechtlichen Instrumente.

Eine EU-Studie aus dem Jahr 2007, die die aktuelle Situation der kleinen und mittelständischen Unternehmen beim Schutz des geistigen Eigentums untersuchte, attestierte Deutschland und Frankreich übrigens eine Führungsrolle bei der Unterstützung von kleinen und mittelständischen Unternehmen beim Schutz ihres geistigen Eigentums.

Beispielhaft nennen möchte ich hier Folgendes: Am 1. September 2008 ist das „Gesetz zur Verbesserung des Schutzes der Rechte des geistigen Eigentums“ in Kraft getreten. Das Gesetz überführt europäisches Recht aus den Jahren 2003 und 2004 in nationales Recht. Es stärkt die Position der Rechteinhaber.

Das Bundeswirtschaftsministerium hat gemeinsam mit dem BDI Präventionsstrategien entwickelt und elektronisch publiziert.

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung fördert im Rahmen des Programms „Forschung für die Produktion von morgen“ zehn Modellprojekte zu Präventionsstrategien in unterschiedlichen Branchen.

In die gleiche Richtung zielt auch das am 4. August dieses Jahres gestartete Internetportal „Technologie-Know-how-Schutz“ des Fraunhofer-Instituts für Produktionstechnologie Aachen. Das mit individuellem Zugang ausgestattete Portal unterstützt Unternehmen bei der Auswahl und der Etablierung geeigneter Schutzstrategien.

Aber auch die Wirtschaft selbst ist seit Langem aktiv geworden, so zum Beispiel mit der Gründung des „Aktionskreises Deutsche Wirtschaft gegen Produkt- und Markenpiraterie e. V.“ bereits im Jahre 1997.

Es ist unmöglich, hier alle bereits existierenden Initiativen aufzuzählen. Ergänzend möchte ich nur noch etwas zu den Messen sagen. Deutsche Messeaussteller sorgen bei Anzeigen vor allem für eine möglichst rasche Rechtsverfolgung. Da Fälschungen, die auf Messen ausgestellt werden, auch dem Ruf des Messestandortes schaden, beugen Messeveranstalter in der Regel bereits über die allgemeinen Teilnahmebedingungen derartigen Verfehlungen vor. Zudem bieten die Veranstalter Informations- und Serviceangebote wie das Infoblatt des Ausstellungs- und Messeausschusses der Deutschen Wirtschaft (AU-

MA) für betroffene Unternehmen, welches Hinweise zu Durchsetzungsmöglichkeiten von Schutzrechten gibt.

Zusätzlich bietet zum Beispiel die Leipziger Messe einen Anwaltservice an. Kommt es im Vorfeld oder auf der Messe zu Konflikten, bemüht sich die Leipziger Messe um eine Streitschlichtung. Da es der Leipziger Messe verwehrt ist, rechtsberatend oder streitentscheidend tätig zu werden, empfiehlt sie, wenn die Bemühungen scheitern, die Einholung anwaltlichen Rates. Eine auf gewerblichen Rechtsschutz spezialisierte Anwaltskanzlei hält sich während der Dauer der Messe hierfür in Rufbereitschaft.

Die diversen Sensibilisierungs- und Aufklärungsmöglichkeiten auf Bundesebene werden durch Sachsen wirkungsvoll ergänzt. Zunächst haben wir allgemeine Informationen zu gewerblichen Schutzrechten und zur Vermeidung von Produktpiraterie speziell für sächsische Unternehmen ins „Lebenslagenportal“ des Amtes 24 unter der Rubrik „Innovation, Patent und Markenrecht“ eingestellt.

Nicht nur virtuell stehen unseren Unternehmen vom Wissenschafts- bzw. Wirtschaftsressort des Freistaates geförderte Patentinformationszentren in Chemnitz, Dresden und Leipzig als autorisierte Ansprechpartner des Deutschen Patent- und Markenamtes zur Verfügung.

Materielle Unterstützung können kleine und mittlere Unternehmen im Rahmen unserer FuE-Einzel- und Verbundförderung erhalten, indem sie ihre projektbezogenen Patentierungskosten als zuwendungsfähige Kosten ausweisen. Im Rahmen beider Programme kann auch die Entwicklung technischer Lösungen zur eindeutigen Produktidentifikation gefördert werden.

Die Technologietransferförderung unterstützt immaterielle Investitionen von KMUs in Form des Erwerbs von Patenten und Lizenzen.

Das Programm „Markteinführung innovativer Produkte“ unterstützt Patentanmeldungen. Aber auch an anderer Stelle der sächsischen Mittelstandsrichtlinien haben wir auf die Situation reagiert. Ab diesem Jahr haben wir das Beratungsangebot zur Bekämpfung der Produktpiraterie verbessert. In visueller Hinsicht beabsichtigt das Wirtschaftsministerium im kommenden Jahr mit der Ausstellung „Schöner Schein – Dunkler Schatten“ des Aktionskreises gegen Produkt- und Markenpiraterie im SMWA, speziell Verbraucher anzusprechen. Darüber sind wir uns sicherlich einig: Aufgeklärte und verantwortungsbewusste Verbraucher sind keine Adressaten für Plagiatoren.

Auch sächsische Kammern und Verbände haben längst erkannt, dass vor allem die Sensibilisierung und Aufklärung von Unternehmen entscheidende Mittel im Kampf gegen Produkt- und Markenpiraterie sind. Die Abgeordneten Rasch und Pecher sind bereits auf die Bemühungen der Textilindustrie eingegangen.

Jawohl, besonders engagiert und initiativreich wirkt hier bei uns in Sachsen der Verband der Nordostdeutschen Textil- und Bekleidungsindustrie.

(Beifall des Abg. Jürgen Petzold, CDU)

Dessen Pilotprojekt „Bekämpfung von Produkt- und Markenpiraterie“ beinhaltet die Einstellung von vier spezialisierten Beratern, die Erarbeitung einer Studie, einer Broschüre und eines Leitfadens sowie die Organisation einer Wanderausstellung. Das ist ein Projekt, das über die Mittelstandsrichtlinien meines Ministeriums gefördert wird. Ziele dieses Projektes sind unter anderem Aus- und Weiterbildungsangebote für Hersteller und Händler, Unterstützung bei der Ermittlung und Verfolgung von Rechtsverstößen und die so wichtige Aufklärung unserer Verbraucher.

Ich denke, dieses Beispiel zeigt, dass wir uns in Sachsen durchaus der Situation bewusst sind und bereits beispielsweise über gesetzte Anreize in den Förderrichtlinien kräftig gegensteuern. Ob es dazu noch einer neuen Informationskampagne und eines weiteren Berichtes bedarf, stelle ich anheim.

(Beifall bei der SPD und der CDU)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Herr Günther mit dem Schlusswort, bitte.

Tino Günther, FDP: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Lassen Sie mich in meinem Schlusswort einmal kurz auf meine Vorredner eingehen. Lieber Herr Rasch und lieber Herr Zais,

(Karl-Friedrich Zais, Linksfraktion: Hier!)

es ist besonders schön, wenn andere Politiker uns als FDP-Fraktion erklären, was FDP-Politik eigentlich sein soll.

(Lachen und Beifall bei der FDP – Staatsminister Thomas Jurk: Wenn Sie es nicht wissen!)

Immer dann sind wir auf dem richtigen Weg.

Um Ihnen zu erklären, was liberale Ordnungspolitik ist, sei Ihnen noch einmal ganz kurz ins Stammbuch geschrieben: Wir als Liberale stehen dafür, dass der Staat Spielregeln schafft und diese Spielregeln dann kontrolliert. Das ist liberale Ordnungspolitik. Wie sich die Mitspieler verhalten und wer dann siegt, das ist nicht unsere Sache, sondern wir sagen: Regeln. Das gehört dazu.

(Beifall bei der FDP)

Ich habe jetzt eine Wette gewonnen, weil wir im Vorfeld diskutiert haben: Mit welchen Argumenten wird die Staatsregierung, werden die CDU und die SPD unseren Antrag ablehnen?

Die Auswahl war: zu kurz gesprungen; der Antrag schießt übers Ziel hinaus;

(Lachen des Abg. Karl-Friedrich Zais, Linksfraktion)

nicht genau ausgearbeitet oder: er greift, aber ein CDU- und SPD-Antrag ist im Geschäftsgang und besser.

(Lachen bei der FDP)

Die Wette haben wir gewonnen.

(Zuruf des Abg. Horst Rasch, CDU)

Herr Pecher,

(Mario Pecher, SPD: Hier!)

wenn Sie anerkennen, dass es ein Problem ist, aber dann sagen: Wir machen nichts – das ist zu wenig, das war zu dünn.

Zur NPD. Wir haben Ihren populistischen Antrag im Dezember 2006 abgelehnt, weil er Mist war. Aber welches Ergebnis Ihr Populismus hatte, das sehen wir an etwas ganz Wichtigem, und zwar an Wahlergebnissen. In meinem Heimatort hatten Sie 2004 widerliche 10,8 %. Zur letzten Kreistagswahl hat Ihre Politik dafür gesorgt, dass Sie 4,1 % erhalten haben.

(Beifall bei der FDP, der CDU,
der Linksfraktion, der SPD und den GRÜNEN –
Zuruf von der SPD: Weiter so!)

– So ist das!

Ich bin stolz auf die Seiffener und bedanke mich jetzt noch bei Michael Weichert und bei der Fraktion BÜND-

NIS 90/DIE GRÜNEN für die Zustimmung zu unserem Antrag. Alle, die Zweifel an der Argumentation der Gegner unseres Antrages haben, möchte ich aufrufen, noch einmal in sich zu gehen und gemeinsam mit uns den Diebstahl von geistigem Eigentum zu verhindern. Stimmen Sie unserem Antrag zu!

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Meine Damen und Herren! Ich stelle nun die Drucksache 4/13046 zur Abstimmung und bitte bei Zustimmung um Ihr Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltungen. Bei einer großen Anzahl von Stimmen dafür ist der Antrag dennoch mit Mehrheit abgelehnt worden.

Meine Damen und Herren, ich schließe diesen Tagesordnungspunkt. Wir haben damit auch die gesamte Tagesordnung abgearbeitet. Die nächste Sitzung wird am Mittwoch, dem 15. Oktober, sein. Die Einladung geht Ihnen zu. Ich wünsche Ihnen ein angenehmes Wochenende.

(Schluss der Sitzung: 16:31 Uhr)

HERAUSGEBER:

Sächsischer Landtag
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden

www.landtag.sachsen.de

HERSTELLUNG:

Sächsischer Landtag
Parlamentsdruckerei
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden
Tel.: 0351-4935269
Fax: 0351-4935481

VERTRIEB:

Sächsischer Landtag
Informationsdienst
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden
Tel.: 0351-4935341
Fax: 0351-4935488